

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 28 · 11. Juli 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Ein musterhaftes Scheitern

Die Affäre Northvolt und das Agieren des vormaligen „Klimaschutz“-Ministers Robert Habeck entlarven einmal mehr die Irrwege der Energiewende Seite 3



Mit viel Ironie Wie der typisch preussische Humor berühmt wurde Seite 11



Ansbach Gedenken an die Staatswerdung Preußens vor 500 Jahren Seite 13

BILDER: PICTURE ALLIANCE/DPA | LUWE ANSPACH; JANINA HEPPNER; WOLFGANG MALESSA

VON RENÉ NEHRING

VERFASSUNGSRICHTER-WAHL

Ein weiteres Beispiel für den wahren Sinn der „Brandmauer“

Abermals zeigt sich, wie die klare Abgrenzung der Union nach Rechts CDU und CSU in eine strategische Abhängigkeit von Links geführt hat

Die Wahl der neuen Richter für das Bundesverfassungsgericht erregt die Gemüter. Und dies aus mehrerlei Gründen. In der Sache selbst geht es um die Besetzung dreier frei werdender Richterposten in der obersten juristischen Instanz unseres Landes. Darüber hinaus geht es auch um das Vorgehen der beiden Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD.

Doch der Reihe nach: Trotz zuvor erheblicher Debatten hat der Wahlausschuss des Deutschen Bundestages am Montag drei Kandidaten für die demnächst vakanten Richterstellen nominiert. Gemäß bisherigem Brauch hatte die Union das Vorschlagsrecht für einen Kandidaten und die SPD für zwei.

Vor allem der SPD-Vorschlag Frauke Brosius-Gersdorf sorgte in den vergangenen Tagen und Wochen für heftige Diskussionen. Kritiker halten der 54-jährigen Hochschullehrerin für Öffentliches Recht unter anderem vor, dass sie sich in der Auseinandersetzung um die Legalisierung von Abtreibungen für eine Lockerung der derzeitigen Rechtslage eingesetzt habe. Auch dass Brosius-Gersdorf bereits die Auffassung vertrat, dass das Tragen von Kopftüchern durch muslimische Rechtsreferendarinnen nicht dem staatlichen Neutralitätsgebot zuwiderlaufe, sorgt in diesem Zusammenhang für Unmut. Im Jahre 2020 kritisierte sie obendrein die Ablehnung verbindlicher Frauenquoten bei Wahlen durch den Thüringer Verfassungsgerichtshof und erklärte, diesem sei ein „schweres Abwägungsdefizit“ unterlaufen. Und während der Corona-Pandemie vertrat die Juristin die Auffassung, dass eine Impfpflicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei.

Damit, so die Kritiker, sei Brosius-Gersdorf weniger eine neutrale Juristin, die zur Hüterin der Verfassung und der darin garantierten Grundrechte befähigt sei, als vielmehr eine Aktivistin, die eine

massive Verschiebung der rechtsstaatlichen Koordinaten im Sinn habe.

Das Verhalten der Union

Dass die CDU, deren eigener Personalvorschlag Robert Seegmüller – immerhin bis dato unbescholtener Richter am Bundesverwaltungsgericht und Vorsitzender des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen – von den Sozialdemokraten im Januar noch als „zu konservativ“ abgelehnt worden war, nun trotz der Vorwürfe gegen Brosius-Gersdorf diese Personalie mitträgt, zeigt einmal mehr, in welche Abhängigkeit sie durch die „Brandmauer“ zur AfD von den Parteien des linken politischen Spektrums geraten ist.

Anstatt – wie hier gegeben – angesichts eines inakzeptablen Personalvorschlags ein klares Stopp-Zeichen zu setzen, gibt die Union einer Person ihren Segen, deren bisherige Aussagen den Schluss zulassen, dass sie eine dezidiert andere Republik will. In früheren Fällen, dies zur Erinnerung, fielen selbst angesehene Juristen wie Brosius' Doktorvater Horst Dreier schon bei deutlich weniger Kritikpunkten als nicht in das Verfassungsgericht wählbar durch. Haben CDU und CSU heute keinen Mut mehr zu einem Widerspruch, oder sind ihnen die Personalvorschläge der anderen Parteien egal, solange sie nur ihre eigenen Leute durchbekommen?

Warum traut sich niemand in der Union, dem Koalitionspartner SPD zu sagen, dass eine Juristin, die elementare Verfassungsgüter wie das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit politischen Zielen wie der Impfpflicht opfern will, als Hüterin des Grundgesetzes schlichtweg nicht infrage kommt? Was sollte die SPD in einem solchen Fall wohl machen? Würde eine Partei, die nach ihrem bei der Bundestagswahl im Februar mit 16,4 Prozent schlechtesten Ergebnis bei einer gesamtdeutschen Wahl seit 1887 in jüngsten Umfragen nur noch bei 13 Prozent steht, wirklich die Koalition platzen lassen? Wohl kaum.

Das Aushebeln des Wählerwillens

Ohnehin steht das Verhalten der SPD für eine weitere Dimension des Falles. Jahrzehntlang war es bewährte Praxis, nur Juristen für das Bundesverfassungsgericht zu nominieren, die nicht polarisierten und für – im politischen Sinne – einen Kurs des Ausgleichs und der Mitte standen. Dies trug wesentlich dazu bei, dass das in Karlsruhe ansässige Verfassungsorgan zu einer der angesehensten Institutionen unseres Landes wurde. Warum nun eine erklärte Linksauslegerin, die anhand ihrer bisherigen Positionen offenkundig eine andere Republik will?

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Union, SPD und Grüne

noch vor der Bundestagswahl vom Februar angesichts absehbarer neuer Mehrheiten laut darüber nachdachten, wie Spitzenpositionen im Staatsapparat durch eine Änderung des Besetzungsmodus „demokratiefest“ gemacht werden könnten. Das Problem dabei ist einmal mehr die Frage, wer in einer Demokratie – also einer der „Herrschaft des Volkes“ verpflichteten Staatsform – das Recht hat zu entscheiden, wer oder was demokratisch ist beziehungsweise wer oder was nicht? Haben Parteien, die zuletzt bei etlichen Wahlen massiv Stimmen verloren haben, das Recht, einem Wettbewerber, der unter den Wählern einen ungleich höheren Zuspruch erfährt, abzusprechen, demokratisch zu sein?

Dies ist genau das, was gerade in Deutschland passiert. Anstatt sich selbstkritisch zu hinterfragen, warum sie beim Volk immer weniger Zuspruch finden, greifen Vertreter einer Partei, die in den letzten 25 Jahren rund zwei Drittel ihrer Stimmen eingebüßt hat, zu den ihr noch zur Verfügung stehenden Werkzeugen der Macht und versucht, mit administrativen Maßnahmen den von den Wählern deutlich geäußerten Willen zu konterkarieren. Im Fall Brosius-Gersdorf geht es offensichtlich darum, schnell noch eine entschiedene Verfechterin linker Ideologie in höchste Stellen zu hieven, bevor die Wähler dieser Politik endgültig den Laufpass geben.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Nichts scheint zu helfen: Deutschland vermüllt und Berlin macht es vor Seite 5

Kultur
Tapias Ehrenbürger Lovis Corinth war ein sinnfrohes Malgenie Seite 9

Die Pommersche Zeitung
„Den Schwachen hilf“ – aktiver Beistand und Fürsorge in Pommern Seite 19

Heimat
Feierlicher „Tag der Minderheiten“ im historischen Umfeld Seite 23



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Die Atommacht China nutzt den Iran als Waffentest für einen Überfall auf Taiwan – Chinas Kampffarsenale versagten gegen Israel und die USA auf breiter Strecke – Xi Jiping befürchtet nun Meuterei seiner Generäle

Ein gefährlicher Balanceakt

Aus der Waffenbrüderschaft zwischen Peking und Teheran ist ein bedrohliches Szenario entstanden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Es war ein ebenso unerwartetes wie auch ungewöhnliches Novum, als im Jahr 1982 die Volksrepublik China begann, Waffen an die Islamische Republik Iran zu liefern, welche damals in einem erbitterten Krieg gegen den Irak stand. Bis 1988 unterstützte Peking Teheran mit 124 Kampfflugzeugen, 100 Mehrfachraketenwerfern, rund 50 Panzerhaubitzen, 2500 Kampfpanzern, 650 Mannschaftstransportern, 1000 tragbaren Flugabwehrraketen, 200 Seezielflugkörpern und fünf Radarsystemen. Damit legte China den Grundstein für eine bis heute andauernde militärische Zusammenarbeit mit dem Mullah-Regime.

Bunter Mix an Waffen

Derzeit profitieren – genau wie schon im Ersten Golfkrieg – alle Teilstreitkräfte des Iran von Waffenlieferungen und militärischem Know-how aus dem Reich der Mitte. Das iranische Heer verfügt über mehrere hundert Kampfpanzer der chinesischen Typen 59 und 69 (WZ 121). Die Weiterentwicklungen des sowjetischen Modells T-54A sind momentan auf das Niveau des moderneren iranischen Safir 74 gebracht worden. Dazu kommen 210 amphibische Schützenpanzer vom Typ 86 (WZ 501), der auf dem BMP-1 aus der UdSSR basiert, sowie zahlreiche gepanzerte chinesische Truppentransporter des Typs 63 (YW 53). Außerdem lieferte Peking massenhaft Sturmgewehre der Modelle CQ 5,56 und 56. Die Letzteren sind Kopien des sowjetischen Exportschlagers AK-47 von Kalaschnikow.

Chinesische Originale und Kopien

Die Marine der Islamischen Republik Iran wiederum nutzt derzeit drei Arten von Schiffen aus chinesischer Produktion. Das sind Patrouillenboote der Bavar-Klasse, Katamaran-Hochgeschwindigkeits-Flugkörperschnellboote der C 14-Klasse und Raketenschnellboote der Houdong-Klasse zum Verschießen von Lenkwaffen. Gleichzeitig stehen dem Mullah-Staat etliche landgestützte Waffensysteme zum Einsatz gegen Schiffe zur Verfügung, welche Nachbauten chinesischer Vorbilder darstellen.

Die iranische Luftwaffe setzt hingegen schultergestützte Kurzstrecken-Boden-

Luft-Raketen ein, die auf chinesischen Modellen basieren. Ebenso sollen die mobilen Flugabwehrraketensysteme „Made in China“ feindliche Maschinen vom Himmel holen. Hierbei handelt es sich um direkte Kopien von chinesischen geläufigen Modelle. Des Weiteren lieferte die Volksrepublik 2017 mehrere Kommando- und Kontrollsysteme für die Luftabwehr. Und Ende 2024 kam dann außerdem noch eine bisher unbekannt Anzahl der hochmodernen Luftabwehr-Laser des Typs Shen Nung 3000/5000 hinzu.

Umdenken bei Angriffsplänen

Diese Systeme versagten jedoch allesamt während der israelischen und US-amerikanischen Bombenangriffe auf Einrichtungen des iranischen Atomprogramms in den Tagen und Nächten vom 13. bis zum 24. Juni. Hierzu äußerte sich der jetzt in den USA lebende chinesische Militär-Experte Cai Shenkun: „Israel hat die sogenannten Verteidigungslinien des Iran durchbrochen und das Schutznetz zer-

stört, welches die Kommunistische Partei Chinas über das Land gespannt hatte.“ Genau das war offensichtlich ein Schock für die Führung in Peking um den Partei- und Staatschef Xi Jinping. Whistleblowern zufolge, auf die sich unter anderem auch der emigrierte Regimekritiker Yuan Hongbing bezieht, stehen nun sämtliche Planungen für einen Angriff auf die angeblich abtrünnige Inselrepublik Taiwan zur Disposition. Denn die Annexion Taiwans erfordert, dass die chinesische Volksbefreiungsarmee über die unangefochtene Lufthoheit verfügt, welche nicht zuletzt durch entsprechende Abwehrsysteme garantiert werden soll.

Angst vor Meuterei

Außerdem lösten auch die zielgerichteten israelischen „Enthauptungsschläge“ gegen wichtige Kommandeure der iranischen Streitkräfte eine regelrechte Panik in Peking aus. Quellen Yuans zufolge versucht das chinesische Militär nun eilends, Ersatzkommandostrukturen aufzubauen,

um im Falle der Tötung der eigenen Spitzenkräfte bei Vergeltungsangriffen Taiwans und der USA handlungsfähig zu bleiben. Das ändert aber nichts an der Gefährdung des Kreises um Xi Jinping durch überschwere bunkerbrechende Bomben, wie sie gegen die iranischen Atomanlagen eingesetzt wurden. Darüber hinaus befürchtet Xi nun wohl auch eine Meuterei innerhalb der Armeeführung, sobald einige maßgebliche Generäle gefallen sind.

Wankendes Überlegenheitsgefühl

Insofern haben die israelisch-amerikanischen Luftangriffe während des Zwölf-Tage-Krieges gegen das Mullah-Regime gravierende Auswirkungen, die weit über die Beeinflussung der Situation im Nahen und Mittleren Osten hinausgehen. So können die USA im indopazifischen Raum künftig wieder stärker auftrumpfen, nachdem das Überlegenheitsgefühl der chinesischen Militär- und Staatsführung durch die Ereignisse im Iran einen massiven Dämpfer erlitten hat.



Chinas Präsident Xi Jiping (l.) und Irans Oberster Religionsführer Ali Chamenei (r.): Zwei Machthaber, die meistens nichts Gutes im Schilde führen und für ihre Machtansprüche gern mit ihren Waffenarsenalen eine Drohkulisse aufbauen

BILD: FARSIKHAMENEI/PHOTO-ALBUM, WIKIMEDIA

EMPFINDLICHE ÖKONOMIE

Regimewechsel würde Chinas Machtstrategie stören

Sowohl Teheran als auch Peking profitieren gegenseitig von den klug vereinbarten Handelsbeziehungen beider Länder

Zwischen der kommunistisch-atheistischen Volksrepublik China und der Islamischen Republik Iran besteht ein Zweckbündnis, weil beide Länder voneinander profitieren. Beispielsweise kann der mit internationalen Sanktionen belegte Mullah-Staat sein Erdöl nach China verkaufen – mittlerweile gehen über 90 Prozent der iranischen Fördermenge in das Reich der Mitte. Da das Geschäft in chinesischer Währung abgewickelt wird, bleiben Teheran anschließend nur Einkäufe in China, was wiederum die dortige Wirtschaft stärkt. So importiert der Iran massenhaft Autos und Konsumgüter, aber auch Zulieferteile für die einheimische Rüstungsindustrie aus dem Riesenreich im Osten.

Und etliche chinesische Firmen produzieren inzwischen sogar im Iran.

Seit 2009 ist China der größte Wirtschafts- und Handelspartner des Mullah-Regimes, wobei das Handelsvolumen aber in Abhängigkeit vom Ölpreis schwankt. Um hier mehr Kontinuität zu erreichen, schlossen beide Länder 2021 ein bis 2046 gültiges Kooperationsabkommen, in dem es um gemeinsame Projekte im Umfang von umgerechnet 400 Milliarden US-Dollar ging. Unter anderem verpflichtete sich Peking zu etlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur des Iran. Zuvor war es bereits zu einer Verzehnfachung der chinesischen Investitionen in dem islamischen Staat seit 2014 gekom-

men, wobei das Geld insbesondere in die Logistikbranche und den Bergbau beziehungsweise die Erdölförderung floss. Zukünftig dürfte nun vor allem der Bau einer Ölpipeline zwischen dem Iran und China auf der Agenda stehen.

Und natürlich soll das Reich der Mullahs auch Teil der „Neuen Seidenstraße“ werden. Dieses interkontinentale Handels- und Infrastrukturnetz unter der Kontrolle Pekings dient in erster Linie den wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen Chinas. Insofern muss die Volksrepublik hier Gegenleistungen erbringen, um genügend andere Staaten zur Mitwirkung zu motivieren. Im Falle des Iran bestanden diese nicht zuletzt in der

„China hat den Iran auf sehr kluge Weise von sich abhängig gemacht“

Marco Rubio
Außenminister der USA.

Ermöglichung einer Mitgliedschaft in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) und dem antiwestlichen Staatenbündnis BRICS.

Aus all diesen Fakten ergibt sich, dass die Volksrepublik China sehr an einem Erhalt des aktuellen Status quo im Iran interessiert ist: Käme es dort nämlich zu einem plötzlichen Machtwechsel samt außenpolitischer Kurswende, wären nicht nur die bisherigen Investitionen Pekings und die vorteilhaften Ölgeschäfte mit den Mullahs in Gefahr, sondern auch langfristige strategische Vorhaben Chinas, welche alle dem Zweck dienen, das Reich der Mitte zur zukünftigen Weltmacht Nummer Eins zu machen. W.K.

STRATEGIE

Handelsroute als geopolitische Machtachse

Ende Mai wurde eine neue Eisenbahnverbindung zwischen der iranischen Hauptstadt Teheran und Xi'an, dem Mittelpunkt der zentralchinesischen Provinz Shaanxi, in Betrieb genommen. Dabei handelt es sich nicht um irgendein beliebiges Infrastrukturprojekt im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ durch Eurasien, sondern um einen wichtigen Schachzug im geopolitischen Spiel des Reiches der Mitte.

Die Bahnlinie führt von Xi'an aus durch mehrere ehemalige Sowjetrepubliken in Zentralasien, bevor sie iranisches Territorium erreicht. Damit bildet sie eine alternative Handelsroute zwischen China und der Islamischen Republik Iran, welche den Seeweg durch die Straße von Hormus am Ausgang des Persischen Golfs vermeidet. Diese schmale Meerenge ist eine hochsensible Region und könnte jederzeit aufgrund politischer Spannungen unpassierbar werden, was für Peking mit erheblichen Problemen verbunden wäre. Immerhin gehen derzeit pro Tag 1,8 Millionen Barrel iranisches Rohöl durch die Straße von Hormus auf den Weg nach China. Und auch der sonstige Warenverkehr per Schiff zwischen Peking und dem Mullah-Staat fließt durch dieses leicht abzuriegelnde Nadelöhr. Kaum auszudenken, wenn es hier zu einer Blockade käme oder Kriegshandlungen die Durchfahrt unmöglich machten.

Gleichzeitig dient die nunmehr eingeweihte Eisenbahnlinie zwischen Xi'an und Teheran nicht nur dem Zweck, geostrategische Nachteile auszugleichen und unabhängiger von äußeren Faktoren Güter zwischen China und dem Iran hin und her zu bewegen. Vielmehr verkürzt die Bahn die Transportzeiten auch um mehr als die Hälfte. Angesichts dieser Vorteile wird verständlich, warum China nun parallel eine Autobahn baut, welche die westchinesische Provinz Xinjiang über den Wakhan-Korridor und weitere Teile Nordafghanistans mit dem Iran verbindet. Ein Abkommen mit dem fundamentalistischen Taliban nach dem Abzug der US-Truppen machte dieses Projekt erst möglich. W.K.

Northvolts Pleite wird Habecks Debakel

Die Ansiedelung eines schwedischen Batterieherstellers sollte für den „Klimaschutzminister“ der Ampelkoalition ein Meilenstein der Energiewende werden. Tatsächlich wurde es zum Sinnbild des Scheiterns seines ideologischen Irrwegs

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Robert Habeck hat auf Kosten Dritter spekuliert – und verloren. Die betroffenen Dritten sind wir alle, das deutsche Volk, er jedoch geht vollversorgt und unbeschadet aus der wirtschaftlichen Katastrophe, die er angerichtet hat. In der Privatwirtschaft hätte das vermutlich für einen Geschäftsführer rechtliche Konsequenzen, nicht so in der deutschen Politik. Im Northvolt-Skandal, der insgesamt möglicherweise zu einem Verlust von 620 Millionen Euro führt, wird die dilettantische, leichtsinnige, rechtlich fragwürdige Amtsführung von Habeck besonders deutlich. Zugleich dürfte das Vorgehen im Northvolt-Skandal typisch für Habecks Politik der Überwältigung der Bürger durch Ankündigungen gigantischen Ausmaßes auf dem Weg zum Sieg der klimaneutralen Gesellschaft sein, die letztlich nur eine grün-lackierte sozialistische Gesellschaft ist. Alter Wein in neuen Schläuchen.

Als Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz in der Ampelkoalition eilte Robert Habeck von pompöser Ankündigung zu pompöser Ankündigung. Er wollte die chemische Industrie klimaneutral machen, sie flieht aus Deutschland. Er wollte die Stahlindustrie „grün“ machen, die Stahlsparte von Thyssen Krupp flieht nur aus einem Grund nicht, weil Habecks Politik ihr letztlich die Beine weggehauen hat, sie kann nicht mehr fliehen. Doch der Stahlkonzern Arcelor Mittal sucht das Weite und wird lieber in Frankreich produzieren, weil er dort mit zuverlässigem, billigem Atomstrom im wahrsten Sinne des Wortes rechnen kann. Ein Jahr haben die Leute von Arcelor Mittal kalkuliert und festgestellt, dass es trotz der von Habeck versprochenen Subventionen von knapp 1,3 Milliarden Euro rentabler und sicherer ist, das deutsche Steuergeld auszuschlagen und nach Frankreich zu gehen.

Als Menetekel dürfte Arcelor vor Augen gestanden haben, dass das Stahlwerk in Riesa, das bereits „grünen Stahl“ mittels Elektrolichtbogenöfen produziert, im Dezember 2024 die Öfen herunterfahren musste, weil der Strom zu teuer war. Zwar garantieren etwa die Rüstungsprojekte der Regierung eine wachsende Nachfrage nach Stahl, doch kauft Rheinmetall beispielsweise den Stahl lieber in Schweden, weil er dort günstiger ist. Habecks Hochlauf der sogenannten Erneuerbaren Energien ist der Rücklauf der deutschen Wirtschaft. Deutschland dekarbonisiert nicht, Deutschland deindustrialisiert.

Ein Scheitern mit Ansage

Dabei ist in der heilen Kinderbuchwelt von Habeck alles so schön einfach: Visionsgetriebene Politiker mit einem soliden Narzissmus geben der Wirtschaft, den Wissenschaftlern, den Technologen und Technikern die Richtung der Entwicklung vor, und dann bemühen sich die Ökonomen emsig, die Gesetze des Marktes und des Wirtschaftens außer Kraft zu setzen, die Wissenschaftler eine neue Naturwissenschaft zu erfinden, die Technologen Abläufe zu planen, die von jeglicher Realität abstrahieren, und die Techniker basteln nach Feierabend am Perpetuum Mobile.

In ideologischer Kumpanei haben die EU-Administration von der Leyens und Habecks Ampel auch deutsche Autokonzerne geradezu sozialistisch dirigistisch auf den Irrweg der E-Mobilität getrieben. Doch woher sollten die Batterien kommen für die vielen, vielen E-Mobile von VW und BMW?

Der richtige Gedanke, von China unabhängig zu werden, führte Habeck auf den falschen Weg, in Deutschland durch reine Subventionszeugung die Batterieproduktion anzusiedeln. In dieser Situation versprach der Gründer von Northvolt, Peter Carlsson, „die



Da herrschte noch Zuversicht: Am 25. März 2024 fiel der Startschuss für den Bau der Northvolt-Fabrik in Heide. Neben Habeck mit dabei waren auch Bundeskanzler Scholz und Ministerpräsident Daniel Günther sowie zwei Northvolt-Offizielle

weltweit „grünsten“ Lithium-Ionen-Batterien herzustellen und sich insbesondere als Batterielieferant für den europäischen Raum zu etablieren. Da Habeck zudem irgendwo aufgeschnappt hatte, dass Carlsson von Tesla kam, das damals noch als grün galt, bekam der Mann für Habeck einen fast mythischen Ruf.

Das Problem nur: Zwar kam Carlsson von Tesla, er war dort allerdings nicht für die Produktion zuständig, sondern für Einkauf und Logistik. Wer sich auch nur eine Stunde mit der Batterieproduktion für Autos und Lkw beschäftigt, weiß, dass das eine sehr anspruchsvolle Angelegenheit ist. Letztlich sollte das auch zur eigentlich schon 2023 absehbaren Insolvenz führen, eine zu anspruchsvolle Strategie und zu große Probleme in der Menge und der Qualität der Produkte. In seinem Gutachten (Due Diligence) verwiesen die Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers (PwC) darauf, dass die Kunden ein Kündigungsrecht besäßen, „falls Northvolt nicht nachweisen kann, dass die Batteriezellen wettbewerbsfähig sind und bestimmte Merkmale aufweisen“. Bereits dieser Nebensatz hätte in Habecks Ministerium alle Signale aufleuchten lassen müssen.

Ein ehrgeizig-ahnungsloser Minister

Der Kern von Carlssons Strategie bestand darin, „in 3 bis 4 Jahren zu den 10 größten globalen Batteriezellanbietern“ zu gehören, wie PwC berichtet. Diese hochspekulative Strategie ergab sich aus der Prognose, dass spätestens in knapp fünf Jahren der Markt für Batterien gesättigt sein wird. Wer es bis dahin nicht in der schönen neuen Elektrik-Welt zu einem Platz an der Sonne gebracht hat, hätte keine Chance mehr. Deshalb gab PwC zu bedenken, dass das „geplante Umsatzvolumen... der bestimmende Treiber in der Unternehmensplanung“ ist. Expansion um jeden Preis, denn: „Die Umsatzentwicklung ist davon abhängig, ob NV AB es schafft, die geplanten Projekte umzusetzen und das Produktportfolio weiterzuentwickeln.“

Obwohl Northvolt ABs Existenz davon abhing, „in 3 bis 4 Jahren zu den 10 größten globalen Batteriezellanbietern“ zu gehören,

sprach nicht allzu viel dafür, dass das schwedische Unternehmen die gesteckten Ziele auch erreichen würde. Auf der einen Seite schätzte PwC richtig ein, dass „ein solches Unternehmenswachstum aus unserer Sicht bedeutsam“ ist, „um zukünftig Marktanteile für eine globale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern“, um auf der anderen Seite geradezu euphemistisch die Expansionspläne als „ambitioniert“ zu charakterisieren. „Ambitioniert“ ist hier die nette Umschreibung für Hasard. Das Wort „ambitioniert“, das jeden nüchternen Ökonomen gewarnt hätte, musste bei einem Mann wie Habeck, dem Sprüche wie „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche“, in ihrem heroischen Talmi begeistern dürften, wie Adrenalin wirken.

Habeck fuhr 2023 zu Carlsson nach Schweden. Im Hinterkopf hatte er, dass der strauchelnde VW-Konzern an Northvolt beteiligt war. Darin lag auch der Grund, weshalb für die Anlaufphase der Produktion VW und BMW bereit waren, Batterien von Northvolt zu Preisen, die über dem Markt liegen, abzunehmen. Habeck muss in dem Projekt nur Vorteile gesehen haben: Er konnte VW helfen, er konnte die „Resilienz“ gegenüber China stärken, einen europäischen Batteriehersteller, der ebenso groß dachte, wie Habeck groß zu denken pflegte, in Deutschland ansiedeln, ihm bei der Eroberung des Weltmarktes helfen, die Steuereinnahmen Schleswig-Holsteins erhöhen und Habecks Wind-Baronen einen Großabnehmer präsentieren. Und für die Familie war es auch fein, denn Habecks Bruder Hinrich ist Chef der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holsteins. In der „Ansiedlungsbilanz 2024“ verdeutlichte Bruder Hinrich, „dass die tatsächliche Zahl von neuen Arbeitsplätzen maßgeblich von der Zukunft des Batterieherstellers Northvolt abhängen werde“.

Andere sahen die Risiken

Wie skeptisch andernorts über das Projekt gedacht wurde, zeigen die 149 kritischen Anfragen, die laut ZDF aus dem Kieler Wirtschaftsministerium gestellt worden sein sollen. Die „Lücken“ im Gutachten von PwC, schreibt denn auch der Bundesrechnungshof,

„waren bereits in der Entscheidungsphase bekannt ... Zugleich lagen dem BMW aus anderen Quellen Hinweise auf Termin- und Kostenüberschreitungen zum schwedischen Werk vor. Das BMW hätte die Stellungnahme daher in mehrfacher Hinsicht nicht als hinreichende Entscheidungsgrundlage betrachten dürfen. Es hätte den Informationslücken und Risiken weiter nachgehen müssen. Es ist jedoch nicht zu erkennen, dass das BMW zentrale Annahmen des Unternehmenserfolgs hinterfragte. In der Gesamtschau stellte der Bundesrechnungshof fest, dass das BMW wesentliche Risiken der Wandelanleihe unzureichend ermittelt und bewertet hat. Es agierte stattdessen weitestgehend nach dem Prinzip Hoffnung.“

Die Due Diligence von PwC, auf die sich Habeck beruft, beruht auf Projektionen, Plänen, Zielen, Daten und der Strategie von Northvolt AB als einer Art sich selbst erfüllender Prophezeiung, sie verglich Äpfel mit Birnen, als sie das Startup Northvolt AB mit langjährig börsennotierten Firmen wie Toshiba, Panasonic und GS Yuasa Corporation verglich und sicherte sich ab, indem es auf die Materialbasis verwies, die keine Plausibilisierung erlaubte, oder auf Praktiken, die zumindest unüblich waren. So liest man in dem Gutachten: „Detaillierte Hintergrundinformationen – z.B. in Form eines Annahmenbuchs – zu der Unternehmensplanung von NV AB lagen uns nicht vor. Aus diesem Grund war es uns nicht möglich, die Positionen der Ergebnisrechnung im Detail zu plausibilisieren.“ Oder: „Den Sachverhalt, das Northvolt nach eigener Aussage kein Benchmarking der eigenen Produkte, mit denen der Konkurrenz vornimmt, erachten wir jedoch als zumindest unüblich.“ Nur unüblich?

Trotz allem floss das Steuergeld

Am 30. Oktober 2023 schloss auf der Grundlage der bereits zitierten Due Diligence von PwC auf Wunsch Habecks und des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit dem Mutterkonzern, mit der Northvolt AB einen Vertrag über die Wandelanleihe. Die Haftung für das damit verbundene Volumen von 600 Millionen Euro übernahmen hälftig der Bund und das Land Schleswig-Holstein, die Achse Habeck-Günther funktionierte zum Nachteil der Bürger reibungslos.

Im November 2023 schrieb die schwedische Wirtschaftszeitung „Dagens industri“ (Di) dann unter dem Titel „Northvolts geheime Horrorzahlen“: „Die Probleme des Batterieherstellers Northvolt nehmen zu. Es drohen Milliardenverluste, und die Produktion war im dritten Quartal bemerkenswert niedrig. Dies geht aus einem vertraulichen Zwischenbericht hervor, den Di veröffentlichen konnte. Auch im vierten Quartal halten die Probleme an – die Auslieferungen an den wichtigen Kunden Scania sind weiterhin minimal.“ Wenig später kam die schwedische Regierung zu dem Schluss: „Northvolt hat jedoch keine Erfahrung mit Projekten dieser Größenordnung und Komplexität.“ Ihr Fazit lautete: „Die endgültige Bonitätseinstufung lautet daher Ba 1.“ Der Ratinggrad Ba 1 wird zu den „Non-Investment-Graden“ gezählt, auch als „High Yield“ oder „Junk Bonds“ bekannt, die als risikoreich gelten und daher eine erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeit einschließen.

Doch von all dem wollte Habeck nichts sehen. Denn: „Am Ende ist es nur Geld“, wie er bei anderer Gelegenheit einmal äußerte.

● **Dr. Klaus-Rüdiger Mai** ist freier Publizist. Zuletzt erschienen seine Biographien „Die Kommunistin. Sahra Wagenknecht. Eine Frau zwischen Interessen und Mythen“ und „Angela Merkel. Zwischen Legende und Wirklichkeit“ (beide Europa Verlag 2024). www.europa-verlag.com

Habecks Hochlauf der sogenannten Erneuerbaren Energien ist der Rücklauf der deutschen Wirtschaft. Deutschland dekarbonisiert nicht, Deutschland deindustrialisiert

● MELDUNGEN

Austritt wegen Kirchenasyl

Berlin – Der ehemalige SPD-Staatssekretär Christian Lange verlässt die evangelische Kirche. Wie „Bild“ berichtet, begründete Lange seinen Austritt mit Aussagen des Berliner Bischofs Christian Stäblein zum Kirchenasyl. Der Flüchtlingsbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hatte sich mit den drei Somaliern getroffen, die im Mai mehrmals an der polnischen Grenze von der Bundespolizei zurückgewiesen worden waren. Stäblein hatte anlässlich des Treffens mit den drei Asylsuchern das Kirchenasyl als „Dienst für die Gesellschaft“ bezeichnet, „die auf diese Weise an ihr Fundament der Barmherzigkeit erinnert wird“. Ex-Lange kritisierte, dass mit solchen Auftritten der Eindruck entstehe, „kirchliche Fürsorge stehe über staatlichem Recht“. Ex-Staatssekretär Lange erklärte, dies sei ein Signal, das er „als Demokrat und Jurist nicht hinnehmen“ könne. **H.M.**

Öffentlicher Dienst wuchert

Berlin – Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland steigt des Längerem kontinuierlich an: 2024 belief sie sich auf 5,4 Millionen – das waren 95.900 Mitarbeiter mehr als noch 2023. Insgesamt standen 2024 zwölf Prozent aller Erwerbstätigen hierzulande im Staatsdienst. Allein an den Hochschulen arbeiteten 636.000 Personen, was auf einen Zuwachs gegenüber 2010 um 41 Prozent hinauslief. Im selben Zeitraum verdoppelte sich die Zahl der Arbeitskräfte in den kommunalen Kindertagesstätten, während die sprachlichen, motorischen und sozialen Kompetenzen der Schulanfänger drastisch abnahmen. Eigentlich sollten die Privatisierung bei der Post und Bahn sowie die Digitalisierung innerhalb der Behörden zur deutlichen Reduzierung der Staatsbediensteten führen – eine Rechnung, die nicht aufging. Gleichzeitig verschwanden von 2023 zu 2024 etwa 120.000 Stellen in der freien Wirtschaft. **W.K.**

Neu: BND mit Onlineshop

Berlin – Der Bundesnachrichtendienst (BND) verfügt ab sofort über einen eigenen Onlineshop, in dem Fans des deutschen Auslandsgeheimdienstes Werbe- und Vermarktungsartikel erwerben können. Dazu zählen BND-Kugelschreiber für 4,95 Euro, die aber keine unsichtbare Tinte enthalten, oder weiße Tennissocken mit dem vom EU-Amt für geistiges Eigentum (EUIPO) geschützten Logo des BND für 14,90 Euro. Die Einrichtung des Shops begründete der BND-Sprecher Martin Heinemann folgendermaßen: „Mit dem Angebot wollen wir gezielt junge Leute erreichen und unsere Bekanntheit steigern. Denn der BND ist ein spannender Arbeitgeber und sucht jederzeit Nachwuchs.“ Derzeit hat der Geheimdienst, der bei seiner Vermarktung mit zwei Privatfirmen kooperiert, 20 Artikel im Angebot. Allerdings fehlen dabei die Unterhosen mit der Aufschrift „Nur für den Dienstgebrauch“, die sich großer Beliebtheit innerhalb des BND erfreuten. **W.K.**



Und dem nächsten grünen Herzensprojekt droht das Aus: „Bye-bye H₂“ tönt es aus der Automobilwirtschaft Bild: shutterstock.com

GROSSE ERNÜCHTERUNG

Tod des Wasserstoffautos

Allein 2025 wurden bisher nur acht Fahrzeuge mit H₂-Antrieb zugelassen

VON HAGEN RITTER

Trotz zugesagter Fördergelder in Höhe von 1,3 Milliarden Euro hat der Stahlhersteller ArcelorMittal vor Kurzem seine Pläne gestoppt, seine Werke in Bremen und Eisenhüttenstadt auf „grünen“ Wasserstoff umzustellen. Die Absage des Konzerns, hierzulande eine Stahlproduktion aufzubauen, bei der statt fossiler Energieträger Wasserstoff eingesetzt wird, kam überraschend. Bei einem anderen Wasserstoffprojekt ist dagegen zunehmend ein schleichendes Scheitern zu beobachten.

Autos mit Wasserstoff-Brennstoffzellen als Antrieb galten in der Autoindustrie und auch in der Politik jahrelang als Hoffnungsträger für eine emissionsfreie Mobilität. Inzwischen schwindet aber unübersehbar das Interesse. Wie das „Handelsblatt“ Ende Juni berichtete, werden überall in Deutschland Wasserstofftankstellen geschlossen. Laut dem Bericht sind seit Jahresanfang bis Ende Juli 22 Tankstellen

für Wasserstofffahrzeuge geschlossen worden: „Von einst fast 100 sind nur noch 69 in Betrieb, jederzeit kann eine weitere für immer gesperrt werden“, so das „Handelsblatt“. Der Grund ist einfach und einleuchtend: Der Betrieb einer solchen Tankstelle lohnt sich schlichtweg nicht. Zum Vergleich: Bundesweit existieren rund 14.400 Tankstellen, die Benzin, Diesel und Autogas anbieten und denen geht es wirtschaftlich gut.

Weit hinter den Erwartungen

H₂-Mobility, Europas größter Betreiber von Wasserstofftankstellen, reagiert mit der Schließung von Standorten in Deutschland auf eine längere Entwicklung. Zum Teil sind die Tankstellen bereits vor rund zehn Jahren aufgebaut worden, sodass mittlerweile Modernisierungsbedarf besteht. Auf der anderen Seite ist aber die Nachfrage nach Wasserstoff weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Personenkraftwagen mit dieser speziellen Brennstoffzellentechnik

sind ein zu guter Letzt dann doch ein Nischenprodukt geblieben.

Laut einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hatten zum Jahresbeginn von über 49 Millionen hierzulande zugelassenen Autos nur etwa 1800 eine Wasserstoff-Brennstoffzelle. Im ersten Quartal 2025 wurden lediglich acht neue Modelle mit dieser Antriebstechnik neu zugelassen.

„Ich kann mir gut vorstellen, dass wir die Brennstoffzelle im Serieneinsatz sehen werden.“

Oliver Zipse
Vorstandsvorsitzender
der BMW AG

ERINNERUNGSKULTUR

Mehr Unterstützung für den Volksbund

Bund will Kriegsgräberfürsorge fördern – Koalitionsfraktionen fordern Abbau des Investitionsstaus

CDU/CSU und SPD wollen den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VdK) bei seiner Arbeit im In- und Ausland angemessen unterstützen. Die jährlichen finanziellen Zuwendungen des Bundes müssten den Bedarf zur Pflege und Instandhaltung der existierenden Kriegsgräberstätten „in einem würdigen Zustand“ decken. Außerdem müssten sie dazu beitragen, den bestehenden Investitionsstau mittelfristig abzubauen.

Für Erhalt und Pflege der Kriegsgräber in 46 Ländern erhielt der Volksbund vom Auswärtigen Amt 2024 Zuwendungen in Höhe von 19,38 Millionen Euro. Laut der Regierung gibt es derzeit 826 Kriegsgräberstätten, die der Volksbund pflegt. Den Instandhaltungsrückstau für alle 826 Kriegsgräberstätten schätzte der Volksbund auf etwa 50 Millionen Euro.

Die Koalitionsfraktionen betonten ausdrücklich, dass sie die Arbeit des VdK würdigen, der seit seiner Gründung im Jahr 1919 mit mehr als 500 hauptamtlichen und zahllosen ehrenamtlichen Mitarbeitern „eine wertvolle Arbeit für unser Land und einen bedeutenden Beitrag zur Aussöhnung und Völkerverständigung in Europa“ geleistet habe.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. ist ein gemeinnütziger Verein. Obwohl der Verein ab 1954 von der Bundesrepublik Deutschland damit betraut wurde, Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu erfassen, zu erhalten und zu pflegen, muss er sich hauptsächlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanzieren.

Zu seinen Aufgaben gehört unter anderem, Kriegstote im Ausland zu suchen

und zu bergen, sie würdig zu bestatten sowie ihre Gräber zu pflegen und Angehörigen bei der Gräbersuche zu helfen. Neben Anlagen des Ersten und Zweiten Weltkriegs betreut der VdK auch Denkmäler und Friedhöfe des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870/71, des Deutsch-Dänischen Kriegs von 1864 und der Schleswig-Holsteinischen Erhebung von 1848 bis 1851. Der VdK betreut 23 der 139 Kriegsgräberstätten und Erinnerungsorte des Ersten Weltkriegs, die seit 2023 zum UNESCO-Weltkulturerbe gehören.

Seit seinem Bestehen hat der Volksbund wichtige Arbeit geleistet. Allein seit dem Jahr 1945 wurden mehr als 700.000 Graböffnungen und Umbettungen in Staaten Westeuropas und Afrikas vorgenommen. Seit 1992 bis Ende 2024 sind in den Staaten Osteuropas und der ehemali-

Die geringe Nachfrage nach Wasserstoff trifft zudem auf hohe technische Anforderungen an die Tankstellen. Personenvanwagen tankten den Wasserstoff mit einem Druck von 700 bar. Lkw, Busse und andere schwere Nutzfahrzeuge tankten zwar den gleichen Wasserstoff, aber mit einem Druck von 350 bar. Zum Vergleich: Der durchschnittliche Reifendruck für Pkw liegt in der Regel zwischen zwei und drei bar. H₂ Mobility musste zudem feststellen, dass ein Teil der älteren Wasserstofftankstellen baulich gar nicht von schweren Nutzfahrzeugen angefahren werden kann. Angesichts der geringen Zulassungszahlen von Pkw mit Brennstoffzelle sind aber schwere Nutzfahrzeuge mittlerweile die wichtigsten Kunden für die Wasserstofftankstellen – und demnächst wohl auch die einzigen. Folgerichtig hat H₂ Mobility angekündigt, sich in Zukunft vor allem auf die Versorgung von Nutzfahrzeugen konzentrieren zu wollen.

Kosten verhindern Durchbruch

An der geringen Bedeutung von Brennstoffzellen-Pkw wird sich auf absehbare Zeit auch nichts ändern. Fast alle deutschen Autobauer haben ihre Pläne, Wasserstoff-Autos in Serie zu produzieren, mittlerweile wieder aufgegeben. Von den deutschen Autobauern hält einzig noch BMW an Plänen zur Serienfertigung von Wasserstoff-Pkw fest. Der bayerische Hersteller will in Kooperation mit dem japanischen Autobauer Toyota ab dem Jahr 2028 ein Serienfahrzeug mit Brennstoffzellenantrieb auf den Markt bringen. Das Fahrzeug soll auf der bereits hinreichend erprobten Technologie des BMW iX5 Hydrogen basieren.

Die Technik des Wasserstoffautos ist zwar ausgereift, allerdings verhindern hohe Kosten den Durchbruch. Gleichzeitig sind die Preise für E-Autos mit Batterie in den letzten Jahren gesunken, zeitweise hat der Staat den Kauf solcher E-Fahrzeuge sogar noch subventioniert. Wasserstoffautos kosten häufig noch immer 70.000 Euro oder mehr, der durchschnittliche Anschaffungspreis für ein Elektroauto lag in Deutschland 2024 bei etwas über 56.000 Euro. Als Michael Rath, der Leiter Wasserstofffahrzeuge bei BMW, den Plan zur Serienproduktion vergangenes Jahr vorstellte, sprach er davon, 2028 sei der richtige Zeitpunkt dafür, da sich bis dahin auch die nötige Infrastruktur deutlich weiterentwickelt habe.

Der Konzern selbst kündigte 2024 noch an, nicht selbst in großem Maßstab Infrastruktur für die Betankung von Wasserstofffahrzeugen aufbauen zu wollen. Der Rückbau des ohnehin dünnen Netzes von Wasserstofftankstellen könnte diesen Plan nun total obsolet werden lassen.

Manuela Rosenthal-Kappi

ÖFFENTLICHER RAUM

Berlin kämpft mit seiner Vermüllung

Giftködter für Ratten, drastische Bußgelder für illegale Entsorgung – Nichts scheint wirklich zu fruchten

VON HERMANN MÜLLER

Selbst glühenden Berlin-Fans kommt es nicht in den Sinn, die Spreemetropole als eine gepflegte und saubere Stadt zu bezeichnen. Üblich ist vielmehr das Bild, das der Musiker Peter Fox in seinem Stück „Haus am See“ von der Hauptstadt Deutschlands gezeichnet hat: „Guten Morgen Berlin, du kannst so hässlich sein, so dreckig und grau.“ Tatsächlich gehören ausranzierte Sofas, Matratzen, Autowracks und herrenlose Fahrräder, die einfach im öffentlichen Straßenraum entsorgt werden, ebenso seit Jahren zum Berliner Stadtbild wie Hundehaufen, Zigarettenkippen und anderer Abfall auf den Gehwegen. Auch in den Berliner Parks sind mit leeren Glasflaschen, Essensresten und Verpackungsmüll bedeckte Rasenflächen eher die Regel als die Ausnahme.

Aktuell sorgt in der Stadt eine massive Rattenplage auf dem Neuköllner Hermannplatz für Schlagzeilen. Vor allem in den Hochbeeten rund um den Platz haben sich die Nager eingenistet. Die bisherigen Maßnahmen, vor allem Giftködter, sind wirkungslos geblieben. Genutzt wird der Hermannplatz von Händlern, die hier von Montag bis Freitag an Ständen unter anderem Lebensmittel anbieten. Von Markthändlern kam denn auch der Vorwurf, der zuständige Bezirk Neukölln habe den Platz seit zwei Jahren sich selbst überlassen und „mache hier gar nichts“. Inzwischen hat der Bezirk angekündigt, endlich harte Maßnahmen gegen die Rattenplage zu ergreifen.

Senat will Bürger befragen

Für Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner scheint das Thema Sauberkeit in der Stadt nun sogar den Rang einer Chefsache zu haben: Wegner kündigte an, Berlin in eine saubere Stadt zu verwandeln zu wollen. Das sei „für die Vorgängerregierungen oft eine Nebensache“ gewesen. Der CDU-Politiker sieht aber auch alle, die in Berlin leben, in einer Mitverantwortung – für den eigenen Kiez, den Park, den Gehweg: „Der Müll auf den Gehwegen oder in den Grünanlagen fällt ja nicht vom Himmel, sondern immer aus einer Hand.“

Bislang sind die Versuche, die Stadt sauberer zu machen, nicht sonderlich er-



Von Ratten überrascht: Der Hermannplatz in Berlin-Neukölln

Bild: picture alliance/dpa/Christophe Gateau

folgreich gewesen. Schon 2019 hatte der damalige rot-grün-rote Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) im Kampf gegen die Vermüllung der Stadt die Bußgelder deutlich erhöht. Wie die Senatsverwaltung für Umwelt später einräumte, waren trotz der Erhöhung der Bußgelder keine signifikanten Änderungen im Verhalten der Bürger festzustellen.

Im März hat der nunmehr schwarz-rote Senat erneut die Bußgelder für illegale Müllentsorgung drastisch angehoben. Seitdem kann das Wegwerfen einer Zigarettenkippe mit 250 Euro geahndet werden. Das gleiche Mindestbußgeld wird für das Wegwerfen von Plastiktüten oder Einwegbechern fällig. Die in einigen Stadtteilen sehr beliebte illegale Entsorgung von Sperrmüll auf öffentlichem Straßenland kann ertappte Sünder 4000 Euro kosten. Durchschlagenden Erfolg scheint der neue Bußgeldkatalog für Müllsünder bis-

lang aber nicht gehabt zu haben. Seit dem 24. Juni sind die Berliner nun aufgefordert, in einer Online-Befragung Auskunft zu geben, wo für sie der Ärger über Schmutz und Verwahrlosung in der Hauptstadt am größten ist: „Wir wollen wissen, wo es in Berlin besonders dreckig ist – und wo wir besser werden müssen“, sagt Martina Klement, Staatssekretärin für Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung in der Senatskanzlei.

Andere Städte geben mehr Geld aus

Kommentator Gunnar Schupelius hat in der „B.Z.“ indes Zweifel am Sinn der Bürgerbefragung geäußert: Stadtreinigung und Ordnungsämter wüssten schließlich, „wo und wann der Müll herumliegt und weggeräumt werden muss“.

Tatsächlich spricht viel dafür, dass die Berliner Politik kein Erkenntnisproblem sondern mal wieder ein Umsetzungsproblem hat. Mit etwa 6300 Mitarbeitern

scheint Berlins Stadtreinigung im Vergleich zu Hamburg mit rund 4000 Beschäftigten auf den ersten Blick personell gut aufgestellt zu sein. Allerdings hat Berlin auch doppelt so viele Einwohner. Noch entscheidender ist vermutlich, dass andere deutsche Großstädte mehr Geld für die Säuberung von Straßen und Grünflächen in die Hand nehmen.

Dazu kommt die starke Rolle der Bezirke. Sie entscheiden darüber, wie viel Geld aus ihren Haushalten beispielsweise für den Unterhalt und die Pflege von Grünflächen aufgewendet wird. Die Berliner Bezirke sind es auch, die über ihre Ordnungsämter letztendlich dafür sorgen müssen, dass Müllsünder auf frischer Tat ertappt werden. Drastische Geldbußen, die der Senat für illegale Müllentsorgung beschließt, zeigen kaum Wirkung, wenn die Ordnungsämter durch Personalangel überlastet sind oder vorwiegend gegen Parksünder eingesetzt werden.

HUMBOLDT-FORUM

Boddien will weitere Rekonstruktionen

Vorkämpfer für Berliner Schloss fordert: Neptunbrunnen und Rossebändiger sollen an alten Platz zurück

Am Humboldt-Forum in Berlin sind Ende Juni die letzten Balustradenfiguren aufgestellt worden. Aus Sicht der Stiftung Humboldt Forum ist damit die Teilerneuerung des 1950 gesprengten Berliner Schlosses abgeschlossen (siehe PAZ 27/2025). Bereits im vergangenen Jahr hatte die damalige Kulturstatsministerin Claudia Roth (Grüne) erklärt: „Weitere Rekonstruktionen sind nicht erwünscht.“

Wilhelm von Boddien, der die treibende Kraft beim Wiederaufbau des Berliner Schlosses war, sieht die Rekonstruktion dagegen noch nicht als abgeschlossen an. Der 83-Jährige wirbt für die Rückkehr der sogenannten „Rossebändiger“-Skulpturen an ihren ursprünglichen Standort. Als Geschenk des Zaren Nikolaus I. für König Friedrich Wilhelm IV. waren die Skulpturen 1846 auf der Lustgartenterrasse des Berliner Schlosses aufgestellt worden. Im

Juni 1945 wurden sie auf Anweisung der Westalliierten in den Schöneberger Heinrich-von-Kleist-Park versetzt. Dort standen die „Rossebändiger“ in der Nähe des alliierten Kontrollratsgebäudes. Der Park war zwar grundsätzlich eine öffentliche Grünanlage. Die direkte Umgebung des Gebäudes, insbesondere der Bereich mit den Skulpturen, war per Nutzung durch die vier Besatzungsmächte für die Berliner bis 1990 jedoch nur eingeschränkt zugänglich.

Als das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg im Frühjahr 2022 seine Planungen zur Sanierung des Kleistparks vorstellte, war dies mit dem Hinweis verbunden, dass die historischen „Rossebändiger“ an den Flügeln des Berliner Kammergerichts verbleiben sollen und nicht zum rekonstruierten Berliner Stadtschloss, dem Humboldt-Forum, zurückkehren.

Boddien möchte auch gern den Neptunbrunnen an seinen einstigen Standort am Schlossplatz zurückkehren lassen. Der Brunnen wurde 1951 auf dem Schlossplatz abgebaut und steht seit 1969 auf der Freifläche vor dem Roten Rathaus und dem Fernsehturm. Auch in diesem Fall sind die Chancen für eine Rückkehr an den ursprünglichen Standort zumindest derzeit gering.

„Gigantentreppe“ wiederherstellen

Der Berliner Senat hat in den vergangenen Jahren mehrfach erklärt, dass der Neptunbrunnen dauerhaft an seinem jetzigen Standort vor dem Roten Rathaus verbleiben solle. Im aktuellen Koalitionsvertrag von CDU und SPD ist lediglich von einer neuen Brunnenanlage am historischen Standort die Rede, nicht von einer Rückführung des Originals. Die Senats-

verwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen plant, auf dem Schlossplatz einen zeitgenössischen Brunnen zu errichten. Ebenfalls auf dem Schlossplatz will der Bund ein Denkmal für die deutsche Einheit errichten.

Die wohl spektakulärste Idee Wilhelm von Boddien könnte mehr Chancen haben. Dabei geht es um die Rekonstruktion der sogenannten Gigantentreppe. Das Treppenhaus, das als ein Glanzstück des deutschen Barocks galt, war im Original von Andreas Schlüter entworfen worden. Im jetzigen Humboldt-Forum ist am einstigen Ort der Treppe der Rohbau durch den Architekten Franco Stella so bemessen worden, dass ein nachträglicher Einbau des Treppenhauses möglich wäre. Derzeit werden in dem Raum historische Überreste der einstigen Schloßfassaden ausgestellt. H.M.

KOLUMNE

Schlaglicht

VON THEO MAASS

Die Erneuerung der Teilstrecke der „Dresdner Bahn“ von Berlin-Lichtenrade bis Blankenfeld hat das Zeug, ins Guinnessbuch der Rekorde aufgenommen zu werden. Von der Planung bis zur Realisierung der nur 16,2 Kilometer kurzen Strecke sind fast drei Jahrzehnte vergangen. Am 14. Dezember sollen nun die ersten Züge fahren, welche die Fahrzeit vom Hauptbahnhof zum Flughafen BER um 16 auf 23 Minuten und von Berlin nach Dresden von zwei Stunden auf 99 Minuten verkürzen sollen.

Auf Berliner Gebiet sollen die Züge mit 160 und in Brandenburg 200 Kilometer pro Stunde fahren. Die Trasse wurde bereits von 1875 bis 1952 von Zügen aus Dresden auf der Fahrt zum Anhalter Bahnhof genutzt, bis die SED-Machthaber den Zugverkehr stoppten, um die Flucht von DDR-Bewohnern in den Westteil Berlins besser unterbinden zu können. Nach der deutschen Vereinigung sollte die Linie wieder eröffnet werden. Von der Jahrzehntelangen Ruhe verwöhnt, wollten die Anlieger aber durchsetzen, dass die Strecke in einen Tunnel verlegt wird. Das hätte einen dreistelligen Millionenbetrag zusätzlich gekostet.

Das Besondere: Der spätere Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) gehörte zu jenen Anwohnern. Der Senat hielt das Planfeststellungsverfahren an. Die Verwaltung von Bau-senator Peter Strieder (SPD) verweigerte die öffentliche Auslegung der Unterlagen, die wiederum Voraussetzung für die Baugenehmigung war. Und der auf Kostenreduzierung bedachte damalige Bahnchef Hartmut Mehdorn strich daraufhin erst einmal das ganze Vorhaben.

Letztlich ähnelte das Ganze einer Ephraim-Kishon-Satire über die Bürokratie. Im Kern aber war es ein Kampf von Laubenpiepern und Einfamilienhausbesitzern gegen täglich 250 Züge, die S-Bahn nicht mitgezählt. Nicht wenig, aber dass Einwände der Anwohner sogar die Wiederaufnahme einer schon früher stark frequentierten Bahnstrecke so lange verzögern konnten, wirft ein Schlaglicht auf das, was die Entwicklung Deutschlands derzeit hemmt.

MELDUNG

Aus für Extra-Klagerecht

Potsdam – Im Zuge eines Bürokratieabbaus will Brandenburg die erweiterte Klagemöglichkeit für Umweltverbände beschränken. Bislang haben die Verbände in Brandenburg Klagemöglichkeiten gegen Planungsvorhaben, die über die gesetzliche Regelung auf Bundesebene hinausgehen. Wie Umweltministerin Hanka Mittelstädt (SPD) im Landtags-Sonderausschuss Bürokratieabbau mitteilte, bleiben mit der Änderung die Mitwirkungsrechte von Umweltverbänden bestehen. Allerdings werden die Rechte künftig auf der Ebene der Bundesgesetzgebung reguliert. Der Naturschutzverband NABU sprach von einer starken Beschneidung der Beteiligungs- und Klagerechte sowie von einem Demokratieabbau. Unterstützt wird Mittelstädt Vorhaben dagegen vom Koalitionspartner BSW und auch von den beiden Oppositionsparteien im Landtag, AfD und CDU. H.M.

● MELDUNGEN

EU fördert „willige“ Medien

Brüssel – Einige wenige Medien erhalten von der EU Fördergelder in Millionenhöhe. Laut Recherchen des Online-Magazins „Euractiv“ fließen pro Jahr rund 35 Millionen Euro an eine Handvoll Medien. Offiziell spricht die EU-Kommission laut dem Bericht von etwa 21 Millionen Euro, die jährlich für gesamteuropäische Medienangebote mit EU-Bezug gezahlt werden. Die tatsächlichen EU-Ausgaben für Medien liegen nach Angaben von „Euractiv“ weit über diesem Betrag. Dem zufolge übersteigen im aktuellen siebenjährigen EU-Haushalt die geplanten und laufenden Ausschreibungen für medienbezogene Projekte 210 Millionen Euro, rund 150 Millionen davon sollen direkt oder indirekt in Redaktionen fließen. Ein wichtiger Empfänger von EU-Fördergeldern war laut „Euractiv“ der mehrsprachige Sender „Euronews“. Der Fernsehsender hat kürzlich seinen Hauptsitz von Lyon nach Brüssel verlegt. H.M.

FSB verfolgt Jugendliche

Toljatti – Eine Gruppe Gymnasiasten erregte im „Park des Sieges“ der russischen Industriestadt Toljatti Aufsehen, als sie auf Ukrainisch Verse wie „Wir sind für die Ukraine“ sangen. Der Vorfall ereignete sich während der Feierlichkeiten zum Schulabschluss. Ein Video, auf dem die Schüler berauscht neben der ukrainischen Nationalhymne ein Lied sangen, in dem „der Führer der Organisation ukrainischer Nationalisten“, Stepan Bandera, erwähnt wird, ging viral. Das rief die Gesetzeshüter auf den Plan. Gegen die Jugendlichen im Alter von 17 und 18 Jahren wird nun wegen der „Rehabilitierung des Nazismus“ ein Strafverfahren eingeleitet. Der Vorfall erregte auch die Aufmerksamkeit des FSB. Da es in russischen Regionen immer wieder zu „radikalen und gesetzeswidrigen“ Bewegungen mit Bezug auf die Ukraine komme, hatte der russische Geheimdienst über eine Spezialoperation in 81 Regionen des Landes berichtet, um der „Ideologie der Gewalt“ unter Jugendlichen entgegenzuwirken. MRK

Russen erobern Lithiumlager

Kiew – Die russische Armee hat eine der größten Lithium-Lagerstätten Europas unweit der ukrainischen Siedlung Schewtschenko in der Oblast Donezk erobert. Starke Kampfverbände konnten nicht verhindern, dass die 57. Motor-Brigade des russischen Feindes das 40 Hektor große Gelände, unter dem sich vermutlich 13,8 Millionen Tonnen lithiumhaltiges Erz befinden, nach heftigen Kämpfen einnahm. Vor Kurzem gelang es den russischen Angreifern auch, die Kontrolle über das reiche Lithium-Vorkommen von Balka Kruta in der Region Saporischschja zu erlangen. Diese beiden Verluste sind für die Ukraine dramatisch, weil sie nachteilige Auswirkungen auf die Umsetzung des Mineralienabkommens zwischen Kiew und Washington haben. Deshalb fordert Kiew nun verschärfte Sanktionen gegen alle Unternehmen, die russisches Lithium kaufen und damit den „Rohstoffraub“ in der Ukraine unterstützen. W.K.

EUROPA

Hoffen auf lang ersehnte Veränderung

Mit Beginn der EU-Ratspräsidentschaft Dänemarks könnte die EU-Asylpolitik endlich restriktiver werden

VON HAGEN RITTER

Dänemark hat am 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. In den Monaten bis zum Jahresende könnte es daher der dänischen Regierung gelingen, zumindest den Grundstein für eine andere europäische Asylpolitik zu legen. Zu Beginn der Ratspräsidentschaft kündigten Premierministerin Mette Frederiksen (Sozialdemokraten) und Europa-Ministerin Marie Bjerre (Venstre-Partei) drei Top-Prioritäten an: ein sicheres Europa, ein wettbewerbsfähiges und grünes Europa, zudem aber auch der Kampf gegen die irreguläre Migration in die EU.

Nach jahrelangen Verhandlungen hat das EU-Parlament vergangenes Jahr bereits einem Gesetzespaket zur Asylreform zugestimmt. Teil des Pakets sind einheitliche Verfahren an den Außengrenzen und eine Neuregelung bei der Verteilung von Asylmigranten.

Die dänische Regierung will die Reform des Asylrechts weiter vorantreiben. Die EU-Kommission selbst hat bereits eine Abschwächung des Konzepts sicherer Drittstaaten und eine neue Rückfüh-

rungsverordnung vorgeschlagen. Aufgabe Kopenhagens ist es in den nächsten Monaten dazu eine gemeinsame Position der Mitgliedsstaaten zu finden. Danach könnten dann Verhandlungen mit dem EU-Parlament über konkrete Änderungen am EU-Recht beginnen. Laut Dänemarks Europaministerin Marie Bjerre muss auch eine rechtliche Grundlage für Aufnahmезentren und Rückführungsdrehscheiben geschaffen werden. Mit zu den Grundlagen, die aus Sicht der dänischen Regierung geschaffen werden müssen, gehört eine Diskussion darüber, wie die EU die Genfer Flüchtlingskonvention endlich in wirksames EU-Recht umsetzen kann.

Wirkungsvolles Asylrecht

Dabei verweist die Regierung in Kopenhagen darauf, dass auch große Einwanderungsländer wie Australien und Kanada die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet haben, gleichzeitig aber nicht darauf verzichten, die Zuwanderung im Interesse ihres Landes zu steuern.

Die derzeitige Auslegung der Flüchtlingskonvention durch die EU hat dagegen dazu geführt, dass über das Asyl- und Flüchtlingsrecht eine Massenmigration

stattfindet, die weitgehend ungesteuert ist. Nach Überschreiten der EU-Außengrenze steht jedem sogenannten Flüchtling das Recht zu, einen Asylantrag zu stellen. Auch wenn sich herausstellt, dass die Voraussetzungen für eine Aufnahme in der EU nicht vorliegen, muss ein Großteil der irregulär eingereisten Ausländer Europa nicht wieder verlassen.

Mit Meloni etwas bewegen

Zur Reform der Zustände will Kopenhagen auch auf unkonventionelle Lösungen setzen. Vergangenes Jahr kündigte Ausländer- und Integrationsminister Kaare Dybvad (Sozialdemokraten) etwa an, sich in der EU für die Einrichtung eines Aufnahmezentrums außerhalb Europas einzusetzen zu wollen.

Dänemarks Regierungschefin ist zudem eine ungewöhnliche Allianz mit der rechten Giorgia Meloni (Fratelli d'Italia) eingegangen. Im dänischen Fernsehen sagte Frederiksen, sie habe Meloni als „primäre Partnerin“ im Bereich Einwanderung gewählt, weil sie gemeinsam „einige Dinge in Europa bewegen können. Wenn wir beide unsere Eier in denselben Korb legen, sind wir ein Duo, das man nur

schwer ignorieren kann“, sagte die nordische Sozialdemokratin, die ohne Ideologie auskommt, dafür aber mit viel volkshohem Pragmatismus agiert.

Bereits im Mai hatten Frederiksen und ihre italienische Amtskollegin Meloni eine Initiative gestartet, um die Abschiebung krimineller Ausländer zu erleichtern. In einem offenen Brief warben beide Regierungschefinnen für eine Diskussion über die Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die bisherige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) schränke insbesondere beim Umgang mit kriminellen Migranten zunehmend nationale Handlungsspielräume ein, so Frederiksen und Meloni.

Im Brief weisen beide darauf hin, dass verschiedene Länder mittlerweile versucht haben, mit ihrer Gesetzgebung auf die irreguläre Migration zu reagieren. Die Unterfangen, sich den Verhältnissen anzupassen, sind aus Sicht von Meloni und Frederiksen aber regelmäßig vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ausgebremst worden. Besondere Kritik wurde in dem Brief daher an Urteilen des Gerichtshofs geübt, durch die Abschiebungen von straffälligen Ausländern verhindert wurden. Der Schutz der Bevölkerung und das Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit müssten in solchen Fällen Vorrang vor individuellen Rechten haben, so die beiden Ministerpräsidentinnen. Der Brief wurde auch von den Regierungschefs von Polen, Belgien, Österreich, Estland, Lettland, Tschechien sowie Litauens unterzeichnet.

EU-Staaten wollen handeln

Die Bedingungen für eine Wende in der Migrationspolitik sind derzeit recht günstig. In mehreren großen EU-Ländern, etwa in Italien und Polen, sind Regierungen im Amt, die Zuwanderung begrenzen wollen. Dies gilt seit dem Aus der Ampelkoalition auch für Deutschland. Der innenpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Alexander Throm, sprach unlängst gegenüber der „Welt“ davon, dass sich ein Zeitfenster aufgetan habe.

Laut dem CDU-Politiker setzt sich jetzt eine Mehrheit der EU-Staaten und des EU-Parlaments für eine nachhaltige Migrationswende ein. „Deutschland wird hierbei treibende Kraft sein und nicht mehr wie bisher blockieren.“



Dänemarks Regierungschefin Mette Frederiksen hat seit dem 1. Juli den EU-Ratsvorsitz übernommen: Auf ihr ruhen die Hoffnungen vieler EU-Staaten, dass sich in der Migrationspolitik nun endlich etwas zum Besseren wendet

IRAN

Atomprogramm der Mullahs wirklich am Ende?

Widersprüchliche Aussagen von Geheimdiensten und Experten bringen die Gerüchteküche zum Brodeln

Ja? Nein? Vielleicht? Nach den israelischen Luftangriffen und dem Einsatz US-amerikanischer Bunkerbrecher-Bomben gegen die iranischen Atomanlagen hieß es sogleich, das Nuklearwaffenprogramm der Mullahs sei nun „vollständig ausgelöscht“. So äußerten sich unter anderem US-Präsident Donald Trump und dessen Vize James David Vance sowie Pentagon-Chef Peter Hegseth.

Dann aber veröffentlichten CNN und die „New York Times“ einen durchgestochenen Geheimbericht, in dem die Defense Intelligence Agency (DIA), also die Dachorganisation der Nachrichtendienste der fünf US-Teilstreitkräfte, urteilte, dass die Bombardierung das iranische Atomprogramm nur um einige Monate zurückgeworfen hätte, weil zentrale Teile der Anlagen nicht zerstört worden seien.

Ebenso behauptete der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Rafael Grossi, der Iran könne „innerhalb weniger Monate“ mit der Uran-Anreicherung fortfahren.

Die Reaktion waren heftige Dementis der US-Regierung, in denen die Einschätzungen der DIA und des IAEO-Chefs als „falsch“ bezeichnet wurden. Gleichzeitig gab das Verteidigungsministerium in Washington Informationen über den rund 500 Millionen US-Dollar teuren Einsatz der bunkerbrechenden Bomben gegen die unterirdischen Uranzentrifugen in Natanz und Fordo preis. Die Sprengkörper seien speziell für solche Zwecke entwickelt worden und hätten wie geplant die Lüftungsschächte als Achillesferse der Anlagen getroffen. Dies bestätigte auch der unabhängige Experte N. R. Jenzen-Jo-

nes von der australischen Forschungseinrichtung Armament Research Services (ARES). Nur wenige Tage später relativierte die DIA ihre erste Bewertung und teilte mit, dass sie erst nach weiteren Untersuchungen zu eindeutigen Befunden kommen könne.

Gleichzeitig vermeldete der US-Geheimdienst CIA, er verfüge über „eine Reihe vertrauenswürdiger Informationen“, denen zufolge „das iranische Atomprogramm ... schwer beschädigt“ und um Jahre zurückgeworfen worden sei. Kurz darauf machte auch Grossi einen Rückzieher, indem er sagte, die IAEO rechne nun doch mit „sehr erheblichen Schäden“ an den hochempfindlichen Uranzentrifugen.

Danach drehte sich die Diskussion vorrangig um eine andere Aussage des IAEO-Direktors, die lautete, seine Orga-

nisation wisse nichts über den Verbleib von mehr als 400 Kilogramm iranischen Urans mit einem fast kernwaffentauglichen Reinheitsgrad von 60 Prozent. Wobei Grossi aber gleichzeitig argwöhnte, dass die Iraner das potentielle Bombenmaterial vor den US-amerikanischen Luftschlägen in Sicherheit gebracht hätten, was wiederum den Widerspruch von Trump erregte: „Sie haben überhaupt nichts weggebracht ...“

Und dann gab das US-Verteidigungsministerium der Angelegenheit noch eine weitere Wende, indem es am 2. Juli verlautbarte, seinen neuesten Geheimdienstinformationen zufolge sei das iranische Atomprogramm doch nur um „ein bis zwei Jahre“ zurückgeworfen worden. Eindeutiges Resümee bisher: Nichts Genaueres weiß man nicht. Wolfgang Kaufmann

VON PETER ENTINGER

Die Deutsche Bahn erhält in den kommenden Jahren insgesamt 107 Milliarden Euro aus einem Sondervermögen des Bundes, um das marode Schienennetz zu modernisieren. Bahnchef Richard Lutz hält diese Rekordsumme dennoch für nicht ausreichend und stellt weitere Forderungen. Im politischen Berlin sorgte das – vorsichtig formuliert – für Irritationen. Der neue Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) zeigte sich jedenfalls fassungslos über diese Haltung.

„Dass wir aus dem Sondervermögen zusätzliches Geld bekommen, ist superklasse“, sagte Lutz gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Dennoch reiche das Geld nach wie vor nicht aus. Den zusätzlichen Investitionsbedarf bis 2029 beziffert Lutz auf rund 45 Milliarden Euro – etwa 17 Milliarden mehr, als bislang vorgesehen. „Ob diese Finanzierungslücke noch geschlossen werden kann, werden die nächsten Monate und Jahre zeigen“, sagte er gegenüber der dpa.

Die Bundesregierung hatte vor wenigen Tagen beschlossen, der Bahn bis 2029 rund 107 Milliarden Euro für Infrastrukturinvestitionen bereitzustellen – deutlich mehr als ursprünglich geplant. Ein Großteil der Summe, nämlich rund 81 Milliarden Euro, stammt aus dem kreditfinanzierten Sondervermögen.

Allerdings sind darin auch Gelder enthalten, die zuvor im regulären Haushalt veranschlagt waren und nun lediglich umgeschichtet werden. Lutz fürchtet daher, dass wichtige Modernisierungsprojekte ohne weitere Zuschüsse auf der Strecke bleiben könnten. Verkehrsminister Schnieder hat dennoch wenig Verständnis für die Klagen des Bahnchefs. „Wir haben bis 2029 Investitionen in die Bahn von etwa 107 Milliarden Euro vorgesehen. Nach meiner Auffassung ist das auskömmlich“, sagte Schnieder gegenüber ntv. Zusätzliche Lücken in der Finanzierung der Bahn könne er aktuell nicht nachvollziehen.

Verspätungsquote ist inakzeptabel

Schnieder stellt vielmehr die Effizienz des bundeseigenen Konzerns in Frage. Angesichts der gewaltigen Summen, die der Bund zuschießt, müsse die Bahn dringend bessere Ergebnisse liefern. Tatsächlich steht der Staatskonzern seit Jahren in der Kritik, weil trotz hoher Investitionen die Qualität für die Fahrgäste zu wünschen übrig lässt. Auch im ersten Halbjahr 2025 waren über ein Drittel aller ICE und Intercity verspätet unterwegs. Nach Bahn-Angaben gingen rund 80 Prozent der Verspätungen auf Probleme mit der Infrastruktur und die zahlreichen Baustellen zurück. Dennoch sind für Bundesminister Schnieder



„Da muss sich endlich etwas ändern“, scheint Verkehrsminister Schnieder (r.) gegenüber Bahnchef Lutz (l.) deutlich zu machen

DEUTSCHE BAHN

Bahnchef stellt horrenden Forderungen an Bund

Verkehrsminister Schnieder ist fassungslos, dass 107 Milliarden aus einem Sondervermögen noch nicht genug sind – Wackelt jetzt der Stuhl von Lutz?

der derartige Werte inakzeptabel. Er fordert von der Bahn neben mehr Pünktlichkeit auch spürbare Verbesserungen bei Sauberkeit und Service.

Um die Misere zu beheben, läuft bei der Bahn ein umfangreiches Sanierungsprogramm. In den kommenden Jahren sollen Dutzende stark befahrene Strecken grundlegend erneuert werden. Für diese „Generalsanierung“ werden betroffene Korridore jeweils für mehrere Monate komplett gesperrt. Fahrgäste und Unternehmen müssen währenddessen längere Reisezeiten und Umwege in Kauf nehmen. Ursprünglich sollte dieses Programm bis 2031 abgeschlossen sein, doch vor Kurzem wurde bekannt, dass sich der Zeitplan um vier Jahre nach hinten verschiebt. Die letzte Strecke wird nun voraussichtlich erst 2035 fertig saniert. Kriti-

ker hatten schon länger bezweifelt, dass die Generalsanierung in so kurzer Zeit umzusetzen ist. Im Koalitionsvertrag der Regierung wurde vereinbart, den ehrgeizigen Zeitplan laufend zu überprüfen.

Defizit hat sich leicht verringert

Lutz räumt ein, dass ein Spannungsfeld zwischen „Fahren und Bauen“ bestehe: Ein länger gestreckter Sanierungszeitraum verringere zwar die Belastungen für den laufenden Betrieb, doch verschiebe sich dadurch auch der Zeitpunkt, zu dem eine verlässlichere Infrastruktur zur Verfügung steht. Auch finanziell bleibt die Lage angespannt. Im Geschäftsjahr 2024 verzeichnete die Bahn einen Verlust von rund 1,8 Milliarden Euro. Dank einer Entlastung des Bundes fiel das Defizit besser aus als 2023, als das Defizit noch ein

Minus von 2,7 Milliarden Euro betragen hatte. Der Schuldenberg des Staatskonzerns liegt weiterhin bei über 30 Milliarden Euro. Lutz spricht dennoch von der „größten Krise seit der Bahnreform“ von 1994 und hat ein Sparprogramm inklusive Stellenabbau gestartet.

Bis 2027 will der Konzern wieder deutlich rentabler und pünktlicher werden – anvisiert ist eine Pünktlichkeitsquote von 75 bis 80 Prozent –, doch der Weg dorthin ist weit. In Berlin dürfte man zunehmend ungeduldig werden. Schnieder hat angekündigt, das Unternehmen grundlegend auf den Prüfstand zu stellen. „Dazu gehört dann am Schluss auch die Frage, mit welchem Personal wir das machen“, sagte der Minister. Beobachter deuten dies als Hinweis, dass der Bahnchef selbst nicht mehr tabu ist.

RÜSTUNGSWIRTSCHAFT

Rheinmetall baut ab sofort Teile des F35-Jets

Die deutsche Wehrtechnikbranche boomt – mehr Geld für Verteidigung heißt volle Auftragsbücher

Wo einst britische Militärjets vom Flughafen Weeze im Kreis Kleve/Niederrhein aus starteten, werden bald Schlüsselkomponenten für einen der modernsten Kampfjets der Welt produziert. Der Düsseldorf Rüstungskonzern Rheinmetall hat in rekordverdächtigter Zeit eine neue Fabrik am Airport errichtet. In der hochmodernen Anlage sollen zentrale Rumpfsektionen für den US-Tarnkappenjet F-35 hergestellt werden. Schon in diesen Tagen läuft die Produktion an, kündigte Rheinmetall-Chef Armin Papperger bei der Eröffnung des Werks an.

Rund 200 Millionen Euro investierte Rheinmetall in das neue Werk, das etwa 400 Arbeitsplätze schafft und als eine der modernsten Fertigungsstätten Europas gilt. „Wir haben Wort gehalten und im Rheinmetall-Tempo eine Hightech-Fabrik

für das Herzstück des modernsten Kampfjets der Welt errichtet“, sagte Papperger.

Nur rund anderthalb Jahre vergingen von der Standortsuche bis zur Fertigstellung. „Dass die Produktion von bis zu 36 Rumpfmittelteilen pro Jahr hier in Kürze starten kann, zeigt, dass die Zeitenwende auf allen Ebenen angekommen ist“, so Papperger. Im neuen Werk fertigt Rheinmetall mittlere Rumpfsegmente der F-35 und liefert sie zur Endmontage an den US-Partner Northrop Grumman.

Das Tarnkappen-Kampfflugzeug gilt als leistungsfähigster Jet der Welt und wird von 19 Nationen eingesetzt. Deutschland hat 35 Maschinen bestellt, um ab 2027 die veralteten Tornados der Bundeswehr abzulösen. Langfristig sollen in Weeze insgesamt 400 dieser Rumpfsektionen entstehen – ein Rahmenvertrag über

rund zwei Jahrzehnte. Pro Jahr können bis zu 36 Stück gefertigt werden. Für Rheinmetall bedeutet der Einstieg in die F-35-Fertigung eine strategische Weichenstellung. Der Konzern, dessen Schwerpunkt bislang auf Panzer, Artillerie, Munition und Luftabwehr lag, expandiert nun in die Luft- und Raumfahrttechnik. Die Zusammenarbeit mit den US-Rüstungsriesen Lockheed Martin und Northrop Grumman eröffnet neue Technologiefelder und Absatzchancen.

Tatsächlich erlebt die deutsche Wehrtechnikbranche einen Boom ohnegleichen. Der Ukrainekrieg hat hier tatsächlich eine sicherheitspolitische „Zeitenwende“ ausgelöst. Nach Jahrzehnten der Zurückhaltung investiert Deutschland massiv in die Bundeswehr. 100 Milliarden Euro Sondervermögen und steigende

Verteidigungsetats bescheren Rüstungsfirmen volle Auftragsbücher. Besonders Rheinmetall verzeichnet Rekordaufträge. Der inzwischen in den DAX aufgestiegene Konzern stellt tausende neue Mitarbeiter ein und erweitert seine Kapazitäten.

Papperger prognostiziert, dass die Belegschaft von 40.000 Beschäftigten in wenigen Jahren auf bis zu 70.000 anwächst. Den Jahresumsatz will Rheinmetall bis 2030 auf bis zu 50 Milliarden Euro steigern. Die neue F-35-Fabrik steht für diesen Aufschwung. Was vor Kurzem noch unvorstellbar schien, ist heute Realität: Deutschland baut in Rekordtempo seine wehrtechnische Industrie wieder auf. Für Rheinmetall markiert das Werk den Einstieg in eine neue Ära. Für das kleine Weeze bedeutet es den Sprung auf die Landkarte der Hochtechnologie. P. E.

● MELDUNGEN

Invest-Stau bei Kommunen

Frankfurt a. M. – Der Investitionsrückstand der deutschen Kommunen ist auf 215,7 Milliarden Euro angewachsen. Dies geht aus der Kommunalpanel-Befragung der staatlichen KfW-Bank hervor. Befragt wurden die Kämmerer von Städten und Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern sowie alle Landkreise. Gegenüber dem Vorjahr ist der Investitionsstau um 29,6 Milliarden Euro gewachsen. Den größten Investitionsrückstand sehen die Kommunen bei Schulgebäuden. Hier beträgt die Lücke 67,8 Milliarden Euro oder 31 Prozent des gesamten Investitionsstaus. An zweiter Stelle folgt die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur mit 53,4 Milliarden Euro – also 25 Prozent – des Investitionsrückstands. Als mögliche Ursache des hohen Investitionsbedarfs bei Schulgebäuden nannte Dirk Schumacher, Chefvolkswirt der KfW, den ab 2026 geltenden gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter. H.M.

Benz verkauft Autohäuser

Stuttgart – Der Besitzerwechsel beim Mercedes-Benz-Autohaus in Neu-Ulm ist vollzogen: Künftig firmiert der Standort unter dem Dach der sogenannten Sterne-Gruppe. Das ist der nächste Schritt eines umfassenden Strategiewechsels. Bundesweit sollen rund 80 konzerneneigene Autohäuser mit mehreren Tausend Beschäftigten an private Betreiber übergeben werden. Für den Betriebsrat ist das Vorgehen ein „Schlag ins Gesicht“. Man kritisiert vor allem den Verlust tariflicher Sicherheiten und die drohende Aushöhlung des Markenkerns durch reine Verkaufsorientierung. Auch vor Ort wächst die Sorge um zukünftige Arbeitsbedingungen und den Fortbestand bewährter Ausbildungsstrukturen. Der Mutterkonzern Mercedes-Benz hält an seiner Linie fest und spricht von einem „zukunftsfähigen Vertriebsmodell“. Die Sterne-Gruppe kündigte an, den Betrieb nahtlos fortzuführen – was das konkret bedeutet, bleibt abzuwarten. P.E.

Warnung vor Stromlücke

Frankfurt a. M. – Ohne den Bau von Gaskraftwerken droht Deutschland eine Unterversorgung mit Strom. Das ist das Ergebnis einer Studie der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers (PwC). Wie die Studie zeigt, könnte ab 2035 zu wenig Strom in Deutschland zur Verfügung stehen, wenn bis dahin nicht in großem Umfang neue Stromerzeugungsanlagen entstehen. Nach den bisherigen Planungen sollen in Deutschland in den kommenden Jahren immer mehr Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Zur Stromversorgung sollen stattdessen Solaranlagen, Windräder und moderne Gaskraftwerke entstehen. Laut PwC könnte Deutschland bald einen Punkt erreichen, an dem sich Investitionen in weitere Windräder und Solaranlagen nicht mehr lohnen. Die PwC-Autoren warnen, dass eine zu langsame Reaktion auf den Kohleausstieg die Zukunft des Industriestandorts Deutschland gefährdet. H.M.

KOMMENTARE

Polens Retourkutsche

HERMANN MÜLLER

Unterstützt von Militärpolizei und Heimatschutzverbänden hat Polens Grenzschutz am 7. Juli mit vorübergehenden Kontrollen an der Grenze zu Deutschland begonnen. Wie Innenminister Tomasz Siemoniak erklärt, richten sich die Kontrollen gegen „diejenigen, die an der illegalen Schleusung von Migranten über die Grenze beteiligt sind“. Diese Begründung ist fragwürdig: Illegale Einreisen von Deutschland nach Polen sind selten. Die Routen illegaler Zuwanderung verlaufen in genau umgekehrter Richtung – nämlich von Polen als Transitland nach Deutschland. Warschau Begründung für die Grenzkontrollen ist damit fadenscheinig. Politische Beobachter sprechen daher auch von einer Retourkutsche, weil Bundesinnenminister Dobrindt im Mai die Grenzkontrollen verstärkt und die Zurückweisung von Asylsuchenden angeordnet hat.

In Richtung Berlin signalisierte Polens Regierung nun auch, sie sei bereit, ihre Grenzkontrollen wieder aufzuheben, wenn die Bundesregierung auf

Grenzkontrollen verzichtet. Stillschweigend wird dabei vorausgesetzt, dass Deutschland weiterhin jeden Ausländer aufnehmen soll, der via Polen auf irregulärem Weg in die EU eingereist ist.

Zugutehalten muss man Polens Premier Tusk, dass er unter innenpolitischem Druck steht. Er reagiert mit den Grenzkontrollen auf Forderungen der oppositionellen PiS-Partei. Polnische Ultranationalisten haben zudem damit begonnen, an Oder und Neiße selbst Grenzschutz zu spielen. Eine dieser polnischen Bürgerwehren hat unlängst im brandenburgischen Guben die Zurückweisung eines Afghanen verhindert. Polnische Grenzschützer schauten dem Treiben der radikalen Bürgerwehr zu. Erstaunlich ist allerdings auch das Agieren der EU-Kommission: Sie hat bereits abgenickt, dass Polen das Recht auf Asyl an der polnisch-weißrussischen Grenze zeitweise aussetzen darf. Obwohl es keine nennenswerte illegale Zuwanderung von Deutschland nach Polen gibt, hat die Kommission nun auch den neu eingeführten polnischen Grenzkontrollen ihren Segen erteilt.

Elon Musk macht Ernst

JENS EICHLER

Die angekündigte Parteigründung von Elon Musk mit seiner neuen geplanten „American Party“ stellt einen spektakulären, aber auch hoch umstrittenen Einschnitt in die US-Politik dar. Musk, südafrikanischer Tech-Milliardär und erfolgreicher Unternehmer, der sich bisher eher als politischer Einzelkämpfer auf sozialen Medien und verlängerter Arm von US-Präsident Trump positioniert hat, greift nun aktiv ins parteipolitische Geschehen ein – mit dem erklärten Ziel, eine Alternative zu den Republikanern unter Trump zu schaffen.

Der Zeitpunkt ist dabei sicherlich nicht zufällig gewählt worden: Die Polarisierung in den USA ist auf einem historischen Hoch, und viele konservative Wähler sind zwar unzufrieden mit den Demokraten, aber zugleich zunehmend skeptisch gegenüber Trumps zweifelhaften Führungs- und Politikstil. Musk nutzt dieses politische Vakuum – mit

einer Mischung aus wirtschaftsliberalen Ideen und einer freiheitlich angehauchten Sehnsuchtskritik am bisherigen politischen „Establishment“.

Doch so verlockend eine neue Partei für enttäuschte Wähler klingen mag, birgt der Vorstoß große Risiken. Die USA haben ein Zwei-Parteien-System, das neue Kräfte systematisch benachteiligt. Parteien wie die „American Party“ laufen daher wie andere vor ihnen Gefahr, am Ende mehr zur Spaltung des konservativen Lagers beizutragen als zu seiner Erneuerung. Ein dritter Kandidat könnte Trump zwar schwächen – aber auch den Demokraten ungewollt zum Sieg verhelfen. Hinzu kommt: Musk ist kein Politiker. Sein Führungsstil gilt als impulsiv, autoritär, anstandslos. Genau das Gegenteil aber wird aktuell gebraucht. Ob Musk diesen Rollenwechsel hinbekommt, bleibt somit fraglich. Klar ist aber: Die US-Politik steht vor einer weiteren Zuspitzung. Und Elon Musk ist entschlossen, sie aktiv mitzugestalten.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de



BILD: PICTURE ALLIANCE (SWEN PÖRTNER) (SWEN PÖRTNER)

Jüngstes Objekt eines antijüdischen Affekts: Der Schriftsteller Maxim Biller

ZWISCHENRUF

Der anti-israelische Konsens

HOLGER FUSS

Gut möglich, dass der „Kampf gegen Rechts“ und die Inflation von Nazi-Bezeichnungen, die in den vergangenen Jahren den Diskurs prägten, eine unterschwellige Absicht verfolgt haben: die Wiederkehr des Judentums, diesmal unter linker Flagge, gesellschaftsfähig zu machen.

Wie verhext wirkt Deutschland derzeit, befallen von Dämonen, die wir längst exorziert wähten. Mit kühler Berechnung verkriechen sich die Judenverächter der Gegenwart hinter angetäuschten Mitgefühl für die arabischen Todfeinde Israels im Gazastreifen. Linke und muslimische Aktivisten marschieren auf den Straßen der westlichen Welt und besetzen Universitäten; erst am vergangenen Wochenende forderten Demonstranten in Berlin wieder einmal das Kalifat in Deutschland und die Vernichtung des jüdischen Staates.

Auch in den Medien sind allenthalben die steten Nadelstiche zu spüren, die Israel beim Publikum verunglimpfen sollen. „Netanjahu, der seit 35 Jahren der böse Geist der israelischen Politik ist“, nannte ihn der Journalist Robert Misik in einer Talkshow bei Servus TV. Weil es unter Intellektuellen als unfein gilt, offenherzig gegen Juden zu hetzen, fokussiert sich die Abscheu auf den israelischen Ministerpräsidenten, der in den meisten Massenmedien zum absoluten Bösen stilisiert wird.

Jawohl, heißt es dann, Israel habe nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 das Recht auf Selbstverteidigung, aber Netanjahu sei wider jede Verhältnismäßigkeit in Gaza zum Genozid übergegangen. Mehr noch, er brauche diesen Krieg, um sich an der Macht zu halten. So lautet die hakenschlagende Argumentation derer, die sich als Freunde Israels deklarieren, doch mit ihrer Forderung der Waffenniederlegung des jüdischen Staates den Untergang der einzigen Demokratie im Nahen Osten in Kauf nehmen.

Der Fall Maxim Biller und „Die Zeit“

Wie verklemmt der Antisemitismus aus dem eleganten Schreibstübchen daherkommt, zeigt ein Vorfall im Pressehaus der Wochenzeitung „Die Zeit“. Dort wurde ein Text des langjährigen Kolumnisten Maxim Biller zur Nahost-Debatte von der Online-Redaktion „depubliziert“, also nach Veröffentlichung gelöscht. Der Beitrag enthielt „mehrere Formulierungen, die nicht den Standards der Zeit entsprechen“, ist in einer knappen Erklärung zu lesen. In der längst ausgelieferten gedruckten Ausgabe ist der online gelöschte Text natürlich weiterhin lesbar. Die digitale „Depublizierung“ hat also rein symbolischen Charakter.

Die Redaktion reagierte offenbar auf einen Sturm der Entrüstung, der nach Erscheinen einsetzte. Biller hatte es gewagt, als deutsch-jüdischer Autor gegen den anti-israelischen Konsens anzuschreiben: „Ja, wenn es um Israel geht“, so Biller, „um Benjamin Netanjahu und um die strategisch richtige, aber unmenschliche Hungerblockade von Gaza oder die rein defensive Iran-Kampagne der IDF (Israelische Verteidigungstreitkräfte – die Redaktion), kennen die meisten Deutschen keinen Spaß.“ Er beschreibt den Polittalker Markus Lanz, wie dieser in „raubtierhafter Angriffshocke“ seinen Gästen die Aussage abpressen will, „dass Israel im Gazastreifen

Diese Frage stellt sich jetzt erneut und betrifft die Lorenzo-Redaktion selbst. Manche mutmaßen bereits, der Chefredakteur sei von seinen eigenen Leuten kaltgestellt oder im Keller des Pressehauses gefangen gehalten. Plausibler ist die Annahme, dass die beeindruckende Auflage der „Zeit“ von gut 600.000 Exemplaren und die Rekordverkäufe von Verlagsprodukten der stramm links-woken Gesinnung der Redaktion zu verdanken ist. Und wer Giovanni di Lorenzo seit 1989 als Moderator der Talkshow „3 nach 9“ kennt, weiß, dass in dem Mann kein Aufrührer schlummert, sondern ein samtiger Konformist mit athletischem Gespür für die Belange des Mainstreams.

Vergiftete Popkultur

Und so, wie das Publikum dem allgegenwärtigen Medien-Gehämmere gegen Donald Trump ausgesetzt ist, so widerfährt es ihm auch mit den allabendlichen Nachrichten aus dem Nahen Osten, die sich fast durchweg anhören, als kämen sie ungefiltert von den Pressestellen von Hamas, Hisbollah, Huthis und den iranischen Revolutionsgarden. In Gaza stehen oft Menschen vor den Kameras, die zwar herzzerreißend wehklagen, aber keineswegs vom Hunger ausgemergelt wirken. Anfang Juli war in der linken Tageszeitung „taz“ von einem Al-Baqa-Café in Gaza-Stadt zu lesen, in dem die Menschen Tee tranken und aufs Mittelmeer schauten, als eine israelische Rakete einschlug und mindestens 24 Menschen tötete. Als Quelle für den israelischen Luftschlag wurde der arabische TV-Sender Al Jazeera genannt, dem die israelische Regierung schon 2024 wegen einseitiger Berichterstattung die Sende- lizenz für Israel entzogen hat. Wie bitte? Während einer Hungersnot sitzen Menschen gemütlich im Café?

Bei dieser Art Berichterstattung ist wohl eher Skepsis geboten. Allzu gut passen solche Narrative in das verbreitete Gerücht vom Störenfried Israel. Wie sehr diese antijüdische Ideologie weltweit die Runde macht, zeigte Ende Juni das Musikfestival im englischen Glastonbury. Dutzende von Künstlern riefen zur Unterstützung Palästinas auf. Das Rap-Duo Bob Vylan intonierte: „Tod den IDF!“ Und das Publikum echote zurück: „Death to IDF.“ Den israelischen Streitkräften wurde der Untergang gewünscht.

In der Popkultur etabliert sich gerade eine linksradikale Idee und vergiftet die Köpfe einer nachwachsenden Generation: Israel gilt für viele nicht mehr als demokratisches Bollwerk des freien Westens im Nahen Osten, sondern als das Böse schlechthin, das ausgemerzt gehört. Diese islam-linken jungen Leute stehen einem zweiten „1933“ viel näher als manche Wirkköpfe am rechten Rand.

Mit kühler Berechnung verkriechen sich die Judenverächter der Gegenwart hinter angetäuschten Mitgefühl für die arabischen Todfeinde Israels im Gazastreifen

fen ‚Kriegsverbrechen‘ begehe“. Am Ende weist Biller in Form eines Witzes auf die Zerrissenheit eines israelischen Soldaten hin, der jeden Tag Menschen erschießen muss, weil es seinen Staat nicht mehr gäbe, sobald er mit dem Töten aufhörte.

All das hat die „Zeit“-Redaktion gecancelt, weil solche Sichtweisen im Deutschland der praktizierten Staatsräson der Sicherheit Israels gegenüber eben nicht erwünscht sind. Und weil Biller ein Jude ist, hat dieser Vorgang seine antisemitische Dimension. Ausgerechnet einem jüdischen Schriftsteller wird es verwehrt, seine Perspektive aus persönlicher Betroffenheit zu veröffentlichen; mithin wird eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben.

Zum 75. Geburtstag seines Blattes schrieb „Zeit“-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo 2021 einen Kommentar zur Pressefreiheit. Überraschenderweise markierte er die Feinde der Freiheit eher links der Mitte und zitierte einen Bericht, wonach „knapp die Hälfte der Journalistinnen und Journalisten bei der ‚New York Times‘ inzwischen Angst hätten, zu schreiben, was sie denken. Dazu Di Lorenzo: „Wie soll man einem Medium vertrauen, dessen eigene Angestellte glauben, dass man gewisse Sichtweisen lieber nicht äußert?“

Sinnenfrohes Malgenie

Ehrenbürger von Tapiau – Vor 100 Jahren starb der ostpreußische Künstler Lovis Corinth

VON VEIT-MARIO THIEDE

Der Ostpreuße Lovis Corinth war ehrgeizig: Dem Publikum und den Künstlerkollegen wollte er durch „ausgefallene Originalität“ imponieren. Da wird dann zum Beispiel im Gemälde „Salome II“ (1900, Museum der bildenden Künste Leipzig) frei nach dem Skandalstück des irischen Schriftstellers Oscar Wilde die aus der Bibel bekannte Tempeltänzerin zur barbusigen Femme fatale. Sie reißt dem ihr auf einem Tablett präsentierten Haupt Johannes des Täufers, der sie verschmäht hatte, mit spitzen Fingern ein Auge auf, damit er sie noch einmal „ansetzen“ muss.

Und Corinth war fleißig: Er schuf mehr als tausend Gemälde, ebenso viele Druckgraphiken, Hunderte von Aquarellen und Tausende von Zeichnungen. Noch heute findet das Schaffen des am 17. Juli 1925 im niederländischen Zandvoort an den Folgen einer Lungenentzündung gestorbenen Künstlers große Beachtung, wie sowohl die kürzlich von Barbara Martin vorgelegte Biographie als auch drei Sonderausstellungen beweisen.

Der am 21. Juli 1858 in Tapiau [Gwardaisk] geborene Franz Heinrich Louis Corinth, der sich später den Vornamen „Lovis“ gibt, verbringt die ersten Lebensjahre auf dem elterlichen Bauernhof, dem eine Gerberei angeschlossen ist. Mit acht Jahren zieht er zu einer Tante nach Königsberg und besucht die älteste Schule Ostpreußens: das Kneiphöfische Gymnasium. Nach dem Tod von Corinths Mutter verkauft sein Vater die Besitzungen in Tapiau, zieht nach Königsberg und unterstützt die künstlerischen Ambitionen seines Sohnes. Der studiert ab 1876 an der Königsberger Kunstakademie, geht 1880 an die von München, nimmt 1884 Malunterricht in Antwerpen und Paris, bevor er sich 1891 in München niederlässt.

Die 1895 im Glaspalast ausgetestete „Kreuzabnahme“ (Wallraf-Richartz-Museum Köln) ist sein erster Verkaufserfolg. Seine 1900 eingereichte „Salome“ aber weist die Jury der Münchner Secession zurück. Sie findet jedoch Aufnahme in die Ausstellung der Berliner Secession und wird ein Publikumserfolg.

Daraufhin zieht Corinth 1901 nach Berlin um, wo ihm schnell der künstlerische Durchbruch gelingt. Biographin Martin schreibt: „Zeit lebensstolz auf seine einfache Herkunft aus der ostpreußischen Provinz, gibt Corinth die unverbildete Urnatur inmitten der großstädtischen Kunstszene.“

Die Heimat dankt es ihm: Tapiau ernennet ihn zum Ehrenbürger, die Königsberger Albertus-Universität verleiht ihm die Ehrendoktorwürde. In Berlin pflegt er freundschaftliche Kontakte zu den Malern Max Liebermann und Walter Leistikow, wird Vorstandsmitglied und schließlich Vorsitzender der Berliner Secession. Der Laden läuft: Corinth erhält lukrative Porträtaufträge und eröffnet eine florierende Malschule, die überwiegend von Damen besucht wird.

Zu seinen ersten Schülerinnen gehört die aus gutem jüdischem Hause stammende Charlotte Berend (1880–1967). Auf einer sommerlichen Studienreise nach Horst an der Ostsee kommen sich die beiden näher. Davon kündigt Corinth vor Ort gemaltes Bild „Mädchen mit Stier“ (1902, Hamburger Kunsthalle). Es zeigt eine befremdliche und dabei komische Szene: Eine fein herausgeputzte junge Dame – Charlotte – steht in freier Na-



Imponieren durch „ausgefallene Originalität“: Lovis Corinths Gemälde „Salome II“ frei nach dem Skandalstück von Oscar Wilde

tur. Die eine Hand hat sie einem Bullen – Corinth – auf den gebeugten Nacken gelegt, die andere hält ein rosarotes Band, das durch den Nasenring des sich lammfromm gebenden Tieres geführt ist. Malerfreund Leistikow schlägt den Bildtitel „Die Zähmung des Widerspenstigen“ vor.

Corinth und die 22 Jahre jüngere Charlotte heiraten 1904. Die Gattin und die beiden gemeinsamen Kinder Thomas und Wilhelmine werden zu den bevorzugten Modellen des Künstlers. In dem schrillen Gemälde „Die Kindheit des Zeus“ (1905/06, Kunsthalle Bremen) sitzt Charlotte als Nymphe Amaltheia in der Bildmitte. Auf ihrem Schoß zappelt der ungebärdige nackte kleine Zeus, verkörpert von Thomas. Corinth tritt nur mit Weinlaub bekleidet als lärmender Musiker auf. Er und eine Nackte übertönen das Geschrei des Zeusknaben, damit der nicht von seinem Vater Chronos entdeckt und aufgefressen wird.

Biographin Martin hat an die 70 Gemälde gezählt, in denen Corinth seine Charlotte dargestellt hat. Sie ist als Ehefrau, Mutter, Modell und Malerin vielseitig beansprucht und regelte überdies die geschäftlichen Angelegenheiten ihres Mannes. Obendrein muntert sie den von Martin als „sinnenfrohen Genussmenschen“ charakterisierten Corinth auf, wenn ihn Mutlosigkeit und Depression ereilt. Er erleidet 1911 einen schweren



Lovis Corinth: „Selbstbildnis vor der Staffelei“, 1919

Schlaganfall, von dem er sich mit Unterstützung seiner Frau wieder erholt. Seine Pinselführung ist nun ruppiger und skizzenhafter, was einige Kunsthistoriker veranlasst, bei ihm eine impressionistische von einer folgenden expressionistischen Phase zu unterscheiden. Andere urteilen, Corinth ist einfach Corinth und hat mit diesen „ismen“ nichts zu tun. Er selbst fühlte sich den alten niederländischen Meistern wie Rembrandt oder Frans Hals künstlerisch verwandt.

295 „entartete“ Werke

An jedem Geburtstag malte Corinth ein Selbstporträt. Das „Selbstbildnis mit Skelett“ (1896, Lenbachhaus München) irritiert, weil die von vielen Künstlern abgehandelte Konfrontation mit dem als Knochenmann personifizierten Tod von Corinth abgewandelt wird. Bei ihm ist das Skelett nichts anderes als ein am Haken hängendes Atelierrequisit. Im „Selbstporträt mit Rüstung“ (1914, Hamburger Kunsthalle) präsentiert sich der Maler als kraftvoller Ritter mit zackig an die Hüfte gelegter Rechte. Auf die Niederlage im Ersten Weltkrieg und den Untergang des Kaiserreichs reagiert er mit dem Gemälde „Rüstungsteile im Atelier“ (1918, Nationalgalerie Berlin). Sie liegen als Sinnbild des Zusammenbruchs auf dem Boden.

Während des Ersten Weltkriegs begann die Berliner Nationalgalerie, Gemälde Corinths zu sammeln. Die 1916 erworbene „Donna Gravida“ (1909) zeigt Corinths schwangere Gattin. Dieses Gemälde blieb im Gegensatz zu 295 anderen Werken des Künstlers 1937 von der Beschlagnahmeaktion „Entartete Kunst“ verschont.

Auch die Nationalgalerie war betroffen. Das zeigt ab 18. Juli die in der Alten Nationalgalerie präsentierte Sonderschau „Im Visier!“ (www.smb.museum). Sie bietet die mehr als 20 Gemälde Corinths und die vier von Charlotte Berend-Corinth gemalten Bilder auf, die sich heute in der Sammlung befinden. Neben reinen Nachkriegserwerbungen hängen drei 1937 beschlagnahmte, aber 1939 zurückerstattete Gemälde. Etwa „Das Trojanische Pferd“ (1924). Corinths Witwe schenkte das sich durch funkelnde Farbgebung auszeich-

nende Werk 1926 der Nationalgalerie. Nach der Beschlagnahmung war es auf der Münchener Ausstellung „Entartete Kunst“ zu sehen. Zwei Jahre später gelang es der Nationalgalerie, das Bild unter dem Vorwand eines vorgesehenen Bildertauschs mit der noch als Eigentümer fungierenden Familie des Künstlers zurückzubekommen.

In seinen letzten Lebensjahren malte Corinth bevorzugt die Landschaft am bayerischen Walchensee und Blumenstillleben. Seine beschlagnahmten Gemälde „Rosa Rosen“ (1924) und „Walchensee mit Lärche“ (1921) befinden sich seit 1983 beziehungsweise 1960 wieder in der Sammlung. An sieben Corinths, die ehemals zur Berliner Kollektion gehörten, sich aber heute wie das ins Kunstmuseum Basel gelangte Gemälde „Ecce homo“ (1925) in anderen Museen befinden, erinnert die Sonderausstellung mit Bild-Reproduktionen.

Am 24. Oktober eröffnet das Kunstforum Ostdeutsche Galerie Regensburg die Sonderschau „Lovis Corinth. Bilder-rausch“ (www.kunstforum.net). Sie wartet mit zwölf erstmals präsentierten Skizzenbüchern des Künstlers auf. Zudem vermittelt sie durch die Gegenüberstellung von vorbereitenden Kompositionsstudien und ausgeführten Gemälden, wie Corinth zu seinen Bildlösungen gelangte.

Für den 9. Oktober nächsten Jahres plant die Berlinische Galerie die Eröffnung der Sonderausstellung „Lovis Corinth. Dann kam Berlin!“ (www.berlinischegalerie.de). Im Blickpunkt stehen seine steile Karriere in Berlin, das ihn prägende Umfeld, seine Malschule und die bisher wenig beachteten Kostüme und Bühnenbilder für Max Reinhardts Theaterproduktionen.



● Buchtipp:

Barbara Martin, **Lovis Corinth**, Wienand Verlag Köln 2025, Hardcover, 96 Seiten, 14,95 Euro

AUSSTELLUNG

Eine adelige Leseratte

Prinzessin Sofia Albertina von Schweden (1753–1829) muss eine Leseratte gewesen sein, denn ihre Privatbibliothek umfasste 4500 Bände. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) präsentiert in Kooperation mit der Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz erstmals öffentlich bis zum 5. Oktober Höhepunkte aus dieser Bibliothek auf Schloss Rheinsberg.

Die adelige Buchliebhaberin war die Tochter von Königin Luise Ulrike von Schweden (1720–1782) und damit eine Nichte von König Friedrich dem Großen. In der Ausstellung „Die Prinzessinnenbibliothek“ werden aktuell 116 Lieblingsbände Sofia Albertinas vorgestellt. Sie las bevorzugt französischsprachige Romane und Theaterliteratur – aber auch Werke über Gartenkunst und Architektur. Eine Besonderheit stellen zudem die Huldigungsschriften dar, die ihr zur Amtseinführung als Äbtissin des freiweltlichen Damenstifts Quedlinburg überreicht wurden.

Der historische Ausstellungsort verleiht der Präsentation eine zusätzliche Tiefe: Im Bibliothekszimmer von Prinz Heinrich von Preußen – Bruder Friedrichs des Großen und Onkel Sofia Albertinas – wurde mit maßgefertigter Möblierung durch den Berliner Möbeldesigner Jonas Stürzebecher eine neue Ausstellungssituation geschaffen. Neun Vitrinenschränke und eine große Tischvitrine, inspiriert von



Per Krafft d. Ä.: „Prinzessin Sofia Albertina von Schweden“, um 1773

historischen Bibliotheksschränken, füllen den Raum, der nach dem Tod des Prinzen im Jahr 1802 jahrzehntelang leer stand. Die Rheinsberger Büchersammlung mit einem Bestand von über 5000 Titeln wurde seinerzeit an die Königliche Bibliothek in Berlin, die Vorgängereinrichtung der heutigen Staatsbibliothek zu Berlin, verkauft. Die Bücher des Prinzen sind jedoch nicht als geschlossene Sammlung erhalten; nur ein kleiner Teil davon lässt sich heute noch in den Beständen der Staatsbibliothek identifizieren.

Neben den Büchern präsentiert die Ausstellung auch Handschriften, Zeichnungen und ererbte Werke aus den Bibliotheken von Sofia Albertinas Mutter, Königin Luise Ulrike von Schweden, sowie ihrer Großmutter Sophie Dorothea von Preußen. *tws*

● „Die Prinzessinnenbibliothek“, Schloss Rheinsberg, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 17:30 Uhr, Eintritt: 10 Euro. www.spsg.de

Der Sarg des ersten Kaisers ist offen

Zwecks Konservierungsmaßnahmen wurde das Grabmal Ottos des Großen geöffnet. Damit verbunden sind zahlreiche Entdeckungen sowie Chancen, neue Erkenntnisse über den Herrscher zu gewinnen

Als ältester deutscher Staat gilt das Heilige Römische Reich (deutscher Nation), auch „Altes Reich“ genannt, mit dem Kaiser an der Spitze. Dessen Beginn lässt sich festmachen an der Krönung des ersten römisch-deutschen Kaisers Otto I. durch den Papst am 2. Februar 962. Angesichts der Bedeutung dieses Herrschers in der Tradition der römischen Cäsaren und Kaiser Karls des Großen spricht man nicht ohne Grund bereits seit dem Mittelalter von „Otto dem Großen“. Sechs Jahre nach seiner Krönung gründete er das Erzbistum Magdeburg. Der von 1209 bis 1520 gebaute Kathedralbau dieses Erzbistums, der heutige Magdeburger Dom, ist daher auch die Grabkirche Ottos und seiner ersten Ehefrau Editha.

Seit Januar dieses Jahres nun ist das zentral im Binnenchor des Doms befindliche Grabmal des Kaisers von einer geschlossenen Einhausung aus Holzwerkstoffplatten umgeben und Gegenstand umfangreicher Untersuchungen. Am Beginn der Maßnahmen standen die detaillierte zeichnerische und fotografische Dokumentation des Grabmals und der äußerlich sichtbaren Schäden sowie die Erstellung hochauflösender Drei-D-Modelle desselben. Daneben wurden sowohl das Grabmal als auch sein Umfeld in Zusammenarbeit mit spezialisierten Partnern verschiedenen nichtinvasiven Voruntersuchungen unterzogen, die der detaillierteren Bewertung der Gefährdung der Grablege, aber auch der Beurteilung der Stabilität des Sarkophags sowie seines Umfelds dienten. Zum Einsatz kamen Geo-Radar-Untersuchungen des Untergrunds, der das Grab umgibt, sowie des Sarkophags.

Daneben führte das Institut für Diagnostik und Konservierung an Denkmalen in Sachsen und Sachsen-Anhalt e. V. (IDK) mittels Ultraschall Dichtemessungen am Sarkophagkasten sowie an der Deckplatte durch. Durch das Institut für Diagnostik und Konservierung an Denkmalen in Sachsen und Sachsen-Anhalt wurde sowohl das Eindringen von Feuchtigkeit in den Sarkophag bestätigt als auch damit zusammenhängend eine Salzbelastung festgestellt, welche die Integrität des Sarkophags bedrohen.

Die Untersuchung der am Sarkophag mutmaßlich im 19. Jahrhundert verbauten Eisenteile in Zusammenarbeit mit Delta Sigma Analytics ergab, dass Klammern und Nägel fortschreitender Korrosion ausgesetzt sind. Dasselbe trifft auf zwei Eisenkeile unterhalb des Steinkastens zu, von denen einer erst jüngst im Rahmen der Voruntersuchungen bekannt wurde.

All dies stellt, zumal im Zusammenspiel mit den erheblichen klimatischen Schwankungen und den teils extremen Luftfeuchtwerten im Dom, eine hochgradige Gefährdung des Denkmals dar. Zu ihrer Behebung sind die Entfernung der Eisenteile sowie ein zeitweises Versetzen beziehungsweise Anheben des steinernen Sarkophagkastens nötig. Zudem war aufgrund der bereits äußerlich feststellbaren erheblichen Schäden an Steinkasten auch von einer akuten Gefährdung des im Sarkophag befindlichen Holzсарgs sowie von dessen Inhalt auszugehen.

Nichtinvasive Voruntersuchungen

Um Schadensursachen beheben, den Zustand des Holzсарgs im Inneren des Steinkastens überprüfen und maßgeschneiderte Stabilisierungs- und Sicherungsmaßnahmen an der Grablege konzipieren und durchführen zu können, wurde Anfang März unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen zunächst die rund 300 Kilogramm



Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt zeigt in der Sakristei des Magdeburger Doms Medienvertretern ein Live-Video, welches das Innere der Holzkiste des Grabes von Otto zeigt Bild: picture alliance/dpa/Klaus-Dietmar Gabbert

schwere marmorne Deckplatte vom Sarkophag abgenommen. Seit diesem Zeitpunkt ist das Betreten der Einhausung aus konservatorischen Gründen und zum Schutz vor Kontaminationen nur in Vollschutz und lediglich einer sehr kleinen Personenzahl möglich.

Unter der Marmorplatte wurde ein schlichter Holzсарg angetroffen. Zwischen diesem und dem Steinsarkophag sind am Kopfende eine Steinplatte und an der nördlichen Seite ein Holzbrett einge-

bracht. Auch diese Situation im Inneren des Steinsarkophags wurde zunächst zeichnerisch und fotografisch dokumentiert sowie als hochauflösendes Drei-D-Modell festgehalten. Daneben wurden sowohl der Holzсарg als auch das Holzbrett naturwissenschaftlich untersucht. Die Holzartenbestimmung ergab, dass beide aus Kiefer gefertigt sind. Der Sarg selbst ist aus mehreren Bestandteilen zusammengesetzt: Fuß- und Kopfbrett sind auf das Bodenbrett aufgestellt, die Wand-

bretter seitlich angefügt. Der aus einem kräftigen Brett bestehende Deckel war durch wenige schmiedeeiserne Nägel fixiert. Mehrere Radiokarbondaten von verschiedenen Bestandteilen ermöglichen eine naturwissenschaftliche Datierung des Sargs und zeigen, dass er aus unterschiedlich alten Hölzern aus dem Hohen Mittelalter gezimmert wurde.

Sarkophag und Holzсарg

Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde er angefertigt, als die Gebeine Ottos nach dem Dombrand von 1207 und dem anschließenden Neubau des Doms umgebettet wurden. Hebelspuren an Deckel und Sarkophagwand zeugen von späteren Öffnungen des Holzсарgs. Während sich dessen obere Partien gut erhalten haben und sich Schäden dort nur an Stellen zeigen, an denen über Öffnungen im Steinsarkophag Luft in das Innere gelangte, sind die unteren Bereiche des Holzkastens bereits weitreichend zersetzt, da sie aus dem Untergrund aufziehender Feuchtigkeit ausgesetzt sind.

Das an der nördlichen Wandung zwischen Holzkasten und Steinkasten eingebrachte Brett ist ebenfalls hochmittelalterlich. Wirbelstrommessungen an den Nägeln, mit denen es am Sarkophag fixiert ist, verweisen auf die Verwendung von vormodernem Eisen. Bei der Konstruktion handelt es sich wohl um eine ältere Maßnahme gegen bereits im Mittelalter eingetretene Risse. Die am Kopfende in den Sarkophag eingebrachte Steinplatte diente 1844 zur Stabilisierung der ausgebrochenen Nordwestecke des Sarkophags.

Nach dem Abschluss der Dokumentationsmaßnahmen und Voruntersuchungen zum Zustand des Sarkophaginneren wurde Mitte dieses Monats auch der Deckel des Holzсарgs abgenommen. Dieser war mit drei eisernen Nägeln am Sarg befestigt, die zunächst freipräpariert werden mussten. Im Inneren des Holzсарgs zeigt sich, soweit erkennbar, eine Gemengelage von durcheinander liegenden textilen und pflanzlichen Resten, Sediment und Gebeinen. Dieser Zustand wird derzeit ausführlich dokumentiert. Parallel laufen die Vorbereitungen für die nähere Analyse und die Konservierung des Sarginhalts.

Eine erste Inaugenscheinnahme erlaubt allerdings bereits einige vorläufige Ergebnisse. So befinden sich im Sarg verstreut liegende menschliche Überreste

eines männlichen, älteren Individuums mit für das Mittelalter überdurchschnittlicher Körperhöhe. Das lässt auf eine gute Ernährung schließen. Doch auch der also zu unterstellende Wohlstand schützte den Mann nicht vor Schmerz und Gebrechen. So litt er nicht nur unter starker Parodontose und Zahnstein, sondern auch unter Arthrose. Das zeigen die Knie, und auch am Becken gibt es Schäden. Anvisierte anthropologische und bioarchäologische Analysen sollen künftig weiteren Aufschluss über Krankheiten, Lebensweise und äußere Erscheinung sowie letztlich auch beweisen, dass es sich bei dem Bestatteten tatsächlich um Otto handelt. Das Alter des Toten kommt mit um die 60 Jahre schon einmal hin. Otto lebte von 912 bis 973. Auch Spuren regelmäßigen Reitens passen zu einer Herrscherpersönlichkeit jener Zeit.

Nächste Schritte

Unter den Textilien stechen ein rot und ein blau gefärbtes Gewebe mit Rautenmuster hervor. Die Fragmente sind teils sehr fragil und stark konservierungsbedürftig. Ferner enthält der Sarg Schalen von Eiern. Die Beigabe von Eiern ist in christlichen Gräbern des Mittelalters nicht unüblich, gilt doch das Ei als Symbol für die Auferstehung Christi.

An der Sicherung und Erschließung der Grablege und des Materials aus dem Sarg sowie an den Untersuchungen zu deren Datierung, Gebrauch und Bedeutung wirken Restauratoren und Wissenschaftler mit, die nicht nur aus dem Mitarbeiterstab der Kooperationspartner stammen. Darüber hinaus sind an dem Vorhaben auch renommierte externe Kollegen beteiligt, die auf Marmor, Kalkstein, Mörtel, Eisen, Textilien und Holz spezialisiert sind. Parallel dazu erfolgt fortlaufend die weitere nationale und internationale Vernetzung mit Spezialisten, unter anderem zur Untersuchung von Sedimenten, Insekten und weiteren organischen Relikten.

Um den Sarkophag sanieren zu können, ist die Entnahme des Inhalts notwendig. Daneben muss der Sarkophag zeitweise versetzt werden, um den Untergrund so zu gestalten, dass das Aufsteigen von Feuchtigkeit und Salzen nach Möglichkeit gestoppt und ein fester Stand gewährleistet wird. Auch hier sind verschiedene fachlich versierte Institutionen und Personen beteiligt.

Nach Abschluss der Arbeiten soll eine Wiederbelegung der Gebeine erfolgen. Angedacht hierfür ist der Sommer nächsten Jahres. Dafür ist ein neuer innenliegender Sarg notwendig. Dessen Ausgestaltung erfolgt in Zusammenarbeit mit der Kunststiftung Sachsen-Anhalt.

Bei dem Grabmal Ottos des Großen im Magdeburger Dom handelt es sich um einen Sarkophag aus einem an allen vier Seiten kassettierten, monolithischen Block aus Kalkstein. Die Abdeckung bildet eine wiederverwendete antike Marmorplatte. Das Grabmal wurde im 19. Jahrhundert geöffnet. Damals wurde der Sarkophag repariert und konstruktiv ertüchtigt. Auf der Marmorplatte wurde 1937 eine durchbrochene Gedenkschrift aus Gussmetall angebracht. Nach 1945 wurde zur Entlastung der an den Längsseiten weit auskragenden Deckplatte eine stützende Metallkonstruktion hinzugefügt, die ihren Zweck jedoch nur in geringem Maße erfüllte. Zudem tragen gerade die Eingriffe des 19. Jahrhunderts erheblich zu der oben skizzierten Gefährdung des Grabmals bei, zu deren Behebung die beschriebenen Maßnahmen dienen sollen.



Die Einhausung des Grabmals im Hohen Chor des Doms, in dem die Arbeiten an Ottos Grab seit dem Januar durchgeführt werden

MIT VIEL BISS, ZYNISMUS UND SELBSTIRONIE

Typisch preußischer Humor

Vor allem Friedrich der Große sorgte mit süffisanten Sprüchen dafür, dass dieser speziell trockene Mutterwitz berühmt wurde

VON JENS EICHLER

Der preußische Humor ist bekannt für seine trockene, lakonische und oft selbstironische Art, die sich durch treffende Prägnanz und Schlagfertigkeit auszeichnet. Dabei ist er aber nicht verletzend, sondern hat höchstes Niveau – insbesondere in sprachlicher Hinsicht. Er spiegelt die preußischen Tugenden wie Disziplin, Sparsamkeit und Bescheidenheit inhaltlich wider, oft mit einem Augenzwinkern. Dieser Humor entstand in einer Kultur, die Wert auf Klarheit und Effizienz legte, was sich in pointierten, oft bissigen Witzen niederschlug.

Berühmt gemacht wurde dieser Humor insbesondere durch Friedrich II. von Preußen, auch bekannt als Friedrich der Große (1712–1786). Der Regent war nicht nur ein militärischer Stratege, sondern auch ein geistreicher Monarch, der für seine scharfsinnigen und oft spöttischen Bemerkungen weit über den Palast hinaus bekannt war. Seine Korrespondenzen und Anekdoten, etwa in den Gesprächen mit Voltaire, zeugen von einem trockenen, oft zynischen Witz, der als typisch preußisch wahrgenommen wurde. Sein einzigartiger Stil prägte die Vorstellung von preußischem Humor nachhaltig.

Ein Beispiel für Friedrichs Humor: Als ein General ihm von einem besonders tapferen Soldaten berichtete, soll Friedrich trocken bemerkt haben: „Wenn er so mutig ist, warum ist er dann noch am Leben?“ Solche Pointen trugen zur Legende des preußischen Humors bei.

Drei markante Zutaten

Der berühmte „preußische Humor“ ist überdies tief verwurzelt in der preußischen Gesellschafts- und Militärkultur – geprägt von strenger Disziplin, einem robusten, manchmal schroffen Charakter und einer Vorliebe für trockene, spöttische Wortspiele. Doch was macht den „preußischen Humor“ überhaupt aus? Was macht ihn so besonders und so einzigartig? Dafür gibt es gleich mehrere Charaktereigenschaften – die drei wichtigsten seien an dieser Stelle genannt:



Der Alte Fritz, hier gespielt von Thomas Kornmann, war stets für einen guten Witz zu haben

Bild: Janina Heppner

1. Trocken, scharf und effizient

Der preußische Humor ist für seine nüchterne, direkte Art bekannt. Er formt sich aus dem eher rauen Alltag, dem militärischen Drill und dem kollektiven Bedürfnis, mit Härte in Gelassenheit umzugehen. Ein typisches Beispiel: Der Berliner Schnodderton – eine Mischung aus kaltschnäuziger Direktheit und einem warmen Understatement.

2. Zynisch und autoritätskritisch

Preußische Komik lebt von Widersprüchen: Strenge trifft auf Sarkasmus, Autorität wird gleichzeitig respektiert und spielerisch unterwandert. Das spiegelt sich in witzigen Anekdoten wider, die Machtstrukturen hinterfragen – oft ohne sie offen anzugreifen, sondern mit einer feinen Bemerkung aufzulockern

3. Kameradschaftlich

Im preußischen Heer war Humor ein Mittel zur Verbundenheit. Zwischen Drill und Entbehrung entstanden neue familiäre Bande – witzige Sprüche und neckische Kommentare wurden zu einem Ventil gegen die Härte des Militäralltags.

Unerwartet, aber wahr: Der eigentliche Humor-Förderer Preußens war tatsächlich Friedrich II. Der „Alte Fritz“ hatte jede Menge bissige Sprüche auf Lager und wusste so manche Situation mit seinem selbstironischen Sprachwitz zu entschärfen. Insbesondere wenn es brenzlich wurde oder die Weltlage wenig Anlass zum Lachen gab, wusste der Monarch mit treffenden, markigen Worten eine zynische Zote, die auch gern mal jenseits des guten Geschmacks war, zum Besten zu

geben. Wie gut würde der heutigen Welt der eine oder andere Machthaber tun, der diese Kunst beherrscht, statt immer neue Weltuntergangsszenarien zu beschwören. Man darf getrost davon ausgehen, dass bei der grünen Partei kaum so jemand zu finden ist. Eher schon bei der SPD oder FDP, die gerade viel Humor nötig haben und somit auch nicht mit Selbstironie sparen.

Doch zurück zu Friedrich II., den man an dieser Stelle getrost als einen Herrscher mit Schalk bezeichnen darf. Denn er war nicht nur ein strategisches Genie, sondern auch ein Mann mit eben solchem scharfen Mutterwitz. So berichten Zeitgenossen, dass er Rivalinnen wie Madame Pompadour, der einflussreichen Mätresse von König Ludwig XV. von Frankreich oder die Habsburger Kaiserin Maria The-

resia aus Österreich mit bissigen Karikaturen verspottete. Auch über deren physische Erscheinungen konnte er sich so manche frech-dreiste Süffisanz nicht verkneifen. „Wenn man zwey Weiber und die Franzosen am Halse hat, muss man wohl schlimm aussehen“, lautete die bekannte Replik von Friedrich auf die Frage während des Siebenjährigen Krieges, warum er so schlecht und mitgenommen aussehe. Auch das gepflogene Wort „sein Fett wegbekommen“ soll aus dieser Zeit stammen, als Friedrich gesagt haben soll, dass seine Truppen gewinnen, wenn man „das österreichische Fett wegbekäme“.

Als Schweden sich neutral erklärte, soll er lächelnd und gespielt überrascht gesagt haben: „Oh, war ich im Krieg mit Schweden. Wer möge das gemerkt haben?“ – eine, seiner typischen preußischen Lakonien. Ebenso spielte er gern den einfachen Gärtner, um seine Besucher mit den prächtigen Gärten zu verwirren. „Nur der preußischen Erde sei dank, dass die Pflanzenwelt hier so gedeiht – und auch gleich von sich aus so sauber und exakt angeordnet wie meines Truppen Kerls!“

Feldherr mit legendärem Wortwitz

Friedrich II. kämpfte stets vorbildlich an vorderster Front, war aber ebenso für seine verbale Schlagfertigkeit bekannt wie für seine Taktik. In einer Schlacht soll er gerufen haben: „Hunde! Wollt ihr ewig leben?“ – worauf ein Soldat antwortete: „Fritz, wir haben unser Geld schon verdient“ – ein komischer Konter in einer ersten Situation.

Sein Hof in Sanssouci war Treffpunkt für Geistesgrößen wie Voltaire. Dort entstanden zahlreiche Wortwechsel, Anekdoten und satirische Einlagen, die den preußischen Spott in ebenso literarische Kreise wie zu den „einfachen Leut“ hin trugen. So wurde er bei einer Parade von zwei Beamtenfrauen zuvor gebeten, er, der König möge entscheiden, welche von ihnen den höheren Rang habe. Seine Antwort war ebenso weise wie majestätisch frech und brachte ihn gewaltige Sympathien im Volke ein, als er den beiden Streit-Hennen riet: „Die größte Närrin möge vorangehen.“

DIETER WELLERSHOFF

Immer wieder der Jüngste oder der Erste

Der „Generalinspekteur der Einheit“ starb vor 20 Jahren

Dass Dieter Wellershoff in seiner Karriere in vielerlei Hinsicht der Jüngste und der Erste war, ist umso bemerkenswerter, als er erst relativ spät Bundeswehrsoldat wurde. Man könnte ihn geradezu als Quereinsteiger bezeichnen. Am 16. März 1933 in Dortmund geboren, gehörte er zu den sogenannten weißen Jahrgängen, die nicht als Wehrpflichtige zwangsläufig mit der Bundeswehr in Kontakt kamen. Sein Vater war auch nicht etwa Berufssoldat, sondern Bergbauingenieur, ein für das Ruhrgebiet typischer Beruf. Das Ende der goldenen Zeiten der Steinkohle zeichnete sich jedoch bereits ab, und die Eltern empfahlen ihrem Sohn, nicht wie der Vater Bergbau-, sondern Maschinenbauingenieur zu werden. 1953 nahm der Abiturient ein entsprechendes Studium an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen auf.

1957 brach Wellershoff das Studium indes ab und wechselte zu der damals bereits zwei Jahre bestehenden Bundeswehr. Als Motiv nannte Wellershoff nach-

vollziehbar die blutige Niederschlagung des Ungarnaufstands durch sowjetische Truppen im Vorjahr.

Der Abiturient mit Studienerfahrung durchlief bei der Bundesmarine die Ausbildung zum Seeoffizier. Von 1967 bis 1969 absolvierte er den 9. Admiralstabslehrgang an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese. Als Lehrgangsbester erhielt er den General-Heusinger-Preis.

Als erster Angehöriger der Nachkriegsgeneration errang Wellershoff einen Admiralsrang. 1977 wurde er zum Flottillenadmiral ernannt.

Wellershoff war auch der erste Marineoffizier an der Spitze der Bundeswehrführungsakademie. Mit der Übernahme der Leitung der höchsten militärischen Ausbildungsstätte der Bundesrepublik im Jahre 1981 war eine Beförderung verbunden. Dadurch wurde der 48-Jährige zum jüngsten Konteradmiral der Bundeswehr. 1984 wurde er Chef des Führungsstabes der Marine und im

Jahr 1985 deren Inspekteur im Range eines Vizeadmirals.

1986 erreichte Wellershoffs Karriere ihren Höhepunkt. Unter gleichzeitiger



Admiral Dieter Wellershoff im Jahre 1991

Beförderung zum Admiral wurde er zum Generalinspekteur der Bundeswehr. Und auch bei diesem letzten Karriereschritt auf die oberste Sprosse der Leiter, zum obersten Soldaten und militärpolitischen Berater der Bundesregierung, war er wieder der Jüngste und der Erste. Er war der bis dahin Jüngste auf diesem Posten und der Erste, der keine Kriegserfahrung als Wehrmachtssoldat hatte.

Ende der Nachkriegszeit?

Wenn man es denn will, kann man an Wellershoff mit etwas Pathos das Ende der Nachkriegszeit festmachen. Nicht nur, dass dieser Generalinspekteur durch die Gnade der späten Geburt nicht mehr zu den Bundeswehrsoldaten gehörte, die im Zweiten Weltkrieg von den nunmehrigen NATO-Partnern geschlagen worden waren, in seine Amtszeit fiel auch die zumindest teilweise Überwindung eines schwerwiegenden Ergebnisses des verlorenen Weltkrieges: des Verlustes der nationalen Einheit und der nationalen Souveränität.

Daraus ergab sich eine bis dahin unbekannt große Herausforderung: die Abwicklung beziehungsweise Integration des Materials und des Personals der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR sowie die Neuausrichtung der Beziehungen der Bundeswehr zu den Streitkräften der nun demokratischen und befreundeten vormaligen gegnerischen Satellitenstaaten. Vor diesem Hintergrund resümierte das Bundesverteidigungsministerium über Wellershoff: „Man könnte ihn als ‚Generalinspekteur der Einheit‘ bezeichnen.“

1991 trat Wellershoff in den einstweiligen Ruhestand. Im darauffolgenden Jahr wurde er Gründungspräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Diese Leitungstätigkeit übte Wellershoff bis 1995 aus, blieb der Wissenschaft jedoch darüber hinaus als Dozent, Autor und Herausgeber erhalten. Der Ehemann und Vater dreier Kinder starb am 16. Juli 2005 in Euskirchen-Flamersheim.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Europa ist nicht nur politisch instabil, sondern auch ein geologisches Pulverfass, welches jederzeit explodieren kann. Das zeigte sich gerade wieder im Verlauf der vergangenen Monate.

Zuerst rumorte es am 22. Januar auf der zu Spanien gehörenden Kanaren-Insel Teneriffa. Eine Erdbebenserie am südlichen Fuß des 3715 Meter hohen Vulkans Pico del Teide weckte Erinnerungen an die drei letzten Ausbrüche des feuerspeienden Berges in den Jahren 1706, 1798 und 1909, bei denen es teilweise zu schweren Schäden kam. Und auch der Vulkan Tajogaite auf der Nachbarinsel La Palma hatte erst kürzlich gezeigt, dass die Kanaren keineswegs bloß ein harmloses Urlaubsparadies sind. Er stieß vom 19. September bis zum 13. Dezember 2021 Lava, Asche und Gase aus und zerstörte dabei 1600 Gebäude.

Zwei Tage nach den Erschütterungen auf Teneriffa setzte eine Serie von Erdstößen auf der kleinen malerischen griechischen Insel Santorin ein, welche pro Jahr von 3,5 Millionen Touristen besucht wird. Dabei zählten die Geophysiker innerhalb von vier Wochen 21.500 Erdbeben bis zur Stärke 5,3. Nun befürchteten sie eine Aktivierung des großen Unterwasservulkans Kolumbo zwischen Santorin und Amorgos, unter dem sich schon seit Längerem flüssiges Magma anstaut.

Sollte der Kolumbo ausbrechen, droht ein ähnliches Szenario wie bei der letzten Eruption im September und Oktober 1650. Damals tauchte der Berg plötzlich aus dem Wasser auf und schleuderte glühende Gesteinsbrocken und Asche auf die umliegenden Inseln. Dann kollabierte der Krater, woraufhin bis zu 20 Meter hohe Tsunamiwellen durch die Ägäis rasten und noch in 150 Kilometern Entfernung Schäden verursachten. Besonders betroffen war das nur sieben Kilometer entfernte Santorin, wo viele Menschen starben.

Flutwellen und Gesteinsregen

Ein weiterer geologischer Paukenschlag ging im Frühjahr 2025 von den Phlegärischen Feldern am Golf von Neapel aus. Unter dem Gelände liegt ein Supervulkan mit einer gigantischen Magmakammer, welche unablässig wächst, wodurch sich der Boden in der Region anhebt. Hieraus resultieren immer wieder Erdbeben, wie die vom 13. März und 30. Juni, deren zunehmende Stärke die Experten alarmiert. Sollte der Supervulkan tatsächlich ausbrechen, müssten rund 500.000 Menschen evakuiert werden, wobei es derzeit aber sogar an geeigneten Fluchtwegen mangelt.

Zusätzlich zu den Phlegärischen Feldern tickt noch eine weitere vulkanische Zeitbombe vor der Südwestküste des italienischen Stiefels. Auf dem Grund des Tyrrhenischen Meeres zwischen Neapel



Zerstörte 1600 Gebäude: Vulkanausbruch auf der Kanareninsel La Palma im Herbst 2021

Bild: Wikimedia

GEOLOGIE I

„Ein Ausbruch wird kommen. Nur der Zeitpunkt ist ungewiss“

Unter Europas Erde brodeln eine glühende Gefahr: Vulkane und riesige Magmakammern lauern auf ihre Explosion. Auch in Deutschlands Eifelregion braut sich etwas zusammen

und Sizilien liegt der höchste Unterwasservulkan Europas namens Marsili. Dieser ragt beeindruckende 2200 Meter auf und nimmt eine Fläche von 2000 Quadratkilometern ein. Die jüngsten Eruptionen des Marsili fanden vor etwa 2100 und 3000 Jahren statt und lösten ebenfalls verheerende Tsunamis aus. Die Mitarbeiter des Institutes für Geophysik und Vulkanologie (INGV) in Rom befürchten nun einen plötzlichen Einbruch der steilen Flanken des Berges und hierdurch ausgelöste Flutwellen, welche die Küsten von Kampanien, Kalabrien und Sizilien verwüsten würden.

Gefahr durch Vulkane droht allerdings nicht nur auf den Kanaren oder im Mittelmeerraum, sondern auch in Deutschland, das ebenfalls einige vulkanisch aktive Regionen aufweist. Hierzu zählen das Vogtland, Oberfranken, der Raum nördlich des Bodensees und die Eifel. Ernsthafte Sicherheitsrisiken bestehen jedoch allein in dem letztgenannten Mittelgebirge zwi-

schon Aachen, Trier und Koblenz. Der Vulkanismus prägt die Eifel bereits seit 50 Millionen Jahren. Er hat eine Kette von rund 800 Aschevulkanen oder Schlackenkegeln sowie 70 Maaren geschaffen. Die Ursache des Eifelvulkanismus ist Magma, das entweder direkt zur Erdoberfläche aufsteigt oder sich in unterirdischen Kammern sammelt und dann in unregelmäßigen Abständen nach oben durchbricht und Krater erzeugt. Letztendlich geschah dies vor 13.000 und 11.000 Jahren.

Eine Katastrophe für das Rheinland

Vor 13.000 Jahren entstand dadurch der fast kreisrunde Laacher See, 2000 Jahre später das Ulmener Maar. Unter beiden dieser Gewässer liegen noch heute in zehn bis 30 Kilometern Tiefe Magmakammern, wobei die im Bereich Ulmen, Kelberg und Bad Betrich erst im vorigen Jahr von Wissenschaftlern des Karlsruher Instituts für Technologie entdeckt wurde.

Die Frage ist nun, ob es hier erneut zu einer Eruption kommen könnte.

Dazu haben Vulkanismus-Experten wie der Geologie-Professor Ulrich Schreiber, der an der Universität Duisburg-Essen gelehrt hat, eine klare Meinung: Normalerweise dauere es ziemlich lange, bis sich genügend Magma für einen Ausbruch in der Eifel anstaut, jedoch könnten Erdbeben oder kleinere Verschiebungen der Erdkrustenblöcke unter dem Gebirge auch innerhalb von Wochen oder gar Tagen Kanäle für das aufsteigende Magma öffnen. Deshalb stehe fest: „Ein Ausbruch wird kommen. Nur der Zeitpunkt ist ungewiss.“ Das sei „auch der Konsens unter Fachleuten“.

Die Statistik liefert einen Hinweis, wann es wieder so weit sein könnte: Während der vergangenen 450.000 Jahre brach in der Eifel im Durchschnitt alle 5000 bis 10.000 Jahre ein Vulkan aus – somit besteht aktuell durchaus Grund zur Sorge. Deshalb hat das rheinland-pfälzi-

sche Landesamt für Geologie sein Netz von Messstationen, welche die schlummernde Gefahr in der Tiefe der Vulkaneifel überwachen sollen, deutlich ausgebaut. Denn wenn das Magma zur Oberfläche steigt oder sich der Druck in der unterirdischen Kammer explosionsartig nach oben entlädt, dann hätte das verheerende Folgen für 200.000 Menschen in der Eifel sowie die Infrastruktur und Umwelt in der Region und darüber hinaus.

Bei der letzten Eruption im Bereich des heutigen Laacher Sees zogen Aschewolken bis nach Norditalien und Russland. Außerdem warf der Vulkan rund 20 Kubikkilometer festeren Materials aus, welches unter anderem in den Rhein gelangte und diesen über eine Strecke von mehr als 140 Kilometern aufstaute. Dem folgte ein Dammbuch, der große Teile des Rheintals verwüstete. Wenn so etwas heute passierte, wäre dies das abrupte Ende von Städten wie Koblenz, Köln, Düsseldorf und Bonn.

GEOLOGIE II

Die Plattentektonik wackelt

Neue Forschungen stellen bislang unumstrittene Theorien über die Struktur unserer Erde infrage

Die Theorie von der Plattentektonik gehört zu den wichtigsten geowissenschaftlichen Theorien überhaupt. Sie besagt, dass die äußere Hülle unseres Planeten aus 52 größeren und kleineren Platten bestehe, welche auf dem Erdmantel dahingleiten, was nicht zuletzt auch zur Kontinentalverschiebung führe.

Wo zwei solcher Platten zusammentreffen, entstehe eine Subduktionszone, in deren Bereich sich eine Platte unter die andere schiebe und ins Erdinnere abtauche. Die Reste versunkener Platten müssten also stets unterhalb solcher Subduktionszonen zu finden sein. Geophysiker der Eidgenössischen Technischen Hoch-

schule Zürich um Thomas Schouten stießen jetzt aber bei der Untersuchung von Erdbebenwellen auf massive tief liegende Platten, wo es überhaupt keine geben dürfte, nämlich weit weg von den Plattengrenzen im Inneren von Kontinenten oder unter großen Ozeanen wie dem Pazifik. Das ist in etwa so, als wenn ein Mediziner plötzlich unbekannte Knochen im menschlichen Körper entdeckt. Woraus diese versunkenen Welten bestehen und welche Entwicklung sie durchgemacht haben, dafür haben Schouten und seine Kollegen noch keine schlüssige Erklärung.

Ähnlich überraschend kommt der Befund von Forschern der Universität Ko-

penhagen um Zhengbin Deng daher. Bisher hieß es, die Konvektion im Erdmantel, welche für die Bewegung der Platten sowie die Auflösung der abgetauchten Segmente der Erdoberfläche sorgt, habe bereits vor 4,5 Milliarden Jahren eingesetzt und finde innerhalb des gesamten Bereichs zwischen der Erdkruste und dem Erdkern statt.

Dengs Team gelangte jedoch zu der Ansicht, dass das „Recycling“ der versunkenen Erdplatten in maximal 660 Kilometern Tiefe erfolge, weil im unteren Erdmantel grundsätzlich andere Verhältnisse herrschten. Dieser sei letztlich der „Erdmantel“ unseres Planeten, in dem es auch

noch unverfälschtes „Urmaterial“ gebe. Parallel dazu berichteten Fachleute um Yamirka Rojas-Agramonte von der Christian-Albrechts-Universität in Kiel über ein weiteres Mysterium, welches die gängige Theorie von der Plattentektonik noch zusätzlich ins Wanken bringt.

Der Erdmantel unter den Platten soll aus zähflüssigem Gestein bestehen, das die Platten ähnlich einem Förderband transportiert. Dem steht aber die Existenz von großen stabilen Magmasäulen unter Vulkanen wie dem Maunga Terevaka auf der Osterinsel entgegen, die sehr langsam aus der Tiefe aufsteigen. Dieser Widerspruch wurde durch die Annahme aufge-

löst, dass die Säulen zumindest schneller in die Höhe wachsen, als der Erdmantel horizontal driftet.

Doch dem ist offenbar nicht so, wie winzige Partikel aus dem Mineral Zirkon im Sand der Osterinsel zeigen. Diese bildeten sich bei der Abkühlung und Erhärtung der Magmasäule des Maunga Terevaka und entstanden bereits vor 165 Millionen Jahren. Insofern müsste der Erdmantel also derart langsam dahinfließen, dass die meisten anderen Annahmen über die Natur der Plattentektonik hinfällig wären. Wie es aussieht, sind also selbst anerkannte geowissenschaftliche Theorien keine sichere Bank. W.K.

ANSBACH

Gedenken an die Staatswerdung Preußens

Festakt zur Erinnerung an die Umwandlung des Ordensstaates in ein weltliches Herzogtum vor 500 Jahren

VON RAINER CLAASSEN

Es war eine wohl einzigartige Veranstaltung. Am 28. Juni erinnerten in Ansbach die Gesellschaft der Freunde des Albrecht von Brandenburg-Ansbach, die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Pommern und Brandenburger im Kreis Ansbach sowie die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Danziger und Pommern im Kreis Weißenburg-Gunzenhausen in einem Festakt an die Gründung des Herzogtums Preußen vor 500 Jahren.

Den passenden Auftakt bildete am Abend zuvor ein stimmungsvolles „Preußisches Orgelkonzert“ in der Heilig-Kreuz-Kirche, bei dem Kirchenmusikdirektor Rainer Goede sonst selten gespielte Werke von Anna Amalia von Preußen, Otto Scherzer, Johann Gottlieb Töpfer und anderen erklingen ließ.

Am Morgen des 28. Juni eröffnete dann pünktlich um 10.30 Uhr in der festlichen Karlshalle Jürgen Danowski die Veranstaltung, bei der nur geladene Gäste anwesend waren – allerdings durchaus hochkarätige. So waren neben den Vertretern der Gesellschaft der Freunde des Albrecht und der beteiligten Landsmannschaften unter anderem Monika Günther, Vorsitzende der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern, mit ihrem Stellvertreter Christian Freiherr v. der Leyen, die bayerische Vertriebenenbeauftragte Petra Loibl als Vertreterin der Bayerischen Staatsregierung, der Ansbacher Oberbürgermeister Thomas Deffner, Landrat Jürgen Ludwig, Gunter Dehnert, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen und Manfred Kittel, Gründungsdirektor der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, nach Ansbach gekommen. Die Schirmherrschaft hatte Bundesminister a.D. Carl-Dieter Spranger übernommen, der ebenfalls zugegen war.

Zur Einführung erläuterte Jürgen Danowski, warum man für diesen Festakt gerade die mittelfränkische Residenzstadt gewählt habe: Der Mann, der 1525 den geistlichen Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum umwandelte, war ein Ansbacher – er wurde unweit der Karls-



Vertrat das Haus Hohenzollern: Kaiser-Urenkel Franz-Friedrich Prinz von Preußen

Bild: Wolfgang Malessa

halle geboren und wuchs hier auch auf; sein Name: Albrecht von Brandenburg-Ansbach, der sich später unter anderem einen Namen als Gründer der Königsberger Universität machen sollte, die deswegen auch „Albertina“ genannt wurde.

Was Preußen ausmachte

Es folgte ein Grußwort des Hauses Hohenzollern, gehalten vom Kaiser-Urenkel Franz-Friedrich Prinz von Preußen. Ursprünglich hatte Georg Friedrich Prinz von Preußen in seiner Eigenschaft als das heutige Oberhaupt der brandenburgisch-preußischen Hohenzollern selbst nach Ansbach kommen wollen, jedoch wegen eines unvorhersehbaren Termins kurzfristig absagen müssen. Statt seiner verlas sein Onkel nunmehr nicht nur die Rede des Hohenzollernchefs, sondern ergänzte sie noch um ein paar persönliche Anmerkungen, die vom Publikum mit dankbarer Freude aufgenommen wurden.

Die Festansprache zu halten oblag René Nehring, dem Chefredakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, der sich dieser schönen Pflicht mit großer Souveränität entledigte. Dem Historiker und Journalisten gelang es, die wesentlichen – teilweise sehr bewegten – Ereignisse der letzten 500 Jahre im Staate Preußen in nur 40 Minuten zusammenzufassen und zu bewerten. Er zeigte dabei sowohl Höhen als auch Tiefen im Staats- und Regierungsgeschehen auf, wobei er darauf hinwies, dass in der Geschichte Preußens weder immer alles glatt gelaufen war noch die handelnden Personen in jedem Falle ausschließlich das Allgemeinwohl im Auge gehabt hatten – aber der schon frühzeitig eingeführte Rechtsstaat wurde mit der Zeit zum Garanten für eine Ordnung, die auch von den Regierenden verlangte, sich an sie zu halten. Der sich durch den Vortrag durchziehende Gedanke von Nehring war, dass Preußen in den meisten Augenblicken seiner Geschichte kein Hort der Reaktion war, wie es heute oft dargestellt wird, sondern zumeist an der Spitze des gesellschaftlichen Fortschritts stand.

Im Schlusswort brach Ralf Loos von der Gesellschaft der Freunde des Albrecht von Brandenburg-Ansbach eine Lanze für die heutzutage oft gescholtenen „preußischen Tugenden“ wie Ordnung, Fleiß, Tapferkeit, Sauberkeit, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit, machte aber bezüglich des Verlustes dieser Eigenschaften in der heutigen deutschen Gesellschaft aus seinem Herzen keine Mördergrube. Musikalisch begleitet wurde der Festakt von dem Pianisten Paul Sturm. Dieser streifte am Beispiel von Werken von Felix Mendelssohn Bartholdy, Johann Sebastian Bach, Johannes Eccard, Carl Philipp Emanuel Bach, Friedrich dem Großen, Louis Ferdinand Prinz von Preußen, des „Ännchens von Tharau“ sowie diverser Militärmärsche durch die preußische Musikgeschichte und erläuterte den gebannt lauschenden Zuhörern vor jedem Stück die historischen Hintergründe. Der Festakt endete mit dem „Hohenfriedberger Marsch“, den Friedrich der Große persönlich komponiert hatte.

MELDUNGEN

Möbelbranche unter Druck

Königsberg – Keine Ressourcen und fehlende Unterstützung – das sind die Hauptgründe für den Weggang vieler Möbelhersteller aus dem Königsberger Gebiet. Von einst zahlreichen Firmen sind nur noch fünf Unternehmen geblieben, die restlichen haben ihre Standorte in die Russische Föderation zurückverlegt. Der Generaldirektor des Möbelherstellers „Dedal“, Igor Gerasimtschuk, erklärt diese Entwicklung damit, dass seit dem Beginn des Ukrainekriegs sämtliche Steuerprivilegien weggefallen sind. Seitdem müssen die Unternehmen die Kosten für den Import von Rohstoffen selbst tragen. Lebten sie früher vom Export ihrer Erzeugnisse, so haben sie wegen der Sanktionspolitik des Westens und der Exklavenlage kaum Möglichkeiten, ihre Produkte zu verkaufen. Die Hoffnung der Unternehmer auf eine Anweisung des Präsidenten auf die Gewährung von Zuschüssen für die Rohstoffbeschaffung und Exportmöglichkeiten blieb unerfüllt. *MRK*

Mähen unter Wasser

Groß-Bertung – Aufgrund des Regens im Juni nach dem trockenen Frühling wächst die Natur üppig. Auch unter Wasser haben die Pflanzen zugelegt und behindern den natürlichen Wasserfluss sowie den freien Abfluss von Bewässerungskanälen. Seit dem 23. Juni wird daher das Flussbett der Alle gemäht. Wie das Wasserwirtschaftsamt in Białystok mitteilt, stehen Arbeiten zwischen Allenstein und Groß-Bertung an, zuerst bis zur ulica Kalinowskiego, die Birken mit Kortau verbindet. Auf diesem Flussabschnitt werden Behelfsdämme gelegt, die abgemähte Pflanzen abfangen sollen, die das Mähboot abgeschnitten hat. Mit Behinderungen für Angler und Kajakfahrer ist zu rechnen. Eine weitere Mahd ist Ende August, Anfang September vorgesehen. *U.H.*

KÖNIGSBERG

Zieht Russland Truppen aus dem nördlichen Ostpreußen ab?

Der polnische Außenminister Radosław Sikorski warnte während des NATO-Gipfels in Den Haag vor Russlands Absichten

Polens Außenminister Radosław Sikorski erklärte auf dem NATO-Gipfel in Den Haag Ende Juni, dass aus seiner Sicht ein Großteil der russischen Truppen aus dem Königsberger Gebiet abgezogen wurde, um Kräfte in anderen Regionen – etwa nahe Finnland – neu zu stationieren.

Sikorski begründete den Abzug mit der Überlastung russischer Militärressourcen angesichts des Ukrainekrieges. Bislang gab es keine Bestätigung seitens der russischen Regierung oder des Verteidigungsministeriums, und auch unabhängige Quellen oder NATO-Analysiker haben den Abzug noch nicht verifiziert. Die Einschätzungen basieren vor allem auf Sikorskis politischer Analyse.

Russland verstärkt derzeit seine Präsenz nahe Finnland und plant die Zapad-2025-Militärübungen zusammen mit Weißrussland weiter im Inland. Politisch

passt das zu Russlands Strategien, militärische Kräfte an Schlüsselpunkten zu bündeln, und Königsberg könnte angesichts des Ukrainekrieges weniger Priorität haben.

Russische Truppen nahe Finnland

Deutschlands Nachbarland Polen ist das einzige EU-Land, das direkt an die Russische Föderation und die Ukraine angrenzt. Es ist ein Unterstützer der Ukraine und sieht sich zudem durch Russland bedroht. Deshalb hat Polen als erstes NATO-Land überhaupt seine Rüstungsausgaben bereits im letzten Jahr auf fünf Prozent des Brutto sozialprodukts angehoben. Außenminister Sikorski hat großes Interesse daran, dass Deutschland in Sachen Aufrüstung aufholt.

Die Republik Polen und Deutschland sollten nach Worten des polnischen Außen-



Wirbt für gemeinsame deutsch-polnische Aufrüstung: Radosław Sikorski

benministers vereint der Gefahr durch russische Raketen in der Ostsee-Exklave Königsberg begegnen. Der Minister nannte dies in Warschau eine „dringende polnisch-deutsche Herausforderung“. Die Pläne der neuen Bundesregierung für eine Wiederaufrüstung der Bundeswehr lösten in Polen, anders als 1939, keinerlei Bedenken aus, sagte Sikorski im Interview der Nachrichtenagenturen dpa, PAP und AFP: „Wir sind gute Verbündete, und wir müssen Streitkräfte aufbauen, die niemandem Angst machen, sondern Kremelchef Wladimir Putin abschrecken.“

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat den Aufbau der stärksten konventionellen Armee in Europa angekündigt. „Ich habe schon in meiner Jahresrede im Parlament gesagt: Solange Deutschland in NATO und EU ist, fürchte ich deutsches Zögern bei der Aufrüstung mehr als die

deutsche Armee. So denke ich immer noch“, sagte Sikorski. Daher werte er das deutsche Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für Sicherheit positiv.

Sikorski forderte, die Ukraine direkt aus dem eingefrorenen russischen Staatsvermögen im Westen zu unterstützen. „Die Ukraine ist für dieses Jahr gut versorgt“, sagte er. „Aber kommendes Jahr stehen wir, denke ich, vor dem Dilemma, ob wir die finanzielle Unterstützung für die Ukraine mit dem Geld unserer Steuerzahler fortsetzen oder mit dem Geld des Aggressors. Fragen Sie mich nicht, wofür ich bin!“ Er hoffe, dass sich die neue deutsche Regierung in dieser Frage bewege.

Bislang bekommt die Ukraine nur Zinsen, die aus etwa 300 Milliarden Euro russischen Staatsvermögens erwirtschaftet werden. Moskau betrachtet dies als Diebstahl an seinem Eigentum. *Bodo Bost*

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Brosda, Klara, geb. **Zoels**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Kolenda, Gerda, geb. Gedaschke, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Buschmann, Traute, geb. **Rückbrodt**, aus Skollwitten, Kreis Mohrungen, am 15. Juli
Grolla, Edith, geb. **Kompa**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Perret, Christel, geb. **Bindzus**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. Juli
Preuß, Erich, aus Alt Bolitten, Kreis Mohrungen, am 12. Juli
Wydra, Karl-Heinz, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 12. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Heinemann, Else, geb. **Gayko**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 17. Juli
Kuczinski, Heinz, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Juli
Schröder, Christel, geb. **Schwendtner**, aus Tilsit, Kreis Tilsit, am 14. Juli
Utecht, Ilse, geb. **Keding**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 16. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ambrosius, Erich, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Beyenbach, Inge, geb. **Ohlemeyer**, aus Lyck, Hindenburgstraße 54a, am 11. Juli
Jaros, Ruth, geb. **Litzbarski**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Borg, Werner, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Engel, Traute, geb. **Ritter**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 12. Juli
Gülich, Edith, geb. **Kenzler**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 10. Juli
Gunia, Harry, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Höckendorff, Erika, geb. **Szezenski**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli



ZUM 95. GEBURTSTAG

Kaiser, Anna, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli
Palloks, Martin, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Zachrau, Elfriede, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 8. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brandenburger, Günter, aus Ebenrode, am 11. Juli
Gritzka, Ruth, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 16. Juli
Kagelmacher, Hanna, aus Pillkopen, Kreis Fischhausen, am 13. Juli
Klimczuk, Christel, geb. **Prostka**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Juli
Limberg, Adelheid, geb. **Gorny**, aus Waldfließ, Kreis Lötzen, am 17. Juli
Mateuszik, Günther, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 12. Juli
Moreyko, Erwin, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 11. Juli
Path, Edith, geb. **Niedzwetzki**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 14. Juli
Pfannschmidt, Traute, geb. **Falk**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 14. Juli
Reichle, Herta, geb. **Olbrisch**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 11. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bartsch, Hanna, geb. **Aust**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Juli
Birkenfeld, Ursula, geb. **Grunwald**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 12. Juli
Cruanes-Taddey, Ruth, geb. **Taddey**, aus Neidenburg, am 16. Juli
Gerung, Edith, geb. **Chrzan**, aus Rübzahl, Kreis Lötzen, am 15. Juli
Gottschling, Burkhard, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 13. Juli
Kröger, Günter, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 12. Juli
Lagenstein, Ursula, geb. **Vogel**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 15. Juli
Pape, Erna, geb. **Jablonowski**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 17. Juli
Rogalski, Hans, aus Branicken, Kreis Neidenburg, am 17. Juli
Spirdiniene, Käte, geb. **Loleit**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Eickhof, Inge, geb. **Meyer**, aus Alt Christburg, Kreis Mohrungen, am 16. Juli
Geschwandtner, Heinz, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Growe, Kurt, aus Groß Ottenhagen, Kreis Fischhausen, am 5. Juli
Heinemann, Irmgard, geb. **Matzick**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Kalkenings, Artur, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, am 13. Juli
Oehler, Elfriede, geb. **Missuweit**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 16. Juli
Petraschewsky, Kurt, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 12. Juli
Purwin, Gertrud, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. Juli
Skryppek, Lieselotte, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 15. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Freud, Eva, geb. **Borchert**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 11. Juli
Vaillant, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 13. Juli
Wiezorreck, Irmgard, geb. **Merker**, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 17. Juli
Wolf, Gisela, geb. **Graffenberger**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 12. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartkowski, Gerhard, aus Neidenburg, am 12. Juli
Doerks, Manfred, aus Lyck, am 11. Juli
Friederici, Ilse, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Hartje, Ingrid, geb. **Schweiger**, aus Tussainen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. Juli
Heinrich, Hildegard, geb. **Grimm**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Heldt, Herbert, aus Rothenen, Kreis Fischhausen, am 10. Juli
Hofer, Hans, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 11. Juli
Kärner, Helga, geb. **Simoleit**, aus Insterburg, am 16. Juli
Klisch, Ilse, geb. **Raudies**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 14. Juli
Kölnow, Dora, geb. **Eisen**, aus Roemeiken, Kreis Ebenrode, am 17. Juli

Zastrau, Herta, geb. **Meyer**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 17. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartsch, Hanna, geb. **Aust**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Juli
Birkenfeld, Ursula, geb. **Grunwald**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 12. Juli
Cruanes-Taddey, Ruth, geb. **Taddey**, aus Neidenburg, am 16. Juli
Gerung, Edith, geb. **Chrzan**, aus Rübzahl, Kreis Lötzen, am 15. Juli
Gottschling, Burkhard, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 13. Juli
Kröger, Günter, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 12. Juli
Lagenstein, Ursula, geb. **Vogel**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 15. Juli
Pape, Erna, geb. **Jablonowski**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 17. Juli
Rogalski, Hans, aus Branicken, Kreis Neidenburg, am 17. Juli
Spirdiniene, Käte, geb. **Loleit**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

ZUM 89. GEBURTSTAG

Eickhof, Inge, geb. **Meyer**, aus Alt Christburg, Kreis Mohrungen, am 16. Juli
Geschwandtner, Heinz, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Growe, Kurt, aus Groß Ottenhagen, Kreis Fischhausen, am 5. Juli
Heinemann, Irmgard, geb. **Matzick**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Kalkenings, Artur, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, am 13. Juli
Oehler, Elfriede, geb. **Missuweit**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 16. Juli
Petraschewsky, Kurt, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 12. Juli
Purwin, Gertrud, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. Juli
Skryppek, Lieselotte, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 15. Juli

ZUM 88. GEBURTSTAG

Freud, Eva, geb. **Borchert**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 11. Juli
Vaillant, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 13. Juli
Wiezorreck, Irmgard, geb. **Merker**, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 17. Juli
Wolf, Gisela, geb. **Graffenberger**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 12. Juli

ZUM 87. GEBURTSTAG

Bartkowski, Gerhard, aus Neidenburg, am 12. Juli
Doerks, Manfred, aus Lyck, am 11. Juli
Friederici, Ilse, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Hartje, Ingrid, geb. **Schweiger**, aus Tussainen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. Juli
Heinrich, Hildegard, geb. **Grimm**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Heldt, Herbert, aus Rothenen, Kreis Fischhausen, am 10. Juli
Hofer, Hans, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 11. Juli
Kärner, Helga, geb. **Simoleit**, aus Insterburg, am 16. Juli
Klisch, Ilse, geb. **Raudies**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 14. Juli
Kölnow, Dora, geb. **Eisen**, aus Roemeiken, Kreis Ebenrode, am 17. Juli

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein
6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Zusendungen für die Ausgabe 30/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 30/2025 (Erstverkaufstag 25. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 15. Juli**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Sommerfahrt des Bunds Junges Ostpreußen

Kultur, Natur und Geschichte im südlichen Ostpreußen vom 2. bis 9. August

Der Bund Junges Ostpreußen lädt ein zur traditionellen Sommerfahrt für 16- bis 35-Jährige, für Familien mit kleinen Kindern. Gezeltet wird im südlichen Ostpreußen, einige wenige Zimmerplätze stehen gegen Aufpreis zur Verfügung. Ein abwechslungsreiches Programm widmet sich der Kultur, der Natur und der Geschichte ausgiebig. Ein bisschen sportliche Betätigung in Form

von Wandern, Kanu fahren und Schwimmen darf natürlich auch nicht fehlen. Anmeldungen und weitere Programmvorschläge werden bis Sonntag, 13. Juli, per E-Mail: **sommerfahrt@junge-ostpreussen.de** entgegengenommen, die Zahl der Plätze ist begrenzt. Über diese E-Mail-Adresse werden auch Fragen rund um die Sommerfahrt beantwortet. Auch die Mitteilung über freie Plätze im PKW mögen an diese Adresse erfolgen, um Fahrge-meinschaften zu koordinieren.

Mitzubringen: Bettwäsche, Badetaschen, Sonnen- und Mückenschutz, sportliche und wetterfeste Kleidung, festes Schuhwerk, Personalausweis, Taschenlampe, wer hat: Musikinstrumente, Liederbücher, Kulturbeiträge zu Ostpreußen.

Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Personen- und Sachschäden bei der eigenständigen An- und Rückreise und während der Veranstaltung. Minderjährige benötigen eine schriftliche Erlaubnis der Eltern.

ANZEIGE

Über 60 Jahre Liedpatenschaft der Stadt Wetzlar

Um das Liedgut der einst deutschen Siedlungsgebiete in Osteuropa nach der Vertreibung vor der Vergessenheit zu bewahren, hat die Stadt Wetzlar im Jahre 1962 eine „Patenschaft für das Ostdeutsche Lied“ übernommen, die nunmehr über 60 Jahre besteht und die weiter gepflegt wird. Informationen über den gebietlichen Umfang der Patenschaft, über die Aktivitäten und die Dienstleistungen der Patenschaftsstelle und die herausgegebenen Liederbücher können angefordert werden bei

STADT WETZLAR

Patenschaft der Stadt Wetzlar für das Ostdeutsche Lied

Hauser Gasse 17, 35578 Wetzlar
Telefon: 06441 99-1031
Fax: 06441 99-1034
E-Mail: ostdeutscheslied@wetzlar.de



Die Patenschaft umfasst folgende Gebiete

Baltikum	Jugoslawien	Siebenbürgen
Banater Schwaben	Karpaten	Slawonien
Batschka	Litauen	Slowakei
Berlin-Mark Brandenburg	Masuren	Sudetenland
Bessarabien	Niederschlesien	Syrmien
Buchenland	Oberschlesien	Ungarn
Dobruzscha	Ostpreußen	Westpreußen
Galizien	Pommern	Wolhynien
Gottschee	Sathmar	Zips

PAZ wirkt!

ZUM 85. GEBURTSTAG

Dick, Gisela, geb. **Stemke**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Kraska, Brigitte, geb. **Wittkowski**, aus Strauwitz, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli

Willmann, Elfriede, geb. **Pomper**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 12. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Böder, Walter, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 13. Juli
Herken, Doris, geb. **Förster**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 15. Juli
Herrenberg, Rosemarie, geb. **Neumann**, aus Kallehnen, Kreis Wehlau, am 15. Juli
Pohl, Renate, geb. **Dybus**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 15. Juli
Roder, Hans-Joachim, aus Ortelsburg, am 15. Juli

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.


Baden-Württemberg

Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Gedenktag

Stuttgart – Anlässlich des Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung fand am 23. Juni am Mahmal für die Charta der deutschen Heimatvertriebenen am Königsplatz eine Gedenkfeier mit Kranzniederlegung statt.

Der Baden-Württembergische Innenminister Thomas Strobl, der zu der gut besuchten Veranstaltung unter freiem Himmel eingeladen hatte, sagte, man könne das Vergangene nicht ungeschehen machen. Man müsse sich damit intensiv auseinandersetzen, um daraus für die Gegenwart und Zukunft zu lernen. Er wies auch darauf hin, dass es nur noch wenige Zeitzeugen gebe, die von den Ereignissen dieser schrecklichen Vergangenheit erzählen könnten. Niemand könne darüber objektiv berichten, Erinnerungen seien immer subjektiv geprägt. Dabei spielten Emotionen und Appelle eine Rolle, und das „sei in Ordnung so“. Einzelschicksale, so Strobl, berührten oft mehr als abstrakte Zahlen. Nicht alle hätten



Gedachten der Opfer von Flucht und Vertreibung: (v. l.) Joschi Ament, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, Konrad Epple MdL, Thomas Strobl MdL, Innenminister von Baden-Württemberg, Raimund Haser MdL und stellvertretender Landesvorsitzender BdV Baden-Württemberg, Ernst Strohmaier, Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg der Deutschen aus Russland

den Mut zu erzählen. Mitunter sei auch „Schweigen das Mittel der Wahl“, um über die Traumata hinwegzukommen.

Viele Kinder und Kindeskinde bedauerten es heute, dass sie ihre Eltern und Großeltern nicht gefragt haben, als dies noch möglich war. Sie verloren manche biographische Spur und versuchen nun, diese in Archiven zu finden. Manchmal dienen auch die Berichte anderer Zeitzeugen dazu, um quasi aus zweiter Hand zu rekonstruieren, was ihre Eltern und Großeltern erlebt haben.

Strobl, der auch der Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler ist, wies darauf hin, dass es heute möglich sei, an dieses Leid, das der Zweite Weltkrieg verursacht habe, zu erinnern. Vor einiger Zeit sei das noch nicht selbstverständlich gewesen. Heute hätten auch die Opfer von Flucht und Vertreibung ihren angemessenen Platz in der Geschichte. Strobl betonte, dass aus Vertreibung Versöhnung geworden sei und man die Gespräche mit den Betroffenen nicht mehr ewig führen könne.

Er erinnerte auch an die historische Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der 1985 im Deutschen Bundestag sagte, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung gewesen sei. Durch diese neue Bewertung der deutschen Kapitulation sei die Versöhnung mit den Nachbarn im Osten möglich geworden. Dieses Vermächtnis führe Friedrich Merz fort, als er an seinem ersten Arbeitstag als Bundeskanzler nicht nur Paris besuchte, sondern auch Warschau.

In der von den Blechbläsern des Landespolizeiorchesters würdevoll umrahmten Feier sprach

auch Ernst Strohmaier, Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Er erinnerte daran, dass an diesem Gedenktage der Millionen Menschen gedacht werde, die nach der Kapitulation nicht in Frieden leben konnten, obwohl der Krieg zu Ende war. Doch für Millionen Deutsche war das Leid nach dem 8. Mai 1945 nicht vorbei, sondern nahm nur eine andere Form an. Millionen wurden entwurzelt, ihre Heimat endete in Massengräbern oder in endlosen Kolonnen auf vereisten Straßen. Die Deutschen in Russland blieben entrechtet.

Viele, so Strohmaier, hätten den Mut gefunden, Deutschland neu aufzubauen, in materieller und ideeller Hinsicht. Damit hätten sie Verantwortung übernommen für den Wiederaufbau Deutschlands. Die Erinnerung an gestern ermahne dazu, Flucht und Vertreibung in der Gegenwart wahrzunehmen, denen zu helfen, die dieses Schicksal erleiden, und Barmherzigkeit zu üben. „Wer das Leid kennt, verschließt nicht die Augen“, so Strohmaier weiter. „Wer Flucht und Vertreibung erlebt hat, baut Brücken, nicht Mauern. Wir gedenken und wir handeln. Aus Mitgefühl und Verantwortung.“ *Georg Müller*

straße 1: Fest unter der Eiche. Zu erreichen mit der U1, Endstation Langwasser Süd. Kulinarische Spezialitäten um 13 Uhr.

Preußen

Nürnberg – Dienstag, 29. Juli, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen zu einem Bericht über Preußen.


Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Ostpreußischer Gottesdienst

Hamburg-Harburg – Sonntag, 27. Juli, 10 Uhr, St. Johanniskirche, Bremer Straße 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst mit Pastorin Sabine Kaiser-Reiss und anschließendem Gespräch bei Kaffee, Tee und Gebäck im Gemeindesaal. Erreichbar mit der Bahn S3 und S5, Station Hamburg-Rathaus; von dort fünf Minuten Fußweg.


Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Schlesien

Hof – Sonnabend, 12. Juli, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Schlesien. Im August ist Sommerpause, das nächste Treffen findet am 13. September statt.

Fest unter der Eiche

Nürnberg – Sonnabend, 12. Juli, 12 Uhr, Haus der Heimat, Imbusch-

PAZ wirkt!

Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Grillfest

Wetzlar – Sonnabend, 12. Juli, 13 Uhr, Schützenhaus am Bobenhöllerwald: Grillfest. *Kuno Kutz*


Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Gedenken auf dem Haff

Anklam – 50 Ostpreußen und Freunde der Heimat aus ganz Mecklenburg-Vorpommern (MV) und darüber hinaus unternahmen vom 16. bis zum 22. Juni eine Busfahrt nach Allenstein und Danzig. Neben der obligatorischen Schiffsreise über alle fünf Rollberge des Oberlandkanals bis Elbing besuchte die Gruppe weitere Städte wie Osterode, Mohrunge, Ortelsburg und Neidenburg. Der Lehlesker See bei Passenheim lud zu einem erfrischenden Bad ein, und das Freilichtmuseum Hohenstein bot manch interessantes Déjà-vu. Auch die Stätten von Grunwald 1410 und Tannenberg 1914 standen auf dem Programm. Höhepunkt war das Gedenken an die Opfer der Flucht im Frühjahr 1945 über das Eis des Frischen Haffs. Dazu mietete die Gruppe ein Ausflugsschiff in Tolkemit und fuhr aufs Haff hinaus. Nach einer kleinen Zeremonie mit Totengedenken und Vaterunser wurden ein großes Blumengebilde mit Schleife sowie viele kleine Sträuße den Wellen des Haffes übergeben. Der polnische Kapitän gab dreimal Ehrensalue mit dem Schiffstypophon – so wie schon 1995, 2005 und 2015, als die Ostpreußen aus MV auf dem Haff ihrer umgekommenen Landsleute gedachten.

Weiter ging es nach Frauenburg zum Denkmal für die Opfer der Flucht 1945, an dessen Einweihung am 26. Mai 2001 die Landesgruppe MV bereits mit zwei Bussen beteiligt war. Dort legte die Gruppe einen großen Kranz mit Schleife nieder und verharnte in stillem Gedenken zum Musikstück

Fortsetzung auf Seite 16



Am Vertriebenenendenkmal im Kurpark Bad Cannstatt: Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung *Bild: Georg Müller*

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

„Ich bete an die Macht der Liebe“. Es folgte ein Orgelkonzert im Frauenburger Dom.

Am Sonnabend besuchte die Gruppe das Sommerfest der deutschen Minderheit von Ermland und Masuren in Wuttrien südlich von Allenstein, zu dem seit 1992 ohne Unterbrechung immer ein oder mehrere Busse aus MV kommen – mithin schon 32 Mal. Besonders herzlich wurden die Gäste aus MV vom ehemaligen Leiter der Staatskanzlei und Minderheitenbeauftragten der Woiwodschaft, Wiktor Marek Leyk, begrüßt. Viele Landsleute von den deutschen Vereinen freuten sich ebenfalls über das Wiedersehen, waren sie doch schon oft zu Gast bei den Ostpreußen-Landestreffen in Rostock, Schwerin, Neubrandenburg und Anklam. Auch diesmal hatten 40 Mitreisende

der Gruppe aus MV an drei Abenden im Hotel ein ansprechendes Musikprogramm fleißig und erwartungsvoll einstudiert. Sogar ein masurisch-kaschubischer Brummpfopf sollte zum Einsatz kommen. Aus welchen Gründen auch immer wurde erstmals aus dem geplanten Auftritt nichts – leider, aber vielleicht klappt es ja im nächsten Jahr beim Sommerfest 2026 besser?

So wurde eben Danzig zum krönenden Jubiläums-Abschluss, denn solange steht die wunderschön wiederaufgebaute Hansestadt regelmäßig und alljährlich seit 1995 auf dem Besuchsprogramm. Hinter dem Hauptbahnhof befindet sich unterhalb des Hagelsberges ein „Friedhof der nicht mehr existierenden Danziger Friedhöfe“. An dieser eindrucksvollen Gedenkstätte erinnerte die Gruppe ein drittes Mal während der Reise an das Kriegsende vor 80 Jahren. *Friedhelm Schülke*



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Freitag, 12. bis Sonnabend, 13. September, Hotel Harmonie, Am Pferdemarkt 3: Angerburger Tage mit „Begrüßungsabend“ am Freitag, 19 Uhr, hierzu bitte anmelden, und Gedenken am Patenschaftsstein, Sonnabend, 10.30 Uhr, Mitgliederversammlung, 11 Uhr, Filmvorführung, 14 Uhr, und gemütlichen Beisammensein am Sonnabend.

Bitte merken Sie sich den Termin vor oder melden sich direkt bei der Geschäftsstelle an.



Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Kirchengemeinde Prökuls

Prökuls – Sonntag, 27. Juli, 13 Uhr, Drawöhlen-Friedhof [Drevena]: Feier.

Sonntag, 17. August, 13 Uhr, Schwenzeln Friedhof [Svencele]: Feier.

75 Jahre Charta

Stuttgart – Dienstag, 5. August, 13 bis 17 Uhr, Weißer Saal, Neues Schloss, Schlossplatz 4: Zentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat am Jubiläumstag mit einem Festakt „75 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, Tag der Heimat.

Vor 75 Jahren wurde die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, dieses „Grundgesetzes“ der Vertriebenen, am 5. August 1950 in Bad Cannstatt von 30 Vertretern der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet und öffentlichkeitswirksam am Folgetag in Stuttgart vor den Ruinen des Neuen Schlosses verkündet.

Zu den Unterzeichnern der Charta gehörte auch der Gründer der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM) Dr. Ottomar Schreiber, der im Oktober

1948 die Landsmannschaft Ostpreußen gründete und deren erster Sprecher war.

Um dies angemessen zu würdigen, wird der Bund der Vertriebenen seine zentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat in diesem Jahr am Jubiläumstag sowie am historischen Ort durchführen.

Die Teilnahme am Festakt im Weißen Saal im Neuen Schloss ist nur mit Einlasskarten möglich. Diese sind zu bestellen beim Bund der Vertriebenen, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn, oder per Mail: info@bdvbund.de.

Bereits um 10 Uhr findet eine Kranzniederlegung am Vertriebenenendenkmal im Kurpark Bad Cannstatt statt.

Zur Festveranstaltung um 13 Uhr hält Bundeskanzler Friedrich Merz die Festrede.

Vertretertag

Fürstenu – Dienstag, 12. August, 9 Uhr, Hotel Wilken, Große Straße 7: Vertretertag.

Neben Berichten der einzelnen Mandatsträger, Kassenbericht und vorgesehenen Satzungsänderungen stehen auch die Neuwahlen des Bundesvorstands und Kreisvertreter an.

Sollten Sie Anregungen haben oder Anträge stellen wollen, die vom Vertretertag behandelt werden sollen, senden Sie uns diese bis spätestens 5. August postalisch an die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM), Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, oder elektronisch per E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de zu.

Treffen

Köln – Sonnabend, 2. August, 14 Uhr, Brauhaus Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61: Treffen der Memellandgruppe Köln. Wie immer besteht die Möglichkeit ab 13 Uhr ein Mittagessen einzunehmen. *Ingrid Schröder, 1. Vorsitzende Gruppe Köln*



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend, 9. August, bis Sonntag, 10. August, 11.30 Uhr, Gaststätte Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, An der Tent 9: Hauptkreistreffen.

Sonnabend, 9. August, 10 Uhr, Friedhof, an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße: Kranzniederlegung. Ab 15 Uhr, Hotel Kaisershof, Kaiserring 1: geselliges Beisammensein.

Sonntag, 10. August, 9.30 Uhr, Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82: Evangelischer Gottesdienst. 11 Uhr, Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, An der Tent 9: Hauptkreistreffen. Es wird Mittagessen geben. 14.30 Uhr: Musikeinführung, Blasmusik Lackhausen, Begrüßung durch Hubertus Hilgendorff, gemeinsames Singen, Ansprachen von Heinrich Friedrich Hesselmann, stellvertretender



Gedenken an 80 Jahre Kriegsende: Ein Teil der Gruppe, die aus Mecklenburg-Vorpommern angereist ist, mit den Fahnen von Tolkemit und Frauenburg *Bild: Jürgen Grümmert, Eggesin*

Rätsel

Oper von Mozart	Brettspiel	griech. Reeder (Aristoteles)	französisch: Freund	konzentrierte Lösung	in der gleichen Weise	kleine Metallschlinge	Verzweigung des Baumes	unbestimmte Zeitspanne	schmaler Weg	Ab-schied; Los-lösung	chemisches Element	Küsten-staat Brasiliens	Greisin	Ringel-Saug-wurm	aus-führen, verrichten	
Gewürz-, Heil-pflanze			ägyptische Hafenstadt	Liebste; Leis-tungs-fähigste		irischer Autor (Jonathan)			Vulkan in der östlichen Türkei		veraltet: uner-lässig (lat.)			Brauch, Sitte (latei-nisch)	deutscher Reichs-präsident (Friedrich)	
Groß-mutter			Roman von Emile Zola	Staat im Himalaja		islam. Herr-schafts-gebiet			alkoho-lisches Getränk	öster-r. Renn-fahrer: ...		heftig weinen	speziell zu diesem Zweck	Kurz-wort für Jugend-liche(r)	foppen	
Zitter-pappel	Segel-baum		das junge Getreide		zittern			wurzel-lose Sporen-pflanze	Kanton der Schweiz	Glocken ertönen lassen		Fluss zur Rhone	Abkür-zung für et cetera			
würzige Tunke			persönliches Fürwort	griech. Göttin der Morgenröte	Laub-baum, Ruster				Gentle-man, an-ständiger Mensch	schmal; begrenzt					mit einem Baustoff aus-bessern	
schwed. Königs-ge-schlecht	Stadt in Süd-Italien						Bundes-staat der USA		früherer türki-scher Titel	Ab-schieds-gruß	Fleisch-gericht, Schweins-haxe	verehr-tes Vorbild		Rest im Glas	eine der Gezeiten	
Röst-brot-scheibe			Vorname von Bis-marcks						Frau Abra-hams im A. T.		Unglück prophe-zeien (ugs.)			Duftstoff, Moschus	europä-ischer Strom	Anhän-glichkeit, Loyalität
			Magisch: 1. Ballade, 2. Flanel, 3. Edelmt						Europ. Welt-raum-organisa-tion (Abk.)	Teil des Jahres	Alters-ruhegeld	Nach-sicht, Langmut				
			Amptff						Insel-gruppe Mikro-nesiens				Offi-ziers-rang			
			5. Disziplin, 6. Auflauf, 7. Treffer								rechter Neben-fluss der Donau	frühere fran-zösische Münze	Dünge-mittel, Pflanzen-nährstoff	auf sich zu		
			Mittelwörter: 1. Ausgabe						Ost-germane	Revolver	sich täuschen		Gewinn, Aus-beute	Ab-schnitt eines Films		
			WIE REISEDA						span-nende Handlung (engl.)		deutsche Pop-sängerin			altindi-scher Gott	Fehllös bei der Lotterie	
			LEVA RBER								span-nendes Land in Küsten-nähe	ritter-liche Liebe				fett-freies Kosme-tikum
			TRI ABER						Be-lästigung, Behin-derung	portu-giesisch: heilig	laute, kurze Äußerung, Schrei	Gebirge auf Kreta	Wasser-vogel	Nacht-vogel	Frage-wort	
			STAN						Patrouille							
			ROTT													
			WIE REISEDA													
			LEVA RBER													
			TRI ABER													
			STAN													
			ROTT													

Schüttelrätsel

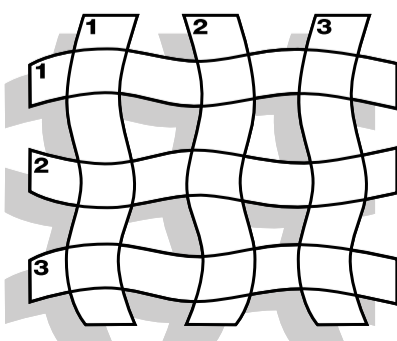
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEL	EITY	AERS	AAER	BEENR	EEGR	CDEOR
		ABERR				ART
BEIRT				EGR		
		ADEE RS				
EIW	ANST			ORT		

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung das Zeichen für den Spielbeginn.

1	NEU					KURS
2	HOLZ					BAU
3	FRUEH					WEIN
4	WASSER					LEDER
5	SELBST					LOS
6	NUDEL					FORM
7	VOLL					QUOTE



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 dram. erzählendes Gedicht
- 2 gerautes, weiches Gewebe
- 3 Hochherzigkeit

Heimatkreisgemeinschaften

Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel. 16 Uhr: Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg. 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

Mitgliederversammlung

Wesel – Sonntag, 10. August, 11.30 Uhr, Gaststätte Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, An der Tent 9, unweit des Haupteingangs der Niederrheinhalle, mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen- und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2026, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburger Treffen 2025/26, 10. Verschiedenes.

Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 3. August einzureichen. Autos können auf dem Parkplatz an der

Rundsporthalle kostenlos geparkt werden.

Fragen beantwortet die Geschäftsstelle Rastenburg telefonisch unter (0281) 26950.

Hubertus Hilgendorff

Schloßberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle/Saale.

Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Gedenkstunde

Winsen (Luhe) – Am 21. Juni hatten die Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode zu einer Gedenkstunde nach Winsen (Luhe) in die Brasserie eingeladen.

In seiner Begrüßung konnte der Schloßberger Kreisvertreter Michael Gründling einige Ehrengäste begrüßen. Der Erste Kreisrat

des Landkreises Harburg, Josef Nießen, und die stellvertretende Bürgermeisterin von Winsen und Mitglied des Deutschen Bundestages Cornelia Babendererde wurden herzlich begrüßt und hielten ein Grußwort. Weiterhin waren Vertreter des Museums im Marstall, des Gymnasiums und des Schützenvereins anwesend.

Mit dem Museum besteht eine enge Kooperation. Prof. Rolf Wiese vom Museum betonte in seiner Einleitung zum Festvortrag die Wichtigkeit des Erinnerns und Bewahrens der Geschichte und Kultur des Deutschen Ostens und die schwere Zeit für Millionen Vertriebene nach Flucht und Vertreibung. Den Vortrag hielt Gábor Henry Raschberger, ein Mitarbeiter des Museums. Er fesselte die Zuhörer mit seinen Ideen und Vorstellungen zum Museumsprojekt „Erinnern und Bewahren“.

Das Schlusswort hielt der Ebenroder Kreisvertreter Dr. Gerhard Kuebart. Mit dem Singen des Ostpreußenliedes und des Deutschlandliedes klang die Gedenkstunde feierlich aus.



Verantwortet das Forschungsprojekt des Museums „Vor dem Vergessen bewahren“ und begeisterte damit die Teilnehmer des Schloßberger Treffens: Gábor Henry Raschberger
Bild: Michael Gründling

Bei schönstem Wetter konnte der Brasserie am Schlossteich stattfinden, bevor es für die Schloßberger mit der Mitgliederversammlung in der Heimatstube weiterging.

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellung

Bis 24. August: **Auferstanden aus Ruinen – der Maler Walter Mamat** (1912-1976), Kabinettausstellung. Die Motive der Kurischen Nehrung bildeten die Grundlage des künstlerischen Schaffens des in Memel (heute das litauische Klaipėda) geborenen Künstlers Walter Mamat.

Bis 31. August: **Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland**, Sonderausstellung. Eine Sonderausstellung von estnischen Künstlern und Künstlerinnen der Kunsthochschule Pallas aus Tartu: Jaanus Eensalu, Andrus Kannel, Margus Meinart, Aet Ollisaar, Kadi Pajupuu, Sirje Petersen, Tuuli Puhvel, Anne Rudanovski und Heli Tuksam.

Veranstaltungen

Dienstag, 15. Juli, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Zum 100. Todestag – Der Maler und Grafiker Lovis Corinth**. Führung und Vortrag mit Dr. Gisela Aye in der Reihe „Museum Erleben“. In dieser Führung mit Vortrag werden bedeutende Gemälde und verschiedene Entwicklungsstufen des Malers und Grafikers einem genaueren Blick unterzogen. Lovis Corinth (1858-1925) zählt heute neben Max Liebermann und Max Slevogt zu den wichtigsten und einflussreichsten Vertretern des deutschen Impressionismus und der Berliner Secessions. Geboren ist der bekannte Ostpreuße in Tapiau, im heutigen Gwardeski, im nördlichen Ostpreußen. Nach seiner Ausbildung in Königsberg, München, Antwerpen und Paris arbeitete Corinth vor allem in Berlin. Seine späten Werke sind vom Expressionismus inspiriert und wurden zur Zeit des Nationalsozialismus als entartet betrachtet. Die Kunsthistorikerin Dr. Gisela Aye wird in der Führung und dem

Vortrag einige herausragende Gemälde vorstellen, die verschiedene Entwicklungsstufen dieses bedeutenden Künstlers zeigen. Museum Erleben ist unsere Veranstaltungsreihe, die Sie einlädt, das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung auf besondere Weise zu entdecken. Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, nachmittags ab 14.30 Uhr, können Sie an interessanten Ausstellungsrundgängen, Vorträgen, Filmen und weiteren besonderen Angeboten teilnehmen. Anschließend gibt es bei Kaffee und Gebäck ein gemütliches Beisammensein und die Möglichkeit, sich über das Erlebte auszutauschen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 23. Juli, 14 bis 17 Uhr, Kosten 8,- Euro inklusive Material:



Lovis Corinth: Ohm Friedrich, Öl auf Leinwand, 1900 Bild: Ostpreußisches Landesmuseum / Dauerleihgabe der Bundesrepublik Deutschland

Künstlerischer Ferientag. Sommerferientage für Kinder von acht bis zwölf Jahren mit Jenke Eichhorn. Im Ostpreußischen Landesmuseum erwartet die Kinder eine große Anzahl an Kunstwerken, die meisten aus den letzten 200 Jahren mit ganz unterschiedlichen Malstilen und Kunstrichtungen. In der Dauerausstellung, in der Kabinettausstellung „Auferstanden aus Ruinen – der Maler Walter Mamat (1912-1976)“ und in der Sonderausstellung „Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland“ können vielfältige Eindrücke von historischen und ganz aktuellen künstlerischen Positionen gesammelt werden, um im praktischen Teil selbst kreativ zu werden und verschiedene Malstile auszuprobieren oder sogar eine eigene neue Kunstrichtung zu erschaffen. Jenke Eichhorn ist Studentin der bildenden Kunst an der Hochschule für bildende Künste Braun-

schweig und bietet am Mittwoch, dem 6. August, ebenfalls von 14 bis 17 Uhr einen weiteren künstlerischen Ferientag an. Die Ferientage bauen nicht aufeinander auf und können einzeln oder zusammen gebucht werden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 24. Juli, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Kopernikus und das Universum. Kinderclub** mit Joanna Margner. In diesem spannenden Kinderclub erfahren die Kinder, wie Nikolaus Kopernikus das Universum und die Planeten erforscht hat. Gemeinsam erkundet die Gruppe das Sonnensystem und lernt, warum sich die Erde um die Sonne dreht und nicht umgekehrt. Im praktischen Teil können die eigenen Sternzeichen gedruckt werden und Weltkarten gestaltet werden. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Mittwoch, 30. Juli, von 14 bis 17 Uhr, Kosten 8,- Euro inklusive Material: **Die Trakehner Pferde und ihr berühmtes Gestüt. Sommerferientag für Kinder** von 8 bis 12 Jahren mit Katja Eichhorn. Bei diesem besonderen Ferientag im Museum dreht sich alles um die majestätischen Trakehner Pferde und das historische Gestüt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de



OL.

ANZEIGEN



Tag hat angefangen
über Haff und Moor.
Licht ist aufgegangen,
steigt im Ost empor.

In großer Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserem geliebten Ehemann und Vater

Helmut August Christian Niederhaus

* 12. Juni 1934 in Rehfeld/Ostpr. † 23. Juni 2025

In tiefster Trauer um einen besonderen, vielseitigen und großherzigen Menschen

**Ingrid
Edda und Anke
sowie Familie**

Traueranschrift: Fam. Niederhaus c/o Bestattungshaus Birkhölzer, Carl-Schurz-Straße 86, 50374 Erfstadt

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung findet am Dienstag, den 15. Juli, um 10:00 Uhr in der Trauerhalle des Friedhofs in 50374 Erfstadt-Kierdorf, Friedrich-Ebert-Straße 87 statt.



Nun aber bleiben
Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei;
aber die Liebe ist die größte unter ihnen.
(1. Korinther 13,13)

Hildegard Hammer

geb. Pregel
* 7. April 1928 † 20. Mai 2025

In Liebe und Dankbarkeit:

Hans-Wolfgang und Marianne Hammer
Hans-Christian und Vanessa Hammer mit Oscar
Ann-Christin und Denis Hammer mit Liliana
Erika Schreiber geb. Pregel
Gerhard Pregel und Familie

Traueranschrift:
Hans-Wolfgang Hammer, Marderweg 26, 59071 Hamm

Die Trauerfeier beginnt am Donnerstag, dem 24. Juli 2025, um 14.00 Uhr im Erlöserzentrum, Anton-Voss-Straße 27 a, 59063 Hamm.

Die Beisetzung der Urne erfolgt in Mülheim an der Ruhr zu einem späteren Zeitpunkt.

Von Kranz- und Blumenspenden bitten wir abzusehen. Im Sinne der Verstorbenen regen wir eine Spende an für die v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel bei der Sparkasse Bielefeld, IBAN: DE48 4805 0161 0000 0040 77 (Trauerfall Hildegard Hammer).
Begleitung durch das Bestattungshaus Makiol, Hamm

MISSIONIERUNG DER PRUSSEN

Zum Christentum gezwungen

Ohne Nächstenliebe – Missionare, Bischöfe und der Deutsche Orden „überzeugten“ die „Heiden der Ostsee“ durch brutale Kreuzzüge

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Prußen, also die baltisch-stämmigen Ureinwohner Ostpreußens, hingen ursprünglich einer Naturreligion nach. Deshalb wurden sie von den Christen im mittelalterlichen Europa vielfach als „einfältige Wilde ohne Kenntnis von Gott“ hingestellt. Das wiederum inspirierte einige Missionare dazu, die „ach so bedauernswerten“ Heiden an der Ostseeküste endlich einmal zu bekehren und vom „wahren Glauben“ zu überzeugen.

Zu diesen frommen Männern gehörte ein gewisser Vojtěch, Sohn des böhmischen Fürsten Slavník, der im Jahre 982 zum Bischof von Prag avanciert war, aber permanent an der notorischen Wildheit der erst kürzlich christianisierten Böhmen fast verzweifelte. Deshalb begab er sich mit dem Einverständnis des polnischen Herzogs Boleslaw I. Chrobry gemeinsam mit einem Mönch namens Gaudentius ins Land der Prußen, um dort das Evangelium zu verkünden. Dabei fand er im April 997 wahrscheinlich unweit des späteren Elbing oder irgendwo an der Küste des Samlandes den Märtyrertod: Die Prußen erschlugen Adalbert und dessen Begleiter – möglicherweise, weil die beiden ihrer Ansicht nach einen heiligen Hain entweiht hatten.

Kreuzzug gegen die Prußen

Danach wuchs jedoch der Druck auf die Prußen, nun endlich das Christentum anzunehmen und sich zu unterwerfen. In diesem Zusammenhang zog der päpstliche Beauftragte für die Slawenmission Brun von Querfurt mit 18 Begleitern in den Grenzbereich zwischen dem Gebiet der Prußen und der Litauer. Dort wurde er jedoch Anfang des Jahres 1009 von Angehörigen des prußischen Teilstammes der Sudauer getötet.

Daraufhin unternahm man weitere Missionierungsversuche, bis dann im



Die noch heidnischen Prußen töten Vojtěch, den überaus frommen Sohn des böhmischen Fürsten, der sich die Christianisierung der Prußen zum Ziel gesetzt hatte: Darstellung auf der Gnesener Bronzetür aus dem 12. Jahrhundert

Bild: Wikimedia

Jahre 1209 Papst Innozenz III. im Rahmen seines europaweiten Engagements für die Stärkung der Kirche nicht nur einen Kreuzzug gegen die als ketzerisch eingestufte Glaubensgemeinschaft der Katharer in Südfrankreich initiierte, sondern auf Drängen des Herzogs Konrad I. von Masowien auch einen parallelen Kreuzzug gegen die Prußen billigte.

In der Folgezeit gelang es dem Mönch Christian von Oliva überraschenderweise, etliche Prußen auch ohne Gewaltanwendung zu bekehren, woraufhin Innozenz ihn 1215 auf dem Laterankonzil zum Missionsbischof von Preußen ernannte. Bald darauf veranlasste die Ungleichbehandlung ihrer verschiedenen Stammes-

verbände die Prußen aber zu Überfällen auf Masowien, Kujawien und Großpolen. Angesichts dessen bat Christian von Preußen, wie er sich nun fortan nannte, den neuen Papst Honorius III. 1217 um die Genehmigung eines weiteren Kreuzzuges gegen die Prußen. Honorius gab daraufhin tatsächlich grünes Licht und ermächtigte Christian zugleich auch noch, im Land der „Auführer“ neue Bistümer in ausreichender Zahl zu gründen.

Garantierte Ordensbesitztümer

Dem folgten bis ins Jahr 1223 zwei Kreuzzüge durch Konrad von Masowien, den polnischen Seniorherzog Leszek I. und Heinrich den Bärtigen von Schlesien. Die

Überfälle der Prußen hörten deswegen jedoch nicht auf, weshalb sich Konrad schließlich 1226 genötigt sah, den Deutschen Orden um militärische Unterstützung zu bitten. Der reagierte jedoch erst, als er das Besitzrecht auf alle künftig annektierten Gebiete in Preußen sowohl von Konrad als auch von Kaiser Friedrich II. urkundlich garantiert bekam. Dann marschierte der Orden 1231 ins Prußenland ein – mit dem Ziel, dieses „Gott zu Ehren und zum Lob“ zu erobern und „die Heiden zur Taufe zu zwingen“, so wie es der abermalige Kreuzzugauftrag des nun berufenen Papstes Gregor IX. besagte.

Bei der Gewinnung neuer Christen war der Deutsche Orden durchaus erfolg-

reich, wobei er sowohl mit List als auch mit Zwang vorging. Die Missionare im Gefolge der Ordensritter köderten viele Stammesführer der Prußen, welche die militärische Unterlegenheit ihres Volkes erkennen mussten, mit Versprechungen, die dann freilich nicht eingehalten wurden. Gleichzeitig brachen die Missionare immer wieder Tabus der Ureinwohner und schändeten deren heilige Plätze, wobei sie die Prußen manchmal sogar nötigten, an dem Frevel mitzuwirken. Darüber hinaus kam es vielfach zum Einsatz von Gewalt: Durch Folter und die öffentliche Hinrichtung konversionsunwilliger Personen wurden die „Heiden“ schließlich dazu gebracht, sich taufen zu lassen. Dazu hieß es kurz und bündig in einer zeitgenössischen Ordenschronik: „Die niet gedoopt enn was, sy masten sterven.“

Missionierung mit vielen Toten

Aus dieser Vorgehensweise resultierten die großen Aufstände der Prußen gegen den Deutschen Orden während der Jahre von 1242–1249 und 1260–1283, bei denen es allerdings auch noch um andere Dinge wie die Verringerung der Abgaben und Frondienste ging.

Die Unterwerfung der Prußen durch die Ordensritter, in deren Verlauf möglicherweise jeder zweite Ureinwohner starb, war 1283 im Wesentlichen abgeschlossen. Danach hatte ein Pruße nur noch Rechte, wenn er als Christ galt. Hierzu zählten das freie Erwerbsrecht und ein weitgehend unbeschränktes Erbrecht, ein bedingtes Veräußerungsrecht über Besitz und Immobilien, sowie das Recht, selbstständig vor weltlichen und geistlichen Gerichten aufzutreten.

Eine weitere große religiöse Zäsur erfolgte erneut 1525, als Herzog Albrecht die Reformation in Ostpreußen einführte. Nun mussten sich die letzten Prußen, sofern sie nicht im katholisch bleibenden Ermland lebten, nochmals umstellen und das evangelische Christentum annehmen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Per Bahn geht's wieder zur Schneekoppe

Die Woiwodschaft Niederschlesien hat die Paradenstrecke für Touristen endlich wieder reaktiviert

Nach einem Vierteljahrhundert fährt wieder ein Zug in den Wintersport- und Wanderort Krummhübel [Karpacz] am Fuße der Schneekoppe. Die historische Strecke von Hirschberg [Jelenia Góra] wurde umfassend saniert und am 15. Juni wieder in Betrieb aufgenommen. Die 1895 eröffnete „Riesengebirgsbahn“ ist damit zurück auf der Landkarte des Schienenverkehrs.

„Das ist mehr als ein neuer Fahrplanhalt – es ist ein Wendepunkt im Denken über Mobilität in Polen“, sagte Michał Rado, Vizemarschall der Woiwodschaft Niederschlesien, bei der Eröffnung.

Betrieben wird die Strecke von den Niederschlesischen Bahnen [Koleje Dolnośląskie, KD]. Die bieten werktags zwölf und an Wochenenden sowie Feiertagen 14 Verbindungen zwischen Hirschberg und Krummhübel an. Die Strecke ist nicht elektrifiziert und wird von eher kleinen Triebwagen befahren, was gleich am ersten Betriebstag zu überfüllten Verbindungen führte. Doch diesen Umstand will man durch den Einsatz historischer Züge wettmachen. An Wochenenden und Feiertagen verkehren Retrozüge des Breslauer Klubs der Eisenbahnfreunde. Zudem sind es die ersten regelmäßigen Verbindungen dieser Art im Netz der KD.

Radosław Jęcek, Bürgermeister von Krummhübel, sieht in dem neuen Bahnanschluss eine Lösung für die Verkehrsprobleme seiner Stadt: „Wir empfangen jedes Jahr viele Gäste – jetzt endlich wieder auch per Bahn. Das entlastet unser überfülltes Straßennetz.“

Für Krzysztof Wiśniewski, Landrat des Landkreises Riesengebirge [Karkonosze], ist diese Investition „ein Impuls für den wirtschaftlichen Aufschwung – nicht nur im Tourismus, sondern auch im Alltag der Bewohner“, denn viele Pendler aus umliegenden Gemeinden wie Giersdorf [Podgórzyn] oder Zillerthal-Erdmannsdorf [Mysłakowice] können nun mit der Bahn reisen.

Die Strecke nach Krummhübel ist nicht die einzige, die in Niederschlesien wiedereröffnet wurde. In den vergangenen Jahren gingen bereits Bahnverbindungen nach Bad Flinsberg [Świeradów-Zdrój], Trebnitz [Trzebnica], Langenbielau [Bielawa] und Kotzenau [Chocianów] wieder in Betrieb. Weitere Projekte sind in Vorbereitung, darunter die Reaktivierung der Linien nach Schmiedeberg [Kowary] und Landeshut [Kamienna Góra]. Was jedoch die Wiederherstellung des Tunnelbetriebs angeht, so muss für die



Krummhübel ist nach 25 Jahren wieder mit der Bahn erreichbar

Bild: Oliver Rettig

geschützten Fledermauspopulationen erst eine neue Bleibe gefunden werden.

Aktuell wird auch an einer Verlängerung der Strecke von Langenbielau bis zum Langenbielauer Stausee am Eulengebirge gebaut. Perspektivisch soll sogar eine Verbindung bis nach Silberberg [Srebrna Góra] möglich werden. Auch die traditionsreiche Bahnstrecke von Glatz [Kłodzko] nach Bad Landek [Łądek-

Zdrój] und Seitenberg [Stronie Śląskie] soll in den nächsten Jahren modernisiert und wiedereröffnet werden.

Der reguläre Personenverkehr nach Krummhübel wurde 2000 eingestellt. 21 Jahre später übernahm die Woiwodschaft Niederschlesien die Verantwortung für die Strecke und startete die Sanierungsarbeiten. Pünktlich zum 130. Jubiläum der ersten Fahrt im Juni 1895 ist

die Verbindung wieder hergestellt. Hans Reitzig schrieb in der Krummhübeler Chronik: „Am 1. Juli 1895 schnaufte die erste Eisenbahn über den Schienenstrang, der nunmehr auch Krummhübel und Brückenberg mit der großen Welt verbinden sollte. Festlich war das Dampfproß bekränzt und auch die beiden Wägelchen, aus denen würdige Männer in Gehrock und mit Zylinderhüten schauten. Krummhübel hatte seinen großen Tag: Ein jahrzehntelanger Traum war endlich in Erfüllung gegangen. Nun gab's Fahnen, Festreden, Blumensträuße und Blasmusik; die Feuerwehr hatte abgesperrt und der Met floss in Strömen“. Etwas profaner ging der Traum am 15. Juni für die heutigen Bewohner des Riesengebirges in Erfüllung.

Über diese Reaktivierung können sich auch deutsche Fahrgäste freuen, denn Krummhübel ist nun auch von Berlin oder Dresden per Bahn erreichbar. Die bestehende Linie nach Hirschberg wird bis Krummhübel erweitert. Die Reisezeit ab Görlitz bis nach Krummhübel beträgt einschließlich Umstiegs in Hirschberg zwei Stunden und 15 Minuten. Und für die Dresdener ist die neue Breslau-Verbindung bereits die zweite deutsch-polnische Reiseroute. *Chris W. Wagner*

MENSCHLICHKEIT

„Den Schwachen hilf“

Vielfältige Vereinigungen führten zum Beginn der Inneren Mission in Pommern

VON TORSTEN SEEGERT

Wir schreiben das Jahr 1848. Es ist nicht nur das Jahr der Revolution, gespeist aus wirtschaftlicher Not, sozialen Spannungen in der Gesellschaft sowie Forderungen nach Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, sondern auch der Zeitpunkt als kirchliche Kräfte sich in Wittenberg trafen und der Hamburger Johann Hinrich Wichern sie zur Inneren Mission aufrief. Er verband damit die Zielstellung, sich nicht nur um die Probleme der Welt, sondern sich auch endlich den sozialen Notlagen im eigenen Land zuzuwenden.

Wichern, den seit 1843 selbst sechs seiner Reisen nach Pommern – unter anderem nach Vorpommern mit Stralsund, Greifswald und Stettin sowie Lebbin auf der Insel Wollin – führten, fand mit seinen Worten in diesem Land am Meer, besonders in christlich erweckten Kreisen, einen Widerhall. Zu jener Zeit gab es bereits Aktivitäten von Missionsvereinen, welche die Missionierung in Afrika und Asien – die „äußere Mission“ – förderten und nun für die „innere Mission“ – also die in der Heimat – aufgeschlossen waren.

Dabei konnte sich die „innere Mission“ auf bereits bestehende Vereine stützen, wie dem vielleicht 1. deutschen Frauenverein, der 1817 in Barth von Margaretha Friederika Antoinette von Lilienström begründet wurde, oder den Mäßigkeitsvereinen auf der Insel Rügen und in Stralsund. Zudem gab es zu jener Zeit bereits Rettungshäuser für verwaiste Kinder und Jugendliche, die hier in christlichem Sinne erzogen und durch Haus- und Feldarbeit ihren Platz im Leben finden sollten.

Fürsorge ist das Motiv

Eben in jenem Landesteil, der als letzter wieder mit Pommern nach 1815 vereinigt wurde, gab es die erste Reaktion zu Wicherns Aufruf zur Inneren Mission. Es wurde der „Verein für Freunde der Inneren Mission in Neuvorpommern und Rügen“ gegründet, der zu den drei Mitgliedern des ins Leben gerufenen Central-Ausschusses gehören sollte. Nach einer flammenden Rede Wicherns in der Stettiner Elisabeth-Schule vor über 400 Besuchern, erfolgte am Folgetag des 1. März 1849 die Gründung des Pommerschen Provinzialvereins.



Das ehemalige Rittergut Roman [Rymań] in Hinterpommern, vor einigen Jahren vorbildlich restauriert: Rittergutsbesitzer Andrae schuf um 1850 auf seinem Gutsgelände eine Zuflucht, um Häftlingen eine Perspektive zu bieten
Bild: Seegert

Neben der Bestimmung der Züllchower Anstalten als Dienststutz, der Begründung einer Diakonenanstalt wurden diese ersten Schritte zur Inneren Mission durch Erweckungs- und Rettungspredigten (18. März) von pommerschen Kanzeln und durch die Schriftenmission, dem „Züllchower Boten“, flankiert, sowie der Beitritt zum Central-Ausschuss beschlossen.

Der 1. März 1849 gilt heute als das „nachhaltigste Datum der Pommerschen Evangelischen Kirche im 19. Jahrhundert“, wie Friedrich Bartels festhält. Bartels, ein Pastor, der sich intensiv mit den „Missionsreisen“ des „Apostels“ Wichern durch Pommern beschäftigte, und als Vorstand sowie im späteren Ruhestand zur pommerschen Diakoniegeschichte forschte, hat seine Ergebnisse in dem Beitrag „Johann Wichern und Pommern“ anschaulich und leicht verständlich dargestellt. Er ergänzt damit eine Festschrift, die 1928 zum 50. Jubiläum unter dem Titel „Die Innere Mission in Pommern“ veröffentlicht wurde. Dass sich diese wiederum auf das Jahr 1878 bezieht, erklärt sich aus dem schwierigen Beginn der Inneren Mission. Schlossen sich dieser die Vereine

von Zanow (1849), an der Plöne (1850), an der Ihna (1851) und in Stargard an, so weitete sich zunächst auch die Betätigung auf die Missionsarbeit mit entlassenen Sträflingen aus. Dazu hatte ein Verein, der vom Rittergutsbesitzer Andrae auf Roman geführt wurde, 600 Morgen Land von seinem Gutsbesitz ausgegründet, um den ehemaligen Sträflingen eine Perspektive zu geben.

Diakonie und Johanniter

Der gut gemeinten Zuflucht mangelte es aber schon bald an Insassen, sodass mit königlichem Erlass Sträflinge aus Nau-gard, die einen Großteil der Strafe bereits verbüßt hatten, hier eine Begnadigung bei guter Führung in Aussicht gestellt bekamen. Doch 1856 fehlte es an Geld. Wurde dieses zunächst durch die „Pommersche Asyl- und Gefängnisgesellschaft“ aufgebracht, musste die Anstalt jedoch 1866 aufgelöst werden.

Ebenfalls in diese Zeit fiel die Gründung der Stettiner Stadtmission. Diese Anfänge der Inneren Mission, obgleich sie zunächst schwierig und zum Teil auch zum Scheitern verurteilt waren, hatten

allerdings langfristige Wirkung für das christliche Sozialwerk in Pommern. So wurde der Pommersche Provinzialverband der Inneren Mission 1878 neu gegründet, und dem Gedanken Verbundene – wie Carl Reinhold Graf von Krassow auf Gut Pansevitz – wirkten auch an dem Aufbau anderer sozialer Verbände für Pommern mit.

Krassow wurde beispielsweise erster Kommandator der Pommerschen Provinzial-Genossenschaft des 1853 neu gegründeten Johanniterordens. Die Nachhaltigkeit der Wirkung der Inneren Mission hält bis zum heutigen Tage an. Sowohl der darauf fußende Pommersche Diakonieverein Züssow e.V. als auch die Pommersche Genossenschaft des Johanniterordens, deren Ritterbrüder oft familiäre Wurzeln in Pommern haben, wirken bis heute – wie mit der Aktion „Pommernhilfe“ – vor Ort, um soziale Not zu lindern. Unter dem Motto „Den Schwachen hilf“ sind sie in Hinterpommern tätig. Es werden zahlreiche deutschstämmige Familien mit großem Engagement betreut, auch durch ambulante Pflege und betreutes Wohnen.

VOGELWELT

Vom Krieg gegen Krähen und Spatzen

Einstmals recht seltsame Edikte löschten viele Vogelleben aus – heute erfreuen wir uns an ihnen

Wer heute durch Pommern fährt, dem wird auffallen, dass die Ausbreitung der Krähen zugenommen hat. Auch wenn wir heute um den Nutzen von Krähen als Aasfresser und damit als natürlicher Schädlingsbekämpfer wissen, trieb unsere Vorfahren die Reduzierung von Vögeln – genauer von Krähen und Sperlingen, auch „Spatzen“ genannt – um. So hatte bereits Friedrich Wilhelm I. am 11. Dezember 1721 ein Edikt zur Ausrottung von Sperlingen und Krähen erlassen, welches der Alte Fritz sogar verschärfen sollte.

Davon wusste einst auch das Einnahmen- und Ausgabenbuch der Gemeinde Grunehagen bei Rügenwalde aus dem 18. Jahrhundert zu berichten, denn Bauern hatten zu jener Zeit zwölf, Kossaten acht und Büdner, Müller oder Schäfer sechs Sperlingsköpfe abzuliefern. Förster

und Heideläufer waren hingegen dazu angehalten, 24 Krähenklauen im Jahr beizubringen. Wer dies nicht schaffte, musste für fehlende Sperlingsköpfe einen Dreier oder bei fehlender Klaue einen Groschen in die Armenkasse des Ortes einzahlen.

Was klingt, als hätten die preußischen Könige schlicht „einen Vogel gehabt“, sahen diese hingegen zu jener Zeit als zweckmäßiges Mittel an, um der Vogelplage Herr zu werden, weil „diese schädlichen Vögel sich vermehren und sowohl den Feld- als Gartenfrüchten großen Schaden tun“. Um ihre Untertanen nicht durch Unwissenheit in Schwierigkeiten zu bringen, wurden die Erlasse in den Städten an Toren und Rathäusern und auf den Dörfern an den Krügen angeschlagen.

Wer dies nicht las, konnte sich auch nicht herausreden, denn einmal im Jahr



Nachwuchs: Ein Spatzenweibchen füttert sein gerade flügge gewordenen Küken

– um Johanni – hatte auch der Küster den Erlass in Gegenwart der ganzen Gemeinde öffentlich vorzutragen. So begann eine etwa 100 Jahre dauernde Jagd auf Sperlinge und Krähen, dessen Ablieferung von Köpfen und Klauen – da sie immer be-

schwerlicher wurde – am Ende sogar Aufnahme in die Jagdverträge fand. In Grunehagen wurde dieser erst mit Töpfermeister Hartwig, dann mit den Bauern Griebenow und Below geschlossen.

Die beiden Bauern hatten es übrigens fertiggebracht, 400 graue Sperlingsköpfe beizubringen. Ihrer Verpflichtung waren sie also prompt nachgekommen – so jedenfalls ist es in alten Unterlagen zu lesen. Das Ende dieses Krieges kennen wir auch: Allein in Deutschland wird gegenwärtig die Anzahl der Krähen auf einige Millionen geschätzt, die der Sperlinge auf 3,5 bis fünf Millionen. Fakt ist leider, dass die Population der Sperlinge deutlich zurückgegangen ist. Das stellt man schon in den Hausgärten fest, während die Krähen oft nicht unbedingt zu den Lieblingsvögeln gehören.
Oliver Hennke

MELDUNGEN

Kontrollen, Stolp und Brötchen

Stettin – Am Montag, den 7. Juli, wurden die Grenzkontrollen – zunächst für 30 Tage – wieder aufgenommen. Gleichzeitig werden Übergänge beliebter Fahrradrouten, wie bei Barnimslow, Kolbitzow und Pargow, sowie Kanu- und Schifffahrtsrouten im Unteren Odertal geschlossen. TS

Stralsund – Der von der Stettiner Firma „Pommersche Saatzucht“ gezüchtete Winterweizen „Pommerscher Dickkopf“ wird wieder von dem Bauern Sebastian Schmidt auf Rügen angebaut, sein Korn in der Stralsunder Mühle gemahlen und von Bäcker Krämer Brötchen daraus gebacken. Die Brötchen „Pommerscher Dickkopf“ kommen zurück in die Filialen der Bäckerei Krämer in Stralsund. Slogan: Hier gewachsen, hier gemahlen, hier gebacken. TS



Stolp – Nach etwa 15 Jahren ist es endlich soweit: Am 4. Juli wurden die Bauarbeiten von der österreichischen Firma Strabag zur zweispurigen Umgehung von Stolp im Rahmen der Schnellstraße S 6 – einer 420 Kilometer langen Strecke, die Stettin und Danzig verbindet – abgeschlossen. TS

Anklam – Hans-Ulrich Rehfeldt, Fußballer und Urgestein des Vorpommerschen Fußballclubs (VFC) ist nach 70 Jahren als Spieler, Trainer, Ausbilder und Vorstand verabschiedet worden. Er schrieb Anklamer Fußballgeschichte, nachdem er mit „Lok Anklam“ 1980 in die DDR-Liga aufstieg. TS

Stargard – Anna Maria Szmeterling, die als Anna Jantar in den 70er Jahren durch Auftritte als Sängerin bei nationalen und internationalen Festivals, darunter auch Dresden, bekannt wurde und 1980 bei einem Flugzeugabsturz starb, wird durch eine Straßenbezeichnung in Stargard geehrt. TS

Greifswald – In der Siemensallee wird im Herbst 2025 ein neues Regionales Berufliches Bildungszentrum (RBB) errichtet. Verschiedene Ausbildungen für Agrar, Bau und Tourismus sollen so zusammengeführt und ab 2028 auf einem Campus möglich sein. Investition: 55 Millionen Euro. TS

Stolp – Die Niederlassung der Schweizer Faserplast Composites AG, die zu den führenden Unternehmen der Kunststoffindustrie im Bereich Transportwesen zählt, feierte letzte Woche gemeinsam mit Inhaber Sebastian Pfanner und GF Niklaus Zaugg das 20. Firmenjubiläum in Stolp. TS

Wolgast – Am vergangenen Wochenende fanden die 56. Wolgaster Hafentage mit zehntausenden Besuchern statt. Ein vielseitiges Programm, musikalisch eingerahmt durch Shantys, das Pommersche Blasorchester und der Schlagersängerin Linda Feller gab es auch die Neptuntaufer, Drachenbootrennen und als Höhepunkt das Höhenfeuerwerk an der Peene. TS

„... sehr aus dem Herzen gesprochen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Die Schlagzeile auf Seite 1 könnte nicht besser gewählt sein“

Ottfried Wallau, Siegburg
zum Thema: Die Pfingst-Botschaft:
noch nie war sie so nötig wie heute
(Nr. 23)



Ausgabe Nr. 27

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

NICHT ALLES IST GUT
ZU: DÄNEN GEHT ES BESSER
(NR. 26)

„Mehr Dänemark wagen“? Na ja, immerhin stellten die Flensburger Behörden das ehemalige Siegesymbol der Dänen über die Schleswig-Holsteiner, den Idstedter Löwen, wieder in ihrer Stadt auf, wogegen das preußische Siegesymbol auf den Düppeler Schanzen von den Dänen zerstört und vernichtet wurde. Die Dänen können also auch anders.

Dietrich Jahnke, Dessau

MIT ZWEIERLEI MASS
ZU: DER VERKEHRSFRIEDE SEI MIT DIR (NR. 26)

Schon lange hat mir kein PAZ-Artikel mehr so sehr aus dem Herzen gesprochen. Es ist reiner Terror, den manche Radler auf den deutschen Straßen veranstalten. Und immer sind die Autofahrer schuld. Wie kann es sein, dass Verkehrsteilnehmer mit zweierlei Maß gemessen werden? Die einen müssen einen teuren Führerschein machen, die anderen gar nichts. Das muss endlich aufhören, ebenso wie die ungerechte Bevorzugung der Radfahrer, was immer zulasten der Autofahrer geht, die mit ihren Kfz-Steuern diesen Wahnsinn auch noch finanzieren.

Susanne Gerst, Berlin

KLARE REGELN FÜR RADLER
ZU: FAHRRAD, FAHRRAD ÜBER ALLES (NR. 26)

Solange Radfahrer und Autofahrer gegeneinander von der (grünen) Politik aufgehetzt werden, kann kein Verkehrsfriede entstehen. Man hat manchmal sogar das Gefühl, dass vor allem in Hamburg Unfälle mit Radfahrern von den Verantwortlichen der Verkehrsbehörde billigend in Kauf genommen werden, damit man seitens des grünen Verkehrssenators wieder ein Argument mehr gegen Autofahrer und individuelle Mobilität hat, um diese un-

zuerziehen. Was zu tun ist, ist doch klar: Kennzeichenpflicht für Radfahrer, Verbot, dass Autos links oder rechts überholt werden, Radler müssen sich hinter und nicht neben Autos einreihen, vor allem beim Abbiegen, mehr Polizeikontrollen, Pflichtnutzung von Radwegen – wenn vorhanden – statt den Autoverkehr auf den Straßen zu blockieren. Mit diesen längst überragenden Maßnahmen entsteht Gleichberechtigung, gegenseitige Rücksicht, Gefahrenminimierung und vor allem endlich Friede auf unseren Straßen – auch auf denen von Hamburg.

Michael Szorpanicz, Hamburg

DURCH NACHWUCHS EROBERT
ZU: IRANS BÜCHSE DER PANDORA (NR. 26)

Ob mit oder ohne Atombombe – der Islam hat den dritten Weltkrieg schon seit Langem gewonnen. Das Schlachtfeld ist dabei das Ehebett, der Ort, wo der Nachwuchs gezeugt wird. Alle westlichen Länder sind mit wenigen Ausnahmen mittlerweile islamisch unterwandert. Statt die Herausforderung anzunehmen und seine volksvernichtende Familienpolitik zu beenden, befasst sich der Westen mit der Abschaffung von Biologie, Physik und Mathematik und – wie jüngst gezeigt – mit der Verfolgung der Kritik an diesem Abschaffungskurs.

Über den in der Ukraine ausgebrochenen Krieg der NATO gegen Russland muss man aus islamischer Sicht nur lachen. Wie würde die Welt wohl aussehen, wenn der Westen all seine Mittel, die er bisher zur Selbstzerstörung eingesetzt hat, in eine vernünftige Familienpolitik investiert hätte.

Dr. Rolf Lindner, Berlin

TÖRICHTE POLIT-AKTIVITÄTEN
ZU: WINDRAD-WAHN IN BERLIN (NR. 26)

Die Abhängigkeit der Häufigkeit von Dürren von der Anzahl der in Betrieb befindlichen Windräder wurde in PAZ Nr. 21 mit

dem Ergebnis, dass zu viele Windräder Dürren verursachen, behandelt.

Nun denkt die Politik sogar über eine Abholzung von Naherholungsgebieten in Städten nach, um die Zahl der Windräder nochmals zu erhöhen. Wie töricht müssen Teile der Politik und Behörden eigentlich sein, von solchen Planungen nicht abzusehen und die Entbehrlichkeit ihrer Institution nicht zu erkennen?

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

MEHR MUT ZEIGEN
ZU: LINKE ITALIENER ZWEIFELN AM PATRIOTISMUS DER SÜDTIROLER (NR. 25)

Schade, dass sie so eingeknickt ist. Es wäre besser gewesen, sie hätte die Schärpe auf den Boden geworfen und dann „Freiheit für Südtirol“ gesagt.

Alex Lund, Heinsberg

MEHR MUT ZEIGEN
ZU: DIE SELEKTIVEN BLICKE DEUTSCHER LINKER AUF DIE WELTLAGE (NR. 25)

Bei einem AfD-Sieg will Ministerpräsident Haselhoff angeblich das Land verlassen. Er ist seit 14 Jahren im Amt. Zu seinem Amtsantritt gab es die AfD nicht. Aber während seiner Amtszeit ist sie zur stärksten Oppositionspartei geworden. Was hat Haselhoff bisher getan? Oder hat er Merkels Politik zu lange getragen?

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

FRAGWÜRDIGE ENTWICKLUNG
ZU: EIN ZEICHEN FÜR FORTSCHRITT (NR. 25)

Dass immer mehr Frauen in den polnischen Städten als Bus- oder Straßenbahnfahrer arbeiten, bezeichnet der Autor des Artikels als gesellschaftlichen Fortschritt. Die Folgen der zunehmenden Berufstätigkeit der Frauen sind aber per Saldo eher negativ: Hohe Scheidungsraten, hoher

Anteil von Kindern, die von alleinerziehenden Müttern betreut werden, Schäden durch zu frühe Fremdbetreuung, viel mehr physisch und psychisch auffällige Kinder bei den Schuleingangsuntersuchungen, viel höherer Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss und so weiter. Und, was vielleicht am schlimmsten ist: Die Doppel- und Dreifachbelastung schadet vor allem den Frauen selbst. Erich Kästner bringt es auf den Punkt, wenn er seinen Protagonisten in der Erzählung „Fabian“ zu seiner Freundin sagen lässt: „Du wirst arbeiten, und dann bleibt von einer Frau nicht viel übrig“ (17. Kapitel, Seite 4).

Dr. Hansjürgen Bals, Werder

FALSCH VERSTANDEN
ZU: POLITISCHE WANDLUNGEN EINES „UNPOLITISCHEN“ (NR. 23)

Dieser Artikel setzt die Akzente falsch. Man hätte hervorheben sollen, dass Thomas Mann sich etwa ab 1922 zur Demokratie (also weder zu dem militant gewordenen wilhelminischen Reich noch zum Kommunismus!) bekannte. Und dass er, bei aller Beeinflussbarkeit, die er während des Ersten Weltkriegs und kurz danach gezeigt hatte, konstant klar gegen den NS-Staat optierte. Hierauf hätte der Akzent ruhen sollen! Er hatte auch keine „Sympathien mit der RAF“, wie der Untertitel behauptet, sondern wies in einer seiner Rundfunkansprachen darauf hin, dass das Bombardement Deutschlands die Folge einer Überschreitung der Grenzen des militärisch Erlaubten vonseiten des NS-Staates gewesen ist. Wer will es ihm nun nachtragen, dass seine nationale Identität nach diesen Ereignissen gebrochen war? Dennoch bereiste er Deutschland nach 1945 und nahm sich wieder einen Wohnsitz im deutschsprachigen Europa.

Das Problem, das wir heute haben, liegt nicht bei ihm, sondern bei dem heutigen postnationalen Mainstream. Der soll nicht für sich beanspruchen dürfen, was bei einem Menschen mit den Erfahrungen, die Mann machte, nur zu verständlich war.

Sven Grosse, Basel

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-0-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

KÜNSTLERLEBEN

Späte Liebe zu einem einst Verschmähten

Die Stadt Aix-en-Provence tat sich mit dem Maler Paul Cézanne lange schwer – Dieses Jahr hat man ihn dort als Werbe-Ikone entdeckt

VON HELGA SCHNEHAGEN

Wenn man einen Grund zum Feiern sucht, findet man ihn. Vor allem in einem Ort, der so viel zu bieten hat. Rund 35 Kilometer nördlich von Marseille liegt Aix-en-Provence. Allein der Name der knapp 150.000 Einwohner zählenden Stadt klingt verheißungsvoll, war und ist die Provence doch ein Sehnsuchtsziel. Und das seit über 2000 Jahren.

Die Thermalquellen von Aix waren ein entscheidender Grund, warum bereits die Kelten hier ein Oppidum errichteten und die Römer ein Jahr nach dessen Zerstörung unter dem Konsul Caius Sextius Calvinus 122 v. Chr. planmäßig eine Stadt anlegten. Ihr Name Aquae Sextiae Saluivorum nennt den römischen Gründervater, den von ihm besiegten keltischen Stamm der Salluvier sowie das Wasser der heißen Thermalquellen.

Es ist die älteste römische Stadtgründung in Gallien. Bis heute ist Aix eine Stadt im Zeichen des Wassers mit ungefähr 250 öffentlichen und privaten Brunnen. Über den Resten der antiken Thermalbäder befindet sich mit den Thermes Sextius sogar wieder ein luxuriöser Spa samt Schwimmbad und Hotel.

Später wurde Aix Bischofs- und Erzbischofssitz und erlangte ab 1182 als Hauptstadt der Provence, die es bis zur Französischen Revolution blieb, unter den Grafen der Provence zunehmend an Bedeutung. Seit 1409 hat Aix eine Universität, deren heute 40.000 Studenten das Leben der Stadt prägen.

Diesem Status entspricht das kulturelle Erbe mit 36 historischen Stätten und Denkmälern, 160 Stadtpalästen, die sich zwischen klassischer Eleganz und barocker Opulenz bewegen, und rund einem Dutzend Museen und Stiftungen. Unter den vielen thematischen Führungen hat man in Aix die Qual der Wahl.

Spitzenreiter ist Paul Cézanne. Der Stadtrundgang auf den Spuren des promi-



Als warte es darauf, abgemalt zu werden: Im Atelier des Lauves sind viele Stillleben Paul Cézannes entstanden Bild: Thomas Luppo

nenen Sohnes ist durch Metallplatten mit einem „C“ im Trottoir in Stein gemeißelt: vom Cours Mirabeau, der Prachtstraße und Lebensader der Stadt, im Süden bis zu Saint-Jean de Baptiste du Faubourg im Westen, wo der Maler und Hortense Fiquet am 29. April 1886 kirchlich getraut wurden.

Über 30 Stätten beleuchten Cézannes Leben: von seinem Geburtshaus in der Rue de l'Opéra, wo der Künstler am 19. Januar 1839 das Licht der Welt erblickte, bis zu seiner letzten Bleibe auf dem Friedhof Saint-Pierre, wo er nach seinem Tod am 22. Oktober 1906 bestattet wurde. Vorbei an Wohnsitzen des Malers und seiner Familie, der Hutmanufaktur des Vaters, der später zum reichen Bankier avancierte, Schulen die Cézanne besuchte, der

Juristischen Fakultät, an der er auf Drängen des Vaters kurz eingeschrieben war, Cafés, in denen er seine Freunde und andere Künstler traf.

Anerkennung erst 100 Jahre später

Cézanne erging es wie vielen seiner Kollegen. Zu Lebzeiten blieb ihm wegen seines radikalen Malstils die Anerkennung verwehrt. Doch während der Salon d'Automne bereits ein Jahr nach seinem Tod ihm zu Ehren in Paris eine Gedächtnisausstellung mit 56 seiner Bilder veranstaltete, wurden seine Werke aus Aix verbannt. Der Kurator (1892–1925) am Musée Granet, der Bildhauer Auguste-Henri Pontier, hatte geschworen, zu seinen Lebzeiten kein einziges Bild Cézannes ins Museum aufzunehmen, und er hielt Wort.

Erst 1984 erhielt das Museum acht exemplarische Bilder des Künstlers als Dauerleihgabe aus dem Musée d'Orsay in Paris: „Der Musenkuss“ (um 1860), „Landschaft beim César-Turm“ (um 1862), „Stillleben mit Zuckerdose, Birnen und blauer Tasse“ (1865), „Frauenakt mit Spiegel“ (um 1872), „Bildnis von Madame Cézanne“ (um 1887), „Batseba“ (um 1890), „Badende“ (1890) und „Die Apotheose Delacroix's“ (um 1894). Eine Ansicht des Mont Sainte-Victoire ist nicht darunter, obwohl das Gebirge bei Aix mit 44 Ölbildern und 43 Aquarellen wohl das bekannteste Motiv des Künstlers ist, gefolgt von den „Badenden“ mit fast 200 Versionen und den zahllosen Stillleben.

Erst 100 Jahre nach seinem Tod erteilte Aix dem Verschmähten die Anerken-

nung, die ihm gebührte. Zur Wiedereröffnung nach 15 Jahren Renovierung und Umbau widmete das Musée Granet Cézanne 2006 eine Großausstellung. Schon damals empfahl man Ausflüge zum Jas de Bouffan, dem Landhaus der Familie von 1859 bis 1899, wo Cézanne mindestens 36 Ölbilder und 17 Aquarelle schuf. Zum Atelier des Lauves oberhalb von Aix, dem Schaffensort seiner letzten Jahre, und zum Steinbruch von Bibémus, wo Cézanne ab 1895 ein kleines Häuschen gemietet hatte. Insbesondere die am Steinbruch entstandenen Bilder bezeugen Cézannes wachsende Hinwendung zur Geometrisierung, die ihn zum „Vater der modernen Kunst“ machte, „zum Vater für uns alle“, wie Picasso sagte.

Inzwischen hat man das wirtschaftliche Potential der Marke „Cézanne“ in Aix erkannt. Die Stadt ließ Jas de Bouffan und Les Lauves renovieren und neugestalten und legte zu deren Wiedereröffnung unter dem Titel „Cézanne 2025“ ein ganzes Kulturprogramm auf. Mittelpunkt ist die noch bis zum 12. Oktober laufende Ausstellung „Cézanne au Jas de Bouffan“ im Musée Granet.

Das Musée du Vieil Aix untersucht bis zum 5. Januar 2026 mit der Ausstellung „Aix et Cézanne“ die konfliktreiche Beziehung zwischen dem Künstler und seiner Stadt: von seiner Ablehnung bis zu seiner Verherrlichung. Dazu wird der künstlerische und kulturelle Kontext von Aix am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts nachgezeichnet, mit dem sich der Maler auseinandersetzen musste.

Das Musée Pavillon de Vendôme erinnert bis zum 2. November mit „L'expo des expos – Cézanne au Pavillon Vendôme en 1956 et 1961“ an zwei historische Ausstellungen. Die Schau von 1956, die anlässlich des 50. Todestages des Künstlers stattfand, präsentierte 90 Werke. Und die gemeinsam mit der Stadt Wien organisierte Ausstellung von 1961 kam auf rund sechzig Arbeiten.

● www.cezanne2025.com

BRONZEGUSS

Marx und Engels kamen aus Lauchhammer

In Deutschlands ältester Kunstgießerei entstanden viele Bronzeplastiken – Im Juli vor 300 Jahren war der Gründungstag

Im Jahr 1725 wurde im damals sächsischen Lauchhammer der erste Hochofen in Betrieb genommen. Den Anfang bildeten schmiedbare Stangeneisen sowie Kessel und Ofenplatten. Nach der Entwicklung eines speziellen Wachsaußschmelzverfahrens in Lehmformen für hohle Eisenplastiken begann 1784 in Lauchhammer die Zeit des Eisenkunstgusses.

Im Ergebnis des Wiener Kongresses fiel ein Teil Sachsens mit Lauchhammer 1815 an Preußen. Danach entwickelte sich das heute Südbrandenburger Hüttenstädtchen zu einer Industriestadt. Zum Eisenkunstguss kam der Bronzeguss und dann die Glockengießerei. Fast alle deutschen Städte besitzen bis heute Gussprodukte aus Lauchhammer.

Bis in die Gegenwart arbeiten auf der Grundlage einer nun 300-jährigen Tradition Gusspezialisten mit bildenden Künstlern zusammen und sorgen außer für Alltagsprodukte auch immer wieder für spektakuläre Guss-Kunstwerke. Lauchhammer besitzt jetzt nicht nur Deutschlands älteste Kunstgießerei, sondern auch die einzige derartige Anlage in den neuen Bundesländern.

Durch das Privileg des sächsischen Kurfürsten vom 17. Juli 1725 erhielt der rund 45 Kilometer nördlich von Dresden an der Schwarzen Elster gelegene Hüttenort die Erlaubnis zur Errichtung eines Eisenhammerwerkes mit Hochofen und Gießerei. Dazu kam ab 1789 im heutigen Lauchhammer-Mitte der Abbau von Braunkohle. Als der Ort später Teil der preußischen Provinz Sachsen wurde, kamen Verhüttungsanlagen, Kohleabbau und Brikettfabriken hinzu.

Dabei wuchs die Produktpalette. Sie reichte von Vasen aus Guss im Louis-Seize-Stil und Mobiliar aus Eisenkunstguss, das von Karl Friedrich Schinkel für die Hohenzollern entworfen wurde, über das Lutherdenkmal in Worms und das Fontanedenkmal in Neuruppin bis hin zur Glockengießerei. Auch Friedrich Schiller ließ sich bei seinem Gedicht „Die Glocke“, das er ursprünglich „Glockengießerei“ nannte, vom Glockenguss in Lauchhammer inspirieren. Ansonsten hätte er wohl kaum so lebensnah und detailliert einen Glockenguss beschreiben können.

Bis heute wurden in Lauchhammer einige tausend Glocken gegossen. Allein

zwischen den beiden Weltkriegen kam man in Lauchhammer auf rund 500 Glocken. Davon haben allerdings nur 35 die



Letzter Schliff in Lauchhammer: Statue des Komponisten Mendelssohn-Bartholdy

Zeit des Nationalsozialismus überstanden. Alle anderen Objekte wurden für den Krieg eingeschmolzen. Geradezu berühmt wurden die große Glocke für den Berliner Dom 1929, die Reformationsglocke für die Wittenberger Schlosskirche ebenfalls 1929, die Friedensglocke für Würzburg 1996 und die Riesenglocke für den Halberstädter Dom 1997.

Während der NS-Herrschaft und in der DDR-Zeit gab es kaum Glockenguss. Die SED-Führung nutzte die Guss-Tradition in Lauchhammer allerdings recht gerne für überdimensionale sozialistische Plastiken und Denkmäler. Mittendrin waren Skulpturen von Karl Marx, Friedrich Engels, Wladimir Iljitsch Lenin und Ernst Thälmann. Erst am 2. Dezember 1994 erlebte der Glockenguss in Lauchhammer eine Renaissance. Als erste Glocke nach der Tabu-Zeit verließ eine Bronzeglocke für die evangelische Kirche in Dübriichen bei Doberlug-Kirchhain die Gießerei in Lauchhammer.

Das brachte schrittweise neue Schwung in die Kunstgießerei in Lauchhammer, die jetzt als „Lauchhammer Kunstguss GmbH & Co. KG“ mit ihrer

vielgestaltigen Produktpalette neue Kunden anzog. Das umfangreiche Angebotspektrum reicht von der Restaurierung von Denkmälern und Plastiken über architekturbezogenen Kunstguss bis zu Marktbrunnen, Zierofenplatten und Grabschmuck.

Zwischendurch entstand 1995 auch ein Glockenspiel für die japanische 4500-Einwohner-Gemeinde Kosaka. Zu den Brunnenschöpfungen gehörten der Möwenbrunnen in Warnemünde, der Mozartbrunnen in Dresden, der Bierbrauerbrunnen in Dortmund und der Frauenbrunnen in Halle/Saale.

Die heutige Gießerei besitzt ein Modell-Lager mit über 2500 Kunstgussmodellen, die neue Gussaufträge von Modellen aus der Antike bis zu zeitgenössischen Kunstwerken ermöglichen. Es ist eine regelrechte Schatzkammer. Parallel errichtete man in den letzten Jahren in Lauchhammer in der Nähe der Gießerei ein Kunstguss-Museum, das einen umfangreichen Bestand an Dokumenten, Modellen und Güssen zeigt und besonderes für Tagestouristen ein attraktives Reiseziel darstellt. *Martin Stolzenau*

● FÜR SIE GELESEN

Mehr Schutz für Kinder

In „Tatort Familiengericht“ prangert die Rechtsanwältin Jennifer Nadolny mit eigener Kanzlei in Essen Missstände im Familienrecht an. Ihre Fälle zeugen von haarsträubenden Fehlentscheidungen der Gerichte, die betroffene Kinder zu seelischen Krüppeln werden lassen, anstatt ihnen zu helfen. Nadolny beklagt, dass häufig vom Gericht bestellte Sachverständige über das Schicksal von Kindern entscheiden, die nicht über die notwendige Qualifikation verfügen. Selbst Richter würden mit Kindern – in den Verfahren geht es meistens um Scheidungen – in ungeeigneter Weise umgehen und diese verängstigen.

Die Anwältin betont, dass es ihr nicht darum geht, jemandem die Schuld zu geben, sondern darum, ein Umdenken in der Rechtsprechung zu bewirken. MRK

Dr. Jennifer Nadolny: „Tatort Familiengericht. Wie Kinder unter Ge-



richtsbeschlüssen, behördlichen Missständen und rechtswidrigen Gutachten leiden“, Goldegg Verlag, Berlin 2025, gebunden, 207 Seiten, 22 Euro

REISELUST



Eine glaziale Rinne macht froh

Die Schlei, ein etwa 50 Kilometer langer Wasserlauf, großformatig, bildgewaltig und wortgewandt dargestellt

BILD: SHUTTERSTOCK

Ob die Schlei wirklich ein unbekanntes Paradies ist, muss jeder für sich selbst entscheiden, aber schön ist dieser Wasserlauf. Und das zeigt Sophie Laufer in dem Bildband „Das unbekannte Paradies. Die Schlei“ mit ei-

nem Vorwort von Kirsten Boie, mit vielen Bildern und verständlichen Begleittexten: zur Geschichte, zum dortigen Lebensgefühl und den Prachtbauten, dabei kommt das Freizeitangebot nicht zu kurz. CRS



Sophie Laufer: „Das unbekannte Paradies. Die Schlei“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2023, gebunden, 176 Seiten, 30 Euro

RUSSLAND-REISEN

Ein Journalist unterwegs zwischen Osten und Westen

Im Auftrag der „Zeit“ ist Michael Thumann seit Jahren in der Russischen Föderation und deren Nachbarstaaten unterwegs – In seinem aktuellen Buch widmet er zwei zentrale Kapitel der Region Ostpreußen

VON BODO BOST

Der „Zeit“-Korrespondent in Moskau, Michael Thumann, nimmt den Leser in seinem neuesten Buch „Eisiges Schweigen flussabwärts. Eine Reise von Moskau nach Berlin“ mit in das heutige Russland. Er zeigt ein realistisches Bild von Putins derzeitigem Reich. Die Reise hat auch etwas mit Deutschlands Geschichte zu tun.

Europas Teilung ist Thumanns Thema. Er legt einen sehr persönlichen Reisebericht vor, in dem er die erneute Teilung Europas vor Ort erkundet. Er beschreibt in eindringlichen Reportagen und Augenzeugenberichten zunächst das gefährliche Leben der ausländischen Journalisten in Russland, zwischen drohender Verhaftung oder staatlicher Geiselnahme. Dann beschreibt er seinen Weg aus Moskau heraus über die schwer bewachten Außengrenzen der Russischen Föderation, erst nach Osten Richtung Zentralasien, nach Süden Richtung Georgien, dann nach Westen über die baltischen Staaten und Polen nach Deutschland.

Am Anfang seines Buches stellt der Korrespondent, der seit 1996 in Russland lebt und damit das Land besser kennt als die meisten ausländischen Journalisten, eine These auf, indem er behauptet, dass Präsident Putin Russland so weit von Europa entfernt habe wie noch nie ein russischer Herrscher vor ihm. „Putin bringt sein Land in Abhängigkeit von China, er schmiedet Militärbündnisse mit Nordkorea oder dem Iran, er forciert Russlands

Orientierung nach Osten“. In allen Kriegen hatte Russland bislang Verbündete in Europa, sogar Stalin hatte sie, in dem jetzigen Krieg Putins gegen die Ukraine stehen nur noch Asiaten an seiner Seite.

Nur noch Asiaten an Putins Seite

Thumann hatte zu Beginn der 1990er Jahre seine journalistische Tätigkeit in der ehemaligen Sowjetunion als Jungjournalist des Vereins für deutsche Kulturbeziehungen mit dem Ausland (VDA) bei Zeitungen der Deutschen Minderheiten begonnen. Das spürt man auch in seinem aktuellen Buch, denn viele der Themen haben etwas mit der gemeinsamen deutsch-russischen Geschichte zu tun, bis hin zum Titel „Eisiges Schweigen flussabwärts“, ein Satz, der ihm in den Sinn kam, als er auf der Luisenbrücke bei Tilsit Russland nach stundenlanger Kontrollegen Litauen verließ.

Zwei Kapitel widmet Thumann dem Königsberger Gebiet, eines davon dem Kantjahr 2024, zu dem er dorthin gereist war. Das einstige Ostpreußen steht im Zentrum seines Buches. Nicht nur den russischen Teil hat er besucht, auf der Rückfahrt kam er auch durch den polnischen Teil, entlang der Grenze zur Russischen Föderation.

Hier bemerkt Thumann, dass seit 2022 viele Polen die innerostpreußische Grenze, in dem viele nie heimisch geworden waren, verlassen haben. In Waltersdorf [Pęciszewo] im Kreis Heiligenbeil fand der Autor so in einem verlassenem polnischen Dorf eine fast komplett ukrai-

nische neue Siedlung, und das in Sichtweite der russischen Grenztruppen.

Thumann besucht russische und ukrainische Flüchtlinge in den Nachbarstaaten, er kommt auf seinem Weg von Ost nach West mit Menschen aus ganz Osteuropa zusammen und schildert ihre Ängste vor Russlands neuer Kriegslust. Aber er vergisst dabei auch die deutsche Geschichte nicht.

Im Osten der Ukraine hatte Thumann noch im Januar 2022 die einstige Frontstadt Nju-Jork, die im 19. Jahrhundert von deutschen Mennoniten gegründet worden war, besucht. Vor der Stadt war 2014 die Front zum Stehen gekommen, auch nach dem Angriff von 2022 hielt die Front zweieinhalb Jahre lang, bevor die Russen die letzten Überreste der Mennonitensiedlung niedergewalzt und die zerstörte Stadt eingenommen haben. Jetzt hat die Stadt wieder ihren sowjetischen Namen Nowgorodskoje, die Stalin ihr einst verliehen hatte, zurückerhalten.

Thumanns Buch ist ein mitreißendes, äußerst interessantes zeitgeschichtliches Zeugnis von der Suche nach Sicherheiten im Osten Europas, die es nicht mehr gibt.



Michael Thumann: „Eisiges Schweigen flussabwärts. Eine Reise von Moskau nach Berlin“, C.H. Beck Verlag, München 2025, gebunden, 284 Seiten, 26 Euro

OSTPREUSSEN

Die Geschichte einer Flucht

Jochen Buchsteiner versieht die Erinnerungen seiner Großmutter mit eigenen Überlegungen zur Geschichte und Gegenwart der Region

VON DIRK KLOSE

Fluchtgeschichten lassen sich noch immer spannend erzählen. Die Familie des für die „FAZ“ arbeitenden Journalisten Jochen Buchsteiner war fast 300 Jahre in Ostpreußen ansässig. Wie alle Deutschen musste sie im Januar 1945 fluchtartig ihre Heimat verlassen. Immer wieder hatte der Autor seine Großmutter gebeten, sie möge ihre Fluchtgeschichte aufschreiben. Schließlich hatte sie nachgegeben. Ihr Bericht, der Buchsteiners Darstellung zugrunde liegt, spiegelt das typische Schicksal fast aller fliehenden Ostpreußen.

Sie hatte, früh verwitwet, ein Gut in dem kleinen Ort Götzlack nahe der Stadt Friedland verwaltet und durch alle Fährnisse der Kriegsjahre gebracht. Den Flüchtlingstreck mit 84 Leuten auf elf Wagen dirigierte sie mit großer Umsicht durch Eis und Schnee nach Heiligenbeil am Frischen Haff, dann unter Lebensgefahr und kaum nachvollziehbaren Strapazen nach Gotenhafen, von wo der Treck eines der letzten Schiffe nach Westen erreichte, dann über Kopenhagen schließlich in Ueckermünde an, wo sie von Bord ging. Ihre Kinder, die sie schon vorher nach Westen geschickt hatte, fand sie in Halberstadt wieder, von wo aus die Familie nach Hessen zog und endgültig im nordhessischen Arolsen heimisch wurde.

Nach jeder Episode hat der Autor historische Reflexionen und seine Erlebnisse als „Heimwehtourist“ eingeschoben. Seine Gedanken zu Geschichte, Schuld, Ver-

treibung und Ostpreußen in der europäischen Politik sind anregend und originell. Durch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine ist die östliche Grenze der NATO unvermittelt wieder Brennpunkt der Politik. „Vor unseren Augen erodiert die Nachkriegsordnung“, schreibt Buchsteiner, nachdem er zuvor die Geschichte Ostpreußens seit dem Deutschen Orden skizziert hat und auch von Reisen mit seinem Vater in die Heimat berichtet, wobei die erste Reise für den Vater mit einem entsetzten „Nie wieder“ endet.

Aber dann lässt sich der Autor immer wieder vom „magischen Zusammenspiel von Land und Meer, Mensch und Tier“ gefangen nehmen. Ostpreußen, resümiert er, blieb in Deutschland etwas Einzigartiges: „Es fiel aus dem Rahmen, so wie Sizilien kein normaler Teil Italiens oder Schottland kein gewöhnlicher Teil Großbritanniens ist. Ostpreußen war der Ort, dessen natürliche Schönheit Einwohner wie Besucher in ihren Bann zog. Es war und blieb ein fast mystischer Ort, wie es im heutigen Deutschland keinen mehr gibt.“ Der Leser folgt dieser Verbindung von Rationalität und Emotionen mit wachsender Anteilnahme.



Jochen Buchsteiner: „Wir Ostpreußen. Eine ganz gewöhnliche deutsche Familiengeschichte“, dtv, München 2025, gebunden, 285 Seiten, 26 Euro

ALLENSTEIN

Feierlicher „Tag der Minderheiten“

Im historischen Umfeld der Dragonerkaserne veranstaltete die AGDM ein buntes Fest für Groß und Klein

VON DAWID KAZANSKI

Es steht außer Zweifel, dass autochthone ethnische Minderheiten eine wesentliche Bereicherung für die Mehrheitsgesellschaft eines Landes darstellen. Mit ihren Traditionen, Bräuchen und ihrer kulturellen Vielfalt tragen sie maßgeblich zum gesellschaftlichen Miteinander bei. Teil einer Minderheit zu sein, schließt nicht aus, aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens teilzunehmen – im Gegenteil: Gerade darin liegt eine große Stärke.

Daran wurde beim diesjährigen „Tag der nationalen und ethnischen Minderheiten“ in Allenstein eindrucksvoll erinnert. Die Veranstaltung fand bereits zum zweiten Mal im historischen Umfeld der Dragonerkaserne statt, konkret in der sogenannten Sozialschmiede (Kuznia Spoleczna).

Charakter eines Familienpicknicks

Wie im Vorjahr hatte das Fest den charmanten Charakter eines Familienpicknicks, das einladend und offen für Menschen jeden Alters war. Dank eines vielfältigen künstlerischen Programms mit zahlreichen Aktivitäten, das von der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) mit großem Engagement vorbereitet worden war, konnte jeder Gast auf seine Weise diesen besonderen Tag genießen. Neben den unterhaltsamen Bühnenauftritten und Informationsständen, an denen eingeladene Organisationen und Vertreter verschiedener Minderheitenverbände ihre Aktivitäten präsentierten, gab es auch viele Attraktionen für Kinder sowie Marktstände mit kulinarischen Spezialitäten und handgefertigten Schmuckstücken.



Mit von der Partie: Die karaimische Tanzgruppe Dostlar tritt mit typischen Volkstänzen auf

Foto: D.K.

Ein besonderer Programmpunkt war auch in diesem Jahr das Treffen für Familien, die sich für Zweisprachigkeit und bilinguale Erziehung interessieren. Dieses fand im Rahmen der Kampagne „Bilingua – einfach mit Deutsch“ des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit statt. Eltern und Kinder erhielten dort wertvolle Impulse, wie die zweisprachige Erziehung in ihrem Alltag gefördert und gestärkt werden kann. Selbstverständlich wurden die Hauptziele des Projekts in vollem Umfang erreicht: die Präsentation künstlerischer und kultureller Leistungen

von Vertretern nationaler und ethnischer Minderheiten, die Förderung des interkulturellen Dialogs sowie der Zusammenarbeit mit der Mehrheitsgesellschaft und die Betonung von Toleranz, Akzeptanz und gegenseitigem Respekt in einer kulturell vielfältigen Gesellschaft.

Auf der Bühne standen zahlreiche Gesangs- und Tanzgruppen, deren Mitglieder der deutschen, ukrainischen, karaimischen, kaschubischen sowie der Roma-Minderheit angehören. Die Besucher ließen sich von der Ausdruckskraft, Energie und Vielfalt der Darbietungen mitreißen.

Tänze, Lieder, rhythmische Klänge, bunte Volkstrachten und lebendige Folklore begeisterten das Publikum und machten den Tag zu einem unvergesslichen Erlebnis.

Vielseitige Unterstützung

Bei solchen wunderbaren Feierlichkeiten spielt auch Wettergott Petrus mit: Bei strahlendem Sonnenschein strömten viele Gäste zur Veranstaltung. Die Bedeutung dieses regelmäßig stattfindenden Festes für die gesellschaftliche Integration wurde durch die Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste unterstrichen.

Unter ihnen waren der stellvertretende Stadtpräsident Allensteins, Robert Zawadzki, die Beauftragte des Marschalls für nationale und ethnische Minderheiten, Aneta Brzyska, der Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Allenstein, Wojciech Wrzeczniowski, der Vorsitzende des Ausschusses für nationale und ethnische Minderheiten des Woiwodschaftstages Ermland-Masuren, Jarosław Słoma, der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Michał Schlueter, sowie die Vertreter der Stadtgemeinschaft Allenstein in Gelsenkirchen e.V., Waldemar Malewski und Werner Schaffrin. In ihren Ansprachen betonten die Vertreter der lokalen Behörden die Notwendigkeit, Minderheitengemeinschaften mit Respekt zu begegnen, und würdigten alle Initiativen, die zur Pflege der kulturellen Identität der in der Republik Polen lebenden Nationalitäten beitragen.

Zu den Teilnehmern des Festes gehörten auch Vertreter von Minderheiten, die an ihren Ständen ihre kulturellen Errungenschaften in Form von Büchern, Zeitschriften, Flyern, Kunsthandwerk, Trachten und vielem mehr präsentierten. Das diesjährige Fest war nur dank der großzügigen finanziellen Unterstützung zahlreicher Institutionen möglich – darunter das polnische Ministerium für Inneres und Verwaltung, das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, die Selbstverwaltung der Woiwodschaft Ermland-Masuren, die Landmannschaft Ostpreußen, die Stadtgemeinschaft Allenstein in Gelsenkirchen sowie viele weitere Partner der AGDM.

LÖTZEN

Als Generalfeldmarschall Hindenburg Idylle im Krieg genoss

1915 war die Stadt acht Monate lang Hauptquartier des Armeekommandos Ost

Am 1. November 1914 war Generaloberst Paul von Hindenburg zum Oberbefehlshaber aller deutschen Streitkräfte im Osten (Armeekommando Ost) ernannt worden. Am 27. desselben Monats wurde er zum Generalfeldmarschall befördert. Generalstabschef war Generalmajor (ab 27. November Generalleutnant) Erich Ludendorff, das Hauptquartier befand sich in Hindenburgs Geburtsstadt Posen.

Nach den gewonnenen Schlachten bei Tannenberg (26.–30. August 1914) und an den Masurischen Seen (6.–15. September 1914) war die Kaiserlich Russische Armee weitgehend geschwächt und hatte sich hinter die Grenze zurückgezogen. Doch gab es immer wieder einzelne Vorstöße auf ostpreussisches Territorium. Mit der Winterschlacht in Masuren (7.–22. Februar 1915) gelang es dann, die Russen zunächst massiv zu schlagen. Die Stadt Lötzen und der Raum um Rhein sowie Stürlack waren während der Kämpfe von den Russen zwar nicht besetzt, zeitweilig aber belagert worden, so dass man hier eine der wenigen unzerstörten größeren Ortschaften vorfand. Bereits Anfang Februar hatte man das Hauptquartier von Posen nach Insterburg verlegt, nach Beendigung der Kämpfe am 22. Februar nahm es schließlich in Lötzen seinen Sitz, wo es nunmehr acht Monate lang bleiben sollte.

Daniel Jacob, Kaufmann, Hoflieferant sowie Mitglied des Lötzeners Magistrats,

stellte dafür sein Geschäftshaus in der Lycker Straße 4 zur Verfügung. Im Erdgeschoss desselben war die Fernsprech- und Telegraphenzentrale, das große Danziger Zimmer im ersten Stock diente Hindenburg, Ludendorff und den Generalstabs-offizieren als Arbeitsplatz, und im zweiten Stock lagen die Diensträume der Adjutanten. Als Wohnsitz für Hindenburg und Ludendorff überließ Notar Max Hardwig ihnen seine Villa in der Bahnhofstraße. Die Offiziere des Stabes brachte man verstreut in verschiedenen Privathäusern der Stadt unter, die Mahlzeiten wurden im Hotel Kaiserhof eingenommen.

Während der acht Monate kamen zahlreiche prominente Besucher in die Stadt, darunter Angehörige des deutschen Kaiserhauses und des Hochadels. Kaiser Wilhelm II. hatte bereits am 13. Februar 1915 in Begleitung Hindenburgs die Stadt besucht, um sich ein Bild vom Fortschritt der Operationen im Rahmen der Winterschlacht in Masuren zu machen.

Der Generalfeldmarschall schwärmt

Sowohl Hindenburg als auch Ludendorff haben ihre Zeit in Lötzen genossen und dies auch in ihren Memoiren ausdrücklich erwähnt. So schrieb etwa Hindenburg in seinem Buch „Aus meinem Leben“ (Leipzig 1920) in einem eigenen Kapitel „Lötzen“: „... möchte ich zu einer idyllischen Seite unseres Kriegslebens übergehen, in-



Hindenburg vor seiner Truppe: Aufnahme aus der „Illustrierte Zeitung“ vom 19.08.1915

dem ich mich in meinen Erinnerungen nach Lötzen begeben. Das freundlich zwischen Seen, Wald und Höhen gelegene Städtchen wurde unser Hauptquartier, als die Winterschlacht in Masuren auszuklingen begann. Die Einwohner, befreit von Russengefahr und Russenschreck, gewährten uns eine rührend herzliche Aufnahme.“

Von Lötzen aus wurde dann die Sommeroffensive 1915 im Osten geplant, die

zwischen Juni und Ende September des Jahres zu erheblichen Geländegewinnen in Russisch-Polen, Litauen und Kurland führte und damit den Rückzug der russischen Armee erzwang. Am 5. August fiel Warschau, am 18. August wurde Kowno erobert und am 18. September Wilna eingenommen. Nach diesen Erfolgen verließen Hindenburg und Ludendorff mit dem Generalstab am 20. Oktober 1915 Lötzen und verlegten ihr Hauptquartier in die verlas-

sene Festung Kauen (Kowno). In den während des Krieges zerstörten Dörfern im Umfeld von Lötzen aber begann nun der Wiederaufbau.

Schon am 20. November 1915 meldete die „Kriegszeitung der Feste Boyen und Stadt Lötzen“, dass der Magistrat unter Bürgermeister Paul Schmidt und die Stadtverordneten-Versammlung mit ihrem Vorsteher Max Hardwig einstimmig beschlossen hätten, Hindenburg zum Ehrenbürger der Stadt Lötzen zu ernennen. Zugleich solle die Seestraße in Ludendorffstraße umbenannt werden. Wie es heißt, hätten beide geehrten Personen die Beschlüsse mit Dank angenommen.

Ehrung der Namen

Die Villa Hardwig in der Bahnhofstraße, die Hindenburg und Ludendorff als Wohnsitz gedient hatte, wurde kurz darauf vom Kreis Lötzen angekauft und als „Hindenburg-Ludendorff-Haus“ in ein Museum umgewandelt.

Einige Jahre später wurde überdies ein Teil der Bahnhofstraße in Hindenburgstraße umbenannt. Wann dies genau geschah, ließ sich leider nicht ermitteln, doch ist in einem Stadtplan von 1927 der Straßenzug noch als Bahnhofstraße ausgewiesen, während ein Stadtplan von 1930 bereits die Bezeichnung Hindenburgstraße für den Abschnitt enthält.

Wolfgang Reith

● AUFGESCHNAPPT

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) wollte Gaskraftwerke mit einer Leistung von 20 Gigawatt als Backup für die Energiewende bauen lassen. Das Vorhaben drohte aber an der EU zu scheitern. Reiche rettete sich mit einem neuen Plan: Sie setzt nun auf Gaskraftwerke mit fünf bis zehn Gigawatt, um die EU milde zu stimmen. Doch nun hagelt es Kritik aus ganz anderer Ecke: Die Grünen empören sich, dass so ein Vorhaben weder klimafreundlich noch wirtschaftlich sei. Für sie droht „der Rückfall in die Zeit fossiler Brennstoffe“. Dabei handelt es sich bei dem neuen Reiche-Plan um einen alten. Einen, der von den Grünen vor wenigen Monaten noch bejubelt wurde – weil er nämlich vom grünen Ex-Wirtschaftsminister Robert Habeck stammte. Kurz vor Ende seiner Amtszeit wollte der noch den Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken in Deutschland auf den Weg bringen. Die Grünen fanden's toll. Jetzt kommt der gleiche Vorschlag von der Union, zack, schon ist er klimaschädlich. So schnell geht das bei den Grünen. J.E.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Thorsten Jungholt kommentiert in der „Welt“ (2. Juli) die Ablösung von Heeresinspekteur Alfons Mais:

„Während Generalinspekteur Carsten Breuer dem Minister zu gefallen sucht und nicht einmal den Mut aufbringt, einen militärischen Ratschlag zur Einführung einer Wehrpflicht zu formulieren, war Mais ein Stachel im Fleisch des auf gute Außendarstellung bedachten Pistorius ... Nur starke Minister wissen den Wert starker Persönlichkeiten zu schätzen. So gesehen ist Pistorius schwach.“

Max Leonard Remke klärt bei „Achtgut“ (2. Juli) das zentrale Missverständnis des deutschen Sozialstaats auf:

„Der Fähige, der Produktive, der Verantwortungsvolle gibt – und wer all das nicht ist, bekommt. Es ist ein System, das Tugenden bestraft und Nachlässigkeit belohnt. Das gilt nicht nur für Unternehmer, es gilt für alle produktiven Bürger, die einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen. Sie alle sind die Opfer dieses angeblichen Sozialstaates.“

Gabor Steingart arbeitet im „Focus“ (4. Juli) heraus, was die republikanischen US-Präsidenten Ronald Reagan (Präsident von 1981 bis 1989) und Donald Trump seiner Meinung nach im Kern unterscheidet:

„Für ihn (Trump) ist Amerika ein Land, für Reagan war es ein Prinzip. Für Trump ist Amerika eine Drohung an die Welt – legt euch nicht mit uns an – für Reagan war es ein Versprechen an die Welt, wachsam zu sein, wenn es um die großen Freiheitsrechte – Meinungsfreiheit, Selbstbestimmung und die Gleichheit aller vor dem Gesetz – ging.“

Alexander Kissler wundert sich bei „Nius.de“ am 3. Juli über die Arbeitsweise des Bundeskanzlers:

„Friedrich Merz agiert wie ein Aufsichtsratsvorsitzender der Bundesrepublik Deutschland AG. Er will mit Details nicht belästigt werden. So ist das Amt des Kanzlers nicht gedacht.“

Bild-Chefredakteurin Marion Horn hat zum linken Geschrei aufgrund des Vorschlags von Bildungsministerin Karin Prien, in den Schulklassen eine Obergrenze für ausländische Kinder einzuführen, eine klare Meinung am 6. Juli formuliert:

„Für mich sind Kultusminister bildungs-kriminell, die immer noch Schulklassen mit mehr als der Hälfte Migrantenkinder dulden!“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Sommer in Gaga-Land

Notizen aus einer Gesellschaft, in der der Wahnsinn im Namen der Vernunft epidemisch wird

VON REINHARD MOHR

Manchmal muss man einfach nur ein paar Vorkommnisse der letzten Woche aufzählen, um sich ein Bild vom geistigen Zustand der Republik zu machen. Im Freibad des ostthessischen Städtchens Gelnhausen belästigen vier syrische Brüder im Alter zwischen 18 und 28 Jahren acht junge Mädchen, die jüngste elf Jahre alt. Der CDU-Bürgermeister versucht die Empörung zu beschwichtigen, indem er auf den Klimawandel und die sommerliche Hitze verweist. Da würde der eine oder andere schon mal durchdrehen. Dass es auch schon vor 50, ja 100 Jahren im Hochsommer ziemlich heiß war, spielt keine Rolle. Das Motto bleibt: Bloß nicht den guten Ruf der Stadt beschädigen!

Das wiederum gelingt der Stadtverwaltung in Köln ganz selbstverständlich. In zweijähriger Forschungsarbeit hat sie die Idee entwickelt, alle 700 Kölner Spielplätze in „Spiel- und Aktionsfläche“ umzubenennen, um niemanden „auszugrenzen“. Kosten: 36.000 Euro. Inzwischen hat die parteilose Oberbürgermeisterin Reker dem Spuk ein Ende gesetzt. Immerhin.

Eine Kita in Rostock hat derweil eine von ihren Kindern selbst gewünschte Party unter dem Motto „Cowboy und Indianer“ abgesagt – die Älteren erinnern sich wahrscheinlich wehmütig an ihre eigene Kindheit mit Federschmuck, Cowboyhut und Zündplättchen-Revolver. Stattdessen wurde eine „Pferde- und Ponys-Party“ annonciert. Grund: Ein Vater hatte sich über das Wort „Indianer“ beschwert. Das reicht heute. Die Kita entschuldigte sich umgehend und gelobte Besserung. Bis Redaktionsschluss konnte leider nicht ermittelt werden, wie viele Kinder sich als Ponys verkleidet hatten.

Wo Straftäter zu „Tat-tuenden Personen“ werden

Unterdessen hat sich ein Amtsrichter in Sachsen-Anhalt um eine kreative Wortschöpfung verdient gemacht. Im Schriftsatz zu einem Bußgeldverfahren trieb er das Gendern derart konsequent zum Höhepunkt einer urdeutschen Eulenspiegelerei, dass aus dem Beschuldigten beziehungsweise dem Täter eine „Tat-tuende Person“ wurde. So müssen wir uns in Zukunft darauf einstellen, dass Mörder, Messerstecher und Vergewaltiger „Tat-tuende Personen“ sind, um niemanden zu

diskriminieren. Auch Mörder, Messerstecher und Vergewaltiger haben ein Anrecht auf gendergerechte Ansprache.

Im ICE von Hamburg nach Wien wurde derweil eine Tat-tuende Person syrischer Herkunft, die unter „Allahu akbar“-Rufen mit Hammer und Axt tatkräftig auf Mitreisende einschlug, von mutigen Fahrgästen überwältigt und dabei schwer verletzt. Was wieder einmal zeigte, dass es freilich noch ein bisschen besser wäre, wenn solche Tat-tuenden Personen erst gar nicht ins Land kämen. Aber das ist ein anderes Thema, vor allem für Politik-tuende Personen in Berlin.

Ein weiterer Höhepunkt der Woche war der Kommentar einer Volontärin in der einst bildungsbürgerlichen, wenn auch eher linksorientierten „Zeit“ – trotz Marion Gräfin Dönhoff als Herausgeberin. Darin wurde, in schlechtem Deutsch und in beklagenswerter Tateinheit mit geistiger Verwirrung, gefordert, Männer sollten nach der Trennung von ihrer Partnerin finanzielle Ausgleichszahlungen dafür leisten, dass sie in der Beziehung eine positive, eigentlich unbezahlbare Persönlichkeitsentwicklung erlebt hätten.

Wer das nicht auf Anhieb versteht, ist in guter Gesellschaft. Deshalb: Die „Zeit“-Autorin fordert Geld für weibliche Liebesleistungen – nicht im Bordell, sondern im trauten Heim, wo die Frau aus ihrem Mann einen besseren Menschen macht. Sie selbst ist ja schon qua Geschlecht perfekt. Hinzu kommen Extrakosten für Kosmetik, Botox-Behandlung und Haarverfärbung, dazu die „Care“-, also Hausarbeit, sexuelle Handlungen am defizitären männlichen Objekt und die allgemeine gesellschaftliche Benachteiligung. Leider hat die „Zeit“-Autorin versäumt, eine Tariftabelle aufzustellen, um eine klare Berechnungsgrundlage dafür zu schaffen, die Gesamtkosten der Menschwerdung des Mannes betriebswirtschaftlich en détail zu erfassen. Man will ja schließlich wissen, woran man ist.

Wie in Büren südlich von Paderborn, wo einst der schwarze Gemeindepfarrer selbst im Kohlenkeller noch dunkle Schatten warf. Dort reagierten jüngst die Bäderbetriebe mit einer Plakataktion auf die zunehmenden Fälle von Belästigung in Freibädern. Ein Hauptmotiv: Eine übergewichtige weiße Frau begrapscht im Wasser einen jungen, dunkelhäutigen, dazu behinderten, wahrscheinlich traumatisierten Mann. Auch auf zwei weiteren Plakaten der achteiligen Bilderserie belästigen weiße Menschen dunkelhäutige Personen. Bunter

Womöglich sind wir gar nicht mehr so weit davon entfernt, dass wir die Verleugnung von Realität für die Wirklichkeit halten

und vielfältiger geht es nicht. Wer hier allerdings einwendet, in der Realität sei es doch eher umgekehrt – junge Flüchtlinge begrapschen weiße Mädchen, so wie gerade in Gelnhausen –, der hat nichts von der Regenbogen-Logik verstanden: Es geht um die Idee – nicht um die Wirklichkeit. In der sind laut BKA zwar 365 der 367 Tatverdächtigen auf diesem Gebiet männlich und 65 Prozent ausländischer Herkunft, aber das darf uns nicht irritieren. Solche Zahlen „nutzen nur den Rechten“.

Wenn Dinge nicht mehr beim Namen genannt werden

Würde all dies in einem privaten Haus stattfinden, so würde man angesichts der sich häufenden Fälle von Irrsinn den diensthabenden Stationsarzt der offenen Psychiatrie anrufen. Wir aber leben immer noch in einer freien, demokratisch verfassten Gesellschaft, in der man Wahnsinn von Vernunft zumindest grob unterscheiden kann, auch wenn Henryk Broders Lieblingszitat von Oskar Panizza (1853–1921), Psychiater und Schriftsteller, das Gegenteil nahelegt: „Wenn der Wahnsinn epidemisch wird, heißt er Vernunft.“ Auch hier scheint es also einen Kippunkt zu geben, und womöglich sind wir gar nicht mehr so weit davon entfernt, dass wir die Verleugnung von Realität für die Wirklichkeit halten und aus einer Mischung von unverarbeiteten Schuldgefühlen, Angst und opportunistischer Feigheit überhaupt nicht mehr in der Lage sind, die Dinge beim Namen zu nennen und daraus vernünftige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Über die kann dann immer noch gestritten und mit Mehrheit entschieden werden. Doch was wir derzeit in Deutschland erleben, ist der Versuch einer medial-akademisch-soziokulturellen Herrschaftselite, die Diskussion über die realen Verhältnisse an sich zu unterbinden. Ein wenig erinnert das dann doch, bei allen Unterschieden im Prinzip, an die volks-erzieherische Propaganda zu DDR-Zeiten.

● Reinhard Mohr ist freier Autor und schreibt unter anderem für „Die Welt“ und die „Neue Zürcher Zeitung“. Vor Kurzem erschien die Fortsetzung seines mit Henryk M. Broder geschriebenen Bestsellers „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ (2023) unter dem Titel „Good Morning Germanistan! Wird jetzt alles besser?“ (beide Europa Verlag). www.europa-verlag.com



Alle Beiträge von Reinhard Mohr und Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● WORT DER WOCHE

„Hat das Land einen Sonnenstich? ... Noch schneller als die Temperaturen steigt die Hysterie“

Matthias Iken fragt sich im „Hamburger Abendblatt“ (5. Juli), warum sich die Medien nach zwei warmen Sommertagen beim Hitze-Alarm gegenseitig überbieten